

Leserbeiträge zur Systemfrage

Systemänderung – was ist das? Wie soll das neue System aussehen?

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=57144>

Liebes NDS-Team,

Sie machen da eine interessante Beobachtung. Ich kenne ähnliche Aussagen aus manchen Diskussionen ("Ist doch eh alles Scheiße!"). Was dieses "System" sein soll, das geändert werden muss, habe ich auch nicht genau verstanden: "Die Art, wie eine Regierung oder ein Staat aufgebaut und gegliedert ist". "Systemzeit" war damals ein Schimpfwort für die "Weimarer Republik". Die an die "Systemkritiker" adressierte Nachfrage ist für mich berechtigt. Wenn man bedenkt, das wir alle das "System" bilden und eine Änderung also leicht durch und bei uns selbst möglich wäre (diese Veränderungen lässt unsere Organisation der Gesellschaft ja durchaus zu, siehe Wahlen, siehe Bürgerinitiativen, siehe Fridays For Future), erkennt man: Wer ein "System" für allerlei Missstände verantwortlich macht, lenkt davon ab, dass er selbst auch Teil dieses Systems ist. Mein Rat: Einfach mal mit dem Verändern anfangen! Beim Thema Auto sieht man, wie schwer das fällt.

Vielen Dank für Ihre immer wieder inspirierende Arbeit und beste Weihnachtsgrüße

Rolf Klein

.....

Sehr geehrter Herr Müller,

dringend brauchen wir den Aufbau von Kreislaufwirtschaften, die unseren Planeten nicht mehr belasten, sondern im Gegenteil, entlasten.

Das jetzige Wirtschaften belohnt die Externalisierung von Kosten wie die durch Umweltverschmutzung entstehen.

So kostet es schlicht zu wenig, wenn CO2 emittiert wird. Die Kosten werden externalisiert.

Der Profit wird internalisiert und damit privatisiert.

Dies kann einfach und effizient durch eine faire Bepreisung der Kosten der Umweltbelastung aufgefangen werden.

Dann lohnt sich das Handeln der Verschmutzter schlicht nicht mehr.

Vielleicht noch wichtiger erscheint mir allerdings eine Besinnung auf das Wesentliche allen Handelns und Tuns und damit ein Umdenken.

Die Lebensgrundlagen dürfen wir den kommenden Generationen durch unser Tun nicht nehmen.

Genau dies passiert aber zur Zeit. Die Vernichtung und Verwüstung unseres Planeten schreitet sehr schnell voran.

Daher organisieren sich immer mehr junge Menschen gegen das jetzige Paradigma der tödlichen Ausbeutung und Auslöschung.

Diese jungen Menschen werden früher oder später die Gesellschaft verändern und können damit unsere Zivilisation retten.

Sie fördern den Austausch und geben mit Ihrer Plattform den Betroffenen ein Gehör.

Damit setzen Sie Maßstäbe auch und gerade im Umgang miteinander und im Einsatz füreinander.

Die solidarische Gesellschaft hat Zukunft und sie kann uns tragen.

Die Verlogenheit der Regierenden wird immer mehr Menschen klar und deren zerstörerisches Handeln wird offenbar.

Da regiert Gewalt auf allen Ebenen. Das generiert Trauma. Die Betroffenen brauchen Schutz. Sie verdienen Gehör und Aufmerksamkeit.

Dafür bedanke ich mich ganz herzlich bei den Nachdenkseiten und freue mich auf die kommenden Beiträge.

Herzliche Grüße und beste Wünsche für eine besinnliche Weihnachtszeit und eine guten Start in das neue Jahr,

Ihr Burkhard Poeggeler

.....

Systemänderung – was ist das? Wie soll das neue System aussehen?

Guten Tag,

ich möchte mich zu dem oben genannten Artikel äußern.

Ich bin seit einigen Jahren Leser der Nachdenkseiten und habe den aktuellen Medien den Rücken gekehrt aufgrund ihrer Arbeit in den Nachdenkseiten.

Meiner Meinung muss es ein anderes System geben, denn das aktuelle wird nichts ändern.

Die großen Konzerne können tun und lassen was sie wollen. Es gibt keine sozialen und ökologischen Standards.

Es gibt keine Regulierung der Finanzwirtschaft.

Krankenhäuser und der öffentliche Nahverkehr beispielsweise sind privatisiert und schütten große Dividenden aus und die Angestellten werden in den niedrigen Lohngruppen ausgebeutet.

Meiner Meinung nach müssten Betriebe, die der öffentlichen Daseinsvorsorge bestimmt sind, auch öffentlich sein. Das wäre schon Mal ein erster Schritt. Also auch die Energieversorgung.

Kein Markt wäre für mich nicht die Lösung. Denn dann gäbe es auch keine Konkurrenz. Aber es darf nicht so sein, dass ein oder ein paar Konzerne, den Markt beherrschen, wie das zurzeit der Fall ist.

Was auch noch wichtig wäre. Man sollte drüber nachdenken, eine regionale Wirtschaft einzuführen. Das hat Sahra Wagenknecht auch schon öfters angesprochen. Denn in der globalisierten Wirtschaft werden in Produktionsketten, über tausende Kilometer, Waren hin und her transportiert. Die wahren Klimasünder sind die großen Konzerne. Davon wird meistens nie gesprochen.

Und die Umverteilung von oben nach unten müsste auch angegangen werden. Stichwort: Vermögenssteuer und höherer Mindestlohn.

Es kann nicht sein, dass die Reichen , die den Klimawandel hauptsächlich verursacht haben, aussen vor bleiben.(Klimagerechtigkeit).

Im Grunde gibt es so ein System schon.

Das hat die Linke und die SPD in ihrem Programm. Demokratischer Sozialismus. Wie der genau aussehen könnte, habe ich in ein paar Zeilen beschrieben. Natürlich könnte man da noch nachbessern.

Ob dieser jemals kommt, steht in den Sternen. Und bei der jetzigen politischen Lage eher unwahrscheinlich.

Mit freundlichen Grüßen

Tim R.

.....
Sehr geehrtes NachDenkSeiten-Team,

vielen Dank für diesen weiteren Anstoß zu einer grundsätzlichen Debatte über das Gesellschaftssystem in dem wir leben und seine erforderliche Anpassung, um eine gerechte und nachhaltige Zukunft zu ermöglichen.

Wie von der Redaktion der NachDenkSeiten gefordert, will ich meine Gedanken hierzu in aller Kürze darlegen. Falls erforderlich kann man später ins Detail gehen und Zitate nachliefern.

Analyse des Zustandes unseres Gesellschaftssystem:

Unsere Gesellschaft gilt als Repräsentative Demokratie kombiniert mit einer freien Marktwirtschaft. Ihre Struktur ist im wesentlichen von den Verfassungsvätern der USA gegen 1788 entworfen worden. Die Verfassungsväter argumentierten, dass eine notwendige Voraussetzung für eine stabilen Demokratie das Gleichgewicht der unabhängigen politischen Kräfte im Staat ist (Gewaltenteilung). Zur damaligen Zeit waren drei wesentliche politische Kräfte vergleichbarer Stärke im Staat bekannt, nämlich Legislative, Exekutive und Judikative. Deren Gleichgewicht wurde von den Verfassungsvätern sorgsam konstruiert und in die Verfassung eingebaut (Checks and Balances).

Einhundert Jahre später entstand im Rahmen der industriellen Revolution eine vierte unabhängige politische Kraft mit einer Stärke, die vergleichbar mit der der klassischen drei politischen Kräften im Staat war und ist. Diese vierte politische Macht resultiert aus der wirtschaftlichen Macht der Großbetriebe der Realwirtschaft (Konzerne) und der Finanzwirtschaft (Großbanken). Diese vierte politische Macht wurde seit ihrem Entstehen nicht in adäquater Weise in die Balance der unabhängigen politischen Kräfte einbezogen. Sie wurde dagegen oftmals seit ihrem Entstehen entsprechend dem Axiom der Verfassungsväter, Macht tendiert dazu missbraucht zu werden, missbraucht um die Gewinne der Konzerne und Großbanken auf Kosten des Souveräns (gegen das Gemeinwohl) zu vergrößern und ihre politische und wirtschaftliche Macht zu verstärken.

Systemänderung:

Eine gerechte und nachhaltige Entwicklung unseres Gesellschaftssystems erfordert meiner Meinung nach notwendigerweise zwei Änderungen gegenüber dem bestehenden System:

I- die wirtschaftliche Macht der Großunternehmen der Real- und Finanzwirtschaft muß als vierte unabhängige politische Macht in der Verfassung verankert werden.

II- die neu zu konstruierende Kräftebalance im Staat (Checks and Balances) muß sich notwendig an den real existierenden vier politischen Kräften orientieren.

Letzterer Punkt ist meines Erachtens zu umfangreich, um ihn in dieser E-Mail zu erörtern. Es existieren in der Literatur jedoch schon einige Gedanken, die für dieses Ziel geeignet erscheinen.

Mit freundlichen Grüßen
Hans-Ulrich Lass

.....

Hallo liebe Nachdenkseiten.

wahrscheinlich brauchen wir keine Systemänderung sondern lediglich eine Systemrückbesinnung. Dies wäre auch viel einfacher und realistischer in der Umsetzung.

Das Zauberwort heißt Marktwirtschaft. Und nein, ich meine eben nicht die "Marktwirtschaft", die der Neoliberalismus meint. Die meinen nämlich mit Marktwirtschaft lediglich Subventionswirtschaft zu eigenen Gunsten. Das Recht des Stärkeren. Ich meine auch nicht Kapitalismus. Denn der ist so wenig mit Marktwirtschaft vereinbar wie mit Demokratie.

Ich möchte das am Beispiel des Kraftverkehrs verdeutlichen.

Laut diverser Studien, Beispielhaft hierfür eine Studienübersicht, wird dieser hoch subventioniert. Über Externalisierungen. Unten benannte Studie beziffert dies für Deutschland (Seite 34) mit 88 Milliarden Euro:

https://www.greens-efa.eu/legacy/fileadmin/dam/Documents/Studies/Costs_of_cars/The_true_costs_of_cars_DE.pdf

Das ist aber noch lange nicht alles. Da ich mich kurz fassen soll lasse ich das aber jetzt mit der Behauptung stehen, dass der Gesamtumfang ungefähr beim Dreifachen liegt. Diese Subventionen, wie hoch auch immer, müssen internalisiert werden, um das Marktversagen und das daraus resultierende Staatsversagen zu heilen:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Marktwirtschaft#Marktversagen>

"Als Marktversagen werden Situationen in einer Marktwirtschaft bezeichnet, in denen, durch die Verfehlung des Ideals einer vollkommenen Konkurrenz, keine volkswirtschaftlich optimale Verteilung von Gütern und Ressourcen zustande kommt,[44]

Beispiele für Marktversagen:

- *Kartell- und Monopolbildungen*
- *Externe Effekte*
- *Öffentliche Güter*
- *Informationsasymmetrien*

Insbesondere in der Sozialen Marktwirtschaft wird dem Staat daher die Aufgabe zugewiesen, Marktversagen zu verhindern, beispielsweise durch Wettbewerbspolitik, Umweltpolitik oder die

Bereitstellung öffentlicher Güter. Gelingt dies nicht im gewünschten Maß oder führen staatliche Maßnahmen gar zu weiterem Marktversagen, so spricht man von Staatsversagen."

Jetzt schreien natürlich viele auf. Höhere Preise wären unsozial. Das Gegenteil ist der Fall. Denn derzeit sind die Kosten ja genauso hoch - nur die Verteilung der Kosten ist unsozial. Denn auch nicht-Kraftfahrer zahlen diese. Und Kraftfahrer zahlen viel mehr, als sie glauben und haben nur begrenzte Möglichkeiten, dies zu ändern. Ein Positivbeispiel für hohe Preise einhergehend mit gutem Wohlstand in der Breite der Bevölkerung finden wir in der Schweiz.

Was würde also passieren, internalisierte man die Kosten?

Ein Beispiel vorweg:

Ich habe drei Fahrräder. Diese kosten ungefähr so viel wie ein sehr gut ausgestatteter VW Golf. Wiegen aber unter 50 kg, der VW Golf ungefähr das 40-fache. Wobei es sich um vergleichbare Materialien handelt.

In den Kosten meiner Fahrräder stecken anteilig viel mehr Arbeitskosten (Sonderanfertigungen) als im Golf, der maßgeblich aus Ressourcenkosten besteht. Ressourcen sind aber volkswirtschaftlich nicht interessant, oft sogar eher schädlich. Beispiel Benzin: die Nettoinnahmen gehen an die Lieferanten ins Ausland, die Margen an der Steuer vorbei ebenfalls. Das Geld ist für den Wertschöpfungsprozess und den Geldfluss verloren. Profiteur ist hier einzig das Großkapital.

Arbeitskraft hingegen ist volkswirtschaftlich interessant. Daraus ergibt sich nämlich der Mehrwert. Meine Räder haben also volkswirtschaftlich eher den Nutzen einer richtig teuren und gut ausgestatteten Oberklassenlimusine, trotz geringerem Umsatzes. Vergleichbares gilt für Öffis wie Schiene oder Busse. Der Personalanteil am Umsatz ist deutlich höher.

Eine Beendigung der Subventionen bedeutete:

- Für den Kraftverkehr, dass dieser erheblich teurer würde und daher abnähme. Maßgeblich würden auch die Autos wesentlich umweltschonender und es würde weniger damit gefahren. Wir würden Autos sehen, wie sie sich die Meisten derzeit gar nicht vorstellen können. Geile Autos. Es reduzierte sich dabei aber relativ wenig die Arbeitskraft, die Verluste betrafen maßgeblich Umsatz aus Ressourcen. Mithin also geringe volkswirtschaftliche Einbußen.
- Der öffentliche Verkehr nimmt zu. Bei höheren Fahrpreisen. Da die Leute aber Kraftverkehr nicht mehr subventionieren müssen, bleibt mehr übrig, also ein Gewinn trotz höherer Kosten. Gleichzeitig werden hier relativ mehr Arbeitskraftumsätze getätigt, als durch die Reduzierung des Kraftverkehrs verloren gehen. Der öffentliche Verkehr hätte auch beste Voraussetzungen zur Kapitalbeschaffung, um daraus dringend nötige Investitionen zu tätigen.
- Radverkehr wird derzeit negativ subventioniert. Radfahren würde also vielleicht sogar billiger, relativ gesehen auf jeden Fall, und Radfahrer bräuchten weder Kraftverkehr noch Öffis subventionieren. Und hätten mehr Geld in der Tasche. Gleichzeitig würden die Umsätze hier massiv zunehmen. Und das sind arbeitsintensive Umsätze - also auch hier volkswirtschaftlich ein Gewinn. Auch würden Fahrräder und Kleinfahrzeuge entstehen, die sich die meisten noch gar nicht vorstellen können.
- Im Weiteren würden Leute, die in diesem Spiel hinterher Geld sparen, dies ja trotzdem ausgeben. Und andere Wirtschaftszweige stärken. Auch das brächte Arbeitsplätze, die derzeit

dank der Marktverzerrung durch die massive Subventionierung des Kraftverkehrs nicht bestehen.

Ergebnis: mehr Wohlstand, mehr Arbeitsplätze, eine effizientere Wirtschaft, weniger Umweltzerstörung, mehr Lebensqualität. Nebenbei: weniger Umverteilung von unten nach oben. Denn Subventionswirtschaft ist der rechte Bruder der Planwirtschaft. Nur mit umgekehrter Umverteilung. Marktwirtschaft hingegen ist neutral.

Bleibe nur noch das Problem mit der Finanzwirtschaft. Diese ist völlig aufgebläht und verzerrt alles. Als Schneeballsystem dient sie nicht mehr ursprünglichen Zwecken sondern der Plünderung. Die Rückbesinnung auf Marktwirtschaft würde dazu führen, dass dieser Finanzmarkt zusammenbräche, was dann in Folge auch in die Realwirtschaft hinein reichte. Es müsste also parallel auch die Finanzwirtschaft bereinigt werden. Zum Beispiel durch Internalisierung der externen Kosten wie soziale Verelendung, Systemstörung, Plünderung, Machtmissbrauch, Umweltstörung, etc in Form einer Transaktionssteuer. Auch hier wäre dann eine Rückbesinnung der Finanzmärkte auf ihren eigentlich Zweck erfolgt.

MfG

Sascha Schneider

.....

Guten Tag!

Ihr Beitrag "*Systemänderung – was ist das? Wie soll das neue System aussehen?*" spricht mir aus der Seele. Auch ich kann es nicht mehr hören, dieses gedankenlose Rufen nach Systemwechsel. Vor allem, wenn der Ruf von Leuten kommt, die sich gar nicht bewusst sind, dass sie vom bestehenden System maßgeblich profitieren.

Zu dem Thema habe ich vor einigen Jahren einen Beitrag geschrieben, hier ein Link dazu:

<https://zukunftsaspekte.wordpress.com/2015/09/30/wir-sind-das-system/>

Beste Grüße

Klaus Fürst

.....

Sehr geehrter Herr Müller,

ich möchte sie auf ein komplett beschriebenes und gelebtes alternatives Wirtschaftsmodell aufmerksam machen, das in diesem Jahr mit dem "Deutschen Nachhaltigkeitspreis" ausgezeichnet wurde.

„Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl“.

Ähnliche Formulierungen finden sich auch im deutschen Grundgesetz und anderen modernen Verfassungen.

Somit ist das Gemeinwohl das Ziel des Wirtschaftens und nicht die Kapitalvermehrung (das Kapital ist nur ein Mittel, um das Ziel "Gemeinwohl" zu erreichen).

Seit der Entstehung 2010 haben sich etwa 2000 Unternehmen und 7000 Personen angeschlossen (Stand Mitte 2019).

Rund 100 Regionalgruppen haben sich gebildet (Stand Juni 2017).

Schwerpunkte bilden dabei die DACH-Staaten, weitere Staaten in Europa sowie in Südamerika.

Die Einbettung der Gemeinwohl-Ökonomie in das europäische Wirtschaftssystem und

Wirtschaftsprogramm Europa 2020

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss nahm eine zehnteilige Initiativ-Stellungnahme am 17. September 2015 mit 86 % Stimmenmehrheit an und „erachtet das Modell als geeignet, in den Rechtsrahmen der EU und ihrer Mitgliedschaften integriert zu werden“.

Die Grundlagen des Modells sind in folgendem Video (5 Min.) kurz beschrieben.

www.youtube.com/watch?v=cVFvyd7SmxU

Mit freundlichen Grüßen

Norbert Stemmer, Mitglied der Gemeinwohl-Ökonomie Regionalgruppe Hannover

.....

Liebe Redaktion der Nachdenkseiten,

warum wird denn gleich so hoch gegriffen bei den Vorschlägen zur Umgestaltung der Verhältnisse (die ja im Übrigen von den maßgeblich Beteiligten - Politikverkäufer, Waffenhändler und Bankenbosse - sowieso nicht goutiert werden) ?

Wäre es nicht viel sinnvoller, wenn jeder einzelne von uns das ihm Mögliche tun und auf den Konsum von Überflüssigem (insbes. Medienpropaganda bei Bild, Spiegel, Zeit etc., aber auch Unterstützung von Apple, Amazon, Facebook, Nestlé , Exxon usw.) verzichten und nur noch das wirklich Notwendige (Nahrung, Wohnung, Kleidung, Kultur) erwerben würde?

Ich bin sicher, dass der fatale Neoliberalismus als Ursache fast allen Übels bald ausgespielt hätte, wenn wir alle dieses "Spiel" nicht mehr mitmachen würden.

Solange wir nicht bei uns selbst anfangen, Änderungen zu etablieren, können wir eine systemische Wandlung nicht erwarten.

Herzliche Grüße

P.A.

.....

Werte Redaktion,

es gibt durchaus Konzepte für eine Systemänderung, das Problem ist meiner Ansicht nach, dass es zu wenig Diskussion darüber und dadurch keine Konkretisierung gibt und sich kein Konzept als dominierend mit Breitenwirkung herausbildet.

Zwei Beispiele seien hier genannt. Die Wirtschaftsordnung die Sahara Wagenknecht in dem Buch

Reichtum ohne Gier vorschlägt wäre sicher eine Systemänderung. Noch detaillierter ist das Konzept der Gemeinwohl-Ökonomie. Solche Ideen klingen für mich vielversprechend und sollten weiterentwickelt werden. Anscheinend fehlt es an Persönlichkeiten und Institutionen die das tun.

Viele Grüße

Wolfgang Heins

.....

Moins,

'... nicht so lang...' !

- Gemeinwohl vor Eigenwohl bei wirtschaftlicher Betätigung. (Gemeinwohlökonomie ist da ein interessanter Ansatz.)
- Bodenreform -> kein Privateigentum mehr, nur noch Erbpacht (99 Jahre). (Bodenministerium! und JA -> komplette Enteignung pronto por favor!)
- Verdopplung des Steuerfreibetrags und Erweiterung auf einen Abgabenfreibetrag (Stand 12/2019)
- Daseinsvorsorge bezahlt der Rest (mal ne Denksportaufgabe für den Finanzminister)
- Transparenzgebot und Auskunftspflicht aller exekutiven Staatsorgane und wirtschaftlichen Akteure
- sofortige Selbstverwaltung der Justiz inklusiv der Staatsanwaltschaften
- genossenschaftliche Neuordnung des öffentlich rechtlichen; Staatsbetriebe müssen Genossenschaften sein, am besten gemeinnützige.
- mehr Direktmandate vor Parteimandaten (2:1)

- NATO kündigen.
- keine fremden Truppen in Deutschland stationiert lassen.
- sofortiger Rückzug aus allen Auslandseinsätzen der Bundeswehr und -polizei

- Atomkraft nein danke.
- Genmanipulation nein danke.

Das würde ordentlich pflügen und selbstredend eine Menge Gesprächsbedarf erzeugen, jedoch wär ein darunter bleiben, ein Verhandeln über obiges nicht möglich. So auf jeden Fall. Sicherlich lässt sich das noch ausschmücken.

Gerade bei Enteignungen von Eigenheimen und privat genutzten Immobilien ist der Bedarf des ehemaligen Eigentümers genau zu überprüfen und vor allem auch zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen
Joachim Schäfer

.....

Solange Oligarchen Politik "kaufen" können, haben wir keine Demokratie, keinen echten Umweltschutz, keine soziale Gerechtigkeit, keinen Rechtsstaat, keine Garantie von Völkerrecht und Menschenrechten, keinen Frieden.

Was Corbyn wollte, ist das Mindeste, was wir als "Systemänderung" fordern müssen: Öffentliche Daseinsvorsorge, also Bildung, Gesundheitswesen, Infrastruktur, öffentlichen Nah- und Fernverkehr, Post, Telekommunikation, Wasser- und Energiebetriebe sind wieder in öffentliche Verantwortung zurückzuführen. Das bedeutet auch deutlich mehr Personal einzustellen, das in

diesen Bereichen für guten Service und Sicherheit sorgt. In England haben die unter 40-Jährigen mehrheitlich für Corbyn gestimmt, die Frage ist, wie können die Älteren dazu gebracht werden, Politik und Meinungsmache der Medien zu durchschauen und wieder selbst darüber nachzudenken, welche Politik für Gemeinwohl sorgt?

Wenn wir den Klimawandel entscheidend verzögern, wenn nicht sogar verhindern wollen, ist das wichtigste Ziel die Auflösung der NATO, allgemeine Abrüstung, Verbot von Waffenexport, Schluss mit Kriegsmanövern. Auch die Zementindustrie, die bis zu 50% des CO₂-Ausstoßes ausmacht, muss deutlich eingeschränkt werden. Beide Bereiche sind für renditesuchende "Investoren", interessant, da hier die meisten Aufträge von der öffentlichen Hand finanziert werden. Besser früher als später muss die Welt auch Abschied nehmen von privaten Großkonzernen - Adam Smith spricht sogar schon von "Verschwörung", wenn zwei Unternehmer zusammenarbeiten.

Die existierenden "demokratischen" Strukturen werden solche Änderungen allerdings immer "weiter so" verhindern. Die große Frage ist hier: Wie kann die Käuflichkeit von Politikern verhindert werden? Geht es nur über den Massenprotest wie in Frankreich oder Chile, oder geht es nicht mal auf diesem Weg, weil auch Militär und Polizei käuflich sind, denen es in Bolivien, Ukraine oder Griechenland usw. gelungen ist, die Interessen der neoliberalen Elite gegen das Gemeinwohl durchzusetzen?

Ich bin der Ansicht, dass das parlamentarische Parteiensystem nicht mehr funktioniert. Bürger müssen zumindest wie in der Schweiz Mitwirkungsmöglichkeit wie Veto-Recht und Gesetzesinitiative haben. Wünschenswert ist auch ein ernst zu nehmender "Bürgerhaushalt" wie in Porto Alegre / Brasilien.

Gewählt werden sollten Personen für ihre Kompetenz, das Gemeinwohl zu sichern. Sie sollten also direkt als Umwelt-, Sozial-, Gesundheits-, Wirtschaftsminister usw. mit einem eigenen Programm kandidieren. Der, der mit seinem Programm am meisten Wähler überzeugt, wird Minister. So braucht man weder eine Partei noch einen Koalitionsvertrag und auch keine Wahlkampfspenden.

*Mit freundlichen Grüßen
Brigitta Küster-Sartori*

.....

Hallo,

interessanter Einwurf der Redaktion zu dem Thema Systemänderung.

Es soll ja kurz bleiben, deshalb nur ein paar Anmerkungen.

Meiner Meinung nach, ist ein genereller Systemwechsel gar nicht notwendig, das was wir haben ist nicht so schlecht, es müsste einfach nur verbessert werden Steuergerechtigkeit, keine prekären Arbeitsverhältnisse, etc. sind wenige Stichworte. Die NDS geben darüberhinaus vielfache Anregungen.

Was ein System, welcher Art auch immer, meiner Ansicht nach eben nicht kann, ist die Natur des Menschen zu ändern.

Selbst wenn alle bei Null anfangen würden, was illusorisch ist, wird es immer jemanden geben, der einen anderen über den Löffel barbieren wird.

Das kann der Staat, das können Unternehmen sein, aber es kann auch schon in der kleinsten Einheit, der Familie, der Partnerschaft, passieren. Einer wird immer das Filetstück wollen, da helfen keine Systemänderungen, sie sind bestenfalls ein kleiner Schritt.

VG,

MP

.....

Liebe N DS,

unser "System", also die bestehende Gesellschaftsordnung der BRD, beruht doch auf dem Grundgesetz und müßte eigentlich nahezu perfekt sein, wenn ein solches "System" auch in die Realität umgesetzt werden würde - z.B. Vorgaben wie: "Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen."

Nun sind wir aber bedauerlicherweise (mit leider sehr wenigen Ausnahmen) bereits seit Jahrzehnten in dem real existierenden "System" mit einer Politikclique - immer egal welcher Couleur - gestraft, die den Staat als Beute für sich und ihre Schmiergeld zahlende Klientel betrachtet. Beispiele dazu fallen einem ad hoc und aktuell immer gleich dutzendweise ein. Das würde aber den Rahmen eines Leserbriefes sprengen. Als Schandbegriff von vielen sei hier nur eben mal "Privatisierung" genannt. Der Wortstamm "privare" entstammt dem Lateinischen und bedeutet stehlen, rauben.

Als kompetente und trotz widerwärtigen Mobbings seitens ihrer Genossen noch tätige Politikerin fällt dem Unterzeichnenden da, als eine der oben bezeichneten Ausnahmen, Frau Dr. Sahra Wagenknecht ein, welche aus dem Stehgreif aufzählen könnte, was rechtskonform alles zu ändern wäre, um das "System" wieder gemeinwohlorientiert zu gestalten.

Mit freundlichem Gruß
Hartmut Wohler

.....

Danke für ihren Denkanstoß. Die Redaktion der NachDenkSeiten hat völlig Recht mit einer kritischen Haltung zu der Forderung eines Systemwandels.

Jedoch nicht nur aus den, von ihnen im Artikel beschriebenen Gründen, wie der fehlenden inhaltlichen Konkretisierung, sondern weil die Fokussierung auf die staatlichen Strukturen einen viel grundlegenden Faktor für die Verwirklichung einer sozial und ökologisch vernünftigeren Gesellschaft ausblendet:

Als vor 50 Jahren Willy Brandt zum Bundeskanzler gewählt wurde, hat sich in seiner vierjährigen Amtszeit ja nicht deshalb so Vieles zum Positiven gewandelt, weil sich die staatlichen Strukturen grundsätzlich geändert hätten oder weil er durch einen glücklichen Zufall die richtigen politischen Entscheidung getroffen hätte.

Seine sozial- und friedenspolitischen Entscheidungen waren vor allem Anderen deshalb richtig, weil sie die logische Folge von rationalem Denken waren.

Das mag banal klingen und man könnte dem entgegenhalten, dass Brandts wesentliche Eigenschaft, wie auch die eines jeden positiv gestaltenden Politikers, seine humanistische Weltanschauung oder sein von Mitmenschlichkeit geprägter Charakter waren bzw. sind.

Empathie und humanistische Werte entstehen jedoch nicht von selbst und aus dem Bauch heraus, sondern sie sind die Folge von rationalem Denken, weil eine solche Haltung die intellektuelle

Befähigung voraussetzt, andere Menschen und Länder zu verstehen, sich in ihre Lage hineinzudenken und den Vorteil im großen Ganzen, im Langfristigen und Nachhaltigen erkennen zu können.

Unser Handeln muss von Vernunft bestimmt sein und die gesellschaftliche Debatte über politische Entscheidungen muss mit rationaler Argumentation nach streng logischen Regeln geführt werden. Dass dies keineswegs banal ist zeigt sich, wenn selbst progressive Vordenker wie die NachDenkSeiten bisweilen beinahe neidisch auf erfolgreiche Kampagnen von Konservativen und Neoliberalen gegen positive Entwicklungen in der SPD, gegen Jeremy Corbyn oder gegen sonstige Zeichen für Vernunft blicken.

Indem sie nämlich eine stärkere Gegenkampagne mit gleicher "Professionalität" empfehlen, als sei die Manipulation der Massen, die Verzerrung der öffentlichen Meinung (sofern dies mit "Gegenöffentlichkeit" gemeint ist) ein geeignetes Mittel um positive politische Veränderungen nachhaltig in unserer Gesellschaft zu verankern, solange es von der richtigen Seite angewandt wird.

Sicher sind von den NachDenkSeiten mit "Gegenöffentlichkeit" zumeist all jene Maßnahmen gemeint, die im besten Sinne der Aufklärung dienen sollen.

Doch wenn die aufgeklärte Meinung länger halten soll, als nur bis zum nächsten Meinungsumschwung durch die noch professioneller und wirkungsmächtiger organisierte Meinungsmache der Gegenseite, dann muss man die elementaren Ursachen für diese Labilität angehen:

Vernünftiges, streng rationales und in diesem Sinne wissenschaftliches Denken ist in unserer Gesellschaft unterrepräsentiert.

Vernünftiges Denken also, das nicht nur resistent ist gegen die Täuschungsmanöver der Reichen und Mächtigen, sondern auch resistent ist gegen die eigene Korruption, den eigenen Narzissmus und Egoismus, mit dem sich jeder konfrontiert sieht, sobald er sich in irgend einer entscheidenden Position befindet - sei es nun als Politiker oder als Wähler.

Die verschiedenen Fähigkeiten die einen rationalen Intellekt auszeichnen, wie logische Argumentation, Selbstreflexion und Kritikfähigkeit, müssen viel grundlegender geschult werden und eine viel breitere Zielgruppe erreichen, als es zum Beispiel das neue Buch von Albrecht Müller - so gut und wichtig es auch ist - je könnte.

Denn mit "grundlegend" meine ich nicht Analysen von Politik und Geschichte, sondern ganz elementare intellektuelle Werkzeuge.

Grundlagen verschiedenster Art werden bei uns an den Schulen gelehrt - Schreiben, Lesen, Mathematik usw.. Nur für die wichtigste Grundlage, das rationale Denken selbst, gibt es kein eigenes Fach.

Und in der Politik setzt sich ein Kandidat oder eine Entscheidung durch alle möglichen Umstände durch - Popularität, Kungelei, Gespräche in Hinterzimmern - aber um wirklich sicherzustellen, dass eine Entscheidung vernünftig und rational ist oder ein Führungspolitiker entsprechend intellektuell befähigt, dafür gibt es keinerlei im politischen oder gesellschaftlichen System verankerten Mechanismus.

Wer sollte denn auch bestimmen, was Vernünftig und Rational ist? Wäre so etwas eine Technokratie oder gar totalitär?

Oder gibt es allgemeingültige Regeln dafür, was logisch ist und was nicht?

Wäre ein politisches und gesellschaftliches System, in dem ständige Selbstreflexion und -Korrektur systematische Bestandteile sind, nicht etwas gänzlich Anderes als totalitär?

Wenn diese systemischen Korrekturen jeder Mensch mit der richtigen Argumentation in Gang setzen kann, weil grundsätzlich Jeder mit dem notwendigen intellektuellen Werkzeug ausgestattet wird, wäre dies dann nicht gerecht und zugleich vernünftig?

.....

Leserbrief zum Thema:

"Systemänderung – was ist das? Wie soll das neue System aussehen?"

Liebe Redaktion der Nachdenkseiten,

den Hinweis "ohne Systemänderung geht nichts, ist jeder Ansatz vergeblich und falsch", habe ich in Diskussionen schon oft gehört. Das ist einerseits richtig, Marx hat es im Detail beschrieben. "Ein Ausbeuter ist ja nicht per se böse, er kann nicht anders, Konkurrenz und Profit zwingen ihn dazu. Und die wiederum sind systemimmanent", um nur ein populäres Argument zu nennen. Andererseits fällt "das System" nicht vom Himmel, sondern ist von Menschen gemacht und wird von Menschen unterstützt und erhalten. Als Beitrag zur Auflösung von fruchtlosen Diskussionen und ideologischen Machtkämpfen möchte ich zwei Punkte vorschlagen.

I. Erweiterung der Perspektive und Integration

Ein Beispiel: Ist ein gieriger Psychopath an der Börse ein Problem oder ist es eben "das System", das ihn hervorbringt? Ich denke man muss beides parallel betrachten. Gesellschaftswissenschaften, Philosophie, Marxismus beleuchten die gesellschaftliche Ebene, Psychologie die persönliche. Und beide Bereiche sind wieder geteilt in die Welt der harten Fakten (wie z.B. Bruttosozialprodukt, Arbeitslosenrate - Monatsgehalt, Hartz-IV-Satz) einerseits und die der geistigen Belange, Werte (wie z.B. Grundgesetz, Vollbeschäftigung - Hass, Empathie, Gerechtigkeit). Das sind schon 4 irreduzible Bereiche, die nebeneinander zu betrachten wären. Und jeden Bereich kann man noch von außen betrachten, analysierend oder man kann Bestandteil davon sein und ihn aktiv mitgestalten. Z.B. kann ich den erwähnten Börsenspekulanten kritisieren oder ich kann mich damit beschäftigen, wie ich diesbezüglich selber bin und sein möchte. Dann sind das insgesamt 8 Bereiche, die zu betrachten wären. Es muss ja nicht jeder alles selbst machen, aber man sollte in Diskussionen erkennen, wenn zwei unterschiedliche Bereiche aufeinandertreffen. Die können sich nie verständigen, wenn sie nicht verstehen, dass sie zwar über dieselbe Sache reden, aber aus unterschiedlichen Blickwinkeln, die sich nicht überlappen.

II. Berücksichtigung des Entwicklungsaspekts

Hier geht es darum, wie das neue System aussehen soll. In der Geschichte gibt es viele Beispiele von Gesellschaftsentwürfen, mehr oder weniger präzise, die auf Ideologien basierten und gescheitert sind. Oder sich, nach erfolgreicher Revolution, zum Gegenteil dessen entwickelt haben, was ursprünglich gewollt war. Teilweise kam das Scheitern von "innen", oft aber auch von "außen". Bei der Revolution von 1848 war wohl beides der Fall.

Die Frage "wie soll das neue System aussehen" kann niemals umfassend, präzise und hinreichend beantwortet werden. Denn die Dynamik der Entwicklung bringt neue Aspekte hervor, negative, die zu bekämpfen sind und positive, die man integrieren muss. Wer zwanghaft an einer starren Ideologie festhält, kann zum Robbespierre werden, der seine eigenen Mitstreiter vernichtet.

Außerdem hat die Geschichte der Evolution gezeigt, auf der materiellen wie auf der geistigen Ebene, dass eine neue Entwicklungsstufe (was im Kontext das Ergebnis einer erfolgreichen Revolution wäre) nicht stetig erreicht wird, sondern sprunghaft. Und zwischen den beiden Stufen, der alten und der neuen, liegt eine Phase mit mehr oder weniger Chaos.

Zusammengefasst: Einen präzisen Entwurf eines neuen Gesellschaftssystems kann man nicht erwarten (das wäre nur eine Projektion der Gegenwart in die Zukunft) und Chaos und Unsicherheit

muss man ertragen. Ohne das gibt es nichts wirklich Neues. In dieser Phase ist natürlich auch Regression virulent. An den regressiven Auswüchsen der Postmoderne leiden wir zur Zeit ganz erheblich (vorsichtshalber will ich keine Parteien, Initiativen oder NGOs nennen).

Mit Herz, Gewissen und Verstand, Empathie und Solidarität in die die Zukunft. Aber ohne Zwang, Ideologie (nur der negative Aspekt) und Totalitarismus, das wäre, zusammengefasst, meine Empfehlung.

Mit herzlichen Grüßen,

Dr. Rolf Henze

.....
Liebe NDS-Redaktion,

selbstverständlich ist es mit der Erkenntnis, einen fundamentalen Systemwechsel herbeiführen zu müssen, nicht getan, aber die Erkenntnis ist als solche immerhin ein erster Schritt. Ihr – ich sage mal ‚Unmut‘ – über solche Ergüsse ist verständlich, gleichwohl zeigt sich darin ein entscheidender Aspekt des Ausmaßes der Verfahrenheit unserer gesellschaftlichen Situation. Eigentum ist mittlerweile in einem derart astronomischen Ausmaß ungleich verteilt, dass eigentlich jeder denkende Mensch zu dem Schluss kommen müsste: „Wir sollten das dringend ändern!“

Eine Enteignung der supranationalen Superreichen kann aber mittlerweile auf nationaler Ebene nicht mehr gelingen, es sei denn, viele Nationalstaaten würden sich in gegenseitigem Schulterschluss gegen den Zugriff supranationaler Machtkartelle auf nationale Güter wehren und diese enteignen. Genau wegen dieser – immerhin denkbaren – Möglichkeit ist den neoliberalen Think-Tanks die Globalisierung als Hebel zur Amputation nationaler Organe so wichtig und der Gedanke eines technokratisch regierten Staatenverbundes wie der unseligen EU so lieb und wert. Mit unseren offenbar weitgehend korrumpierten politischen Eliten wird ein solcher Schulterschluss ohnehin nicht gelingen.

Die Alternative, also eine Solidarisierung der Regierten und ein Aufbegehren breiter Volksschichten wäre eine Revolution gegen ein anonymes Feudalsystem – eine weit schwierigere Situation als eine Revolution gegen wohlbekannte menschliche Feudalherren. Zudem würde „das System“ ganz gewiss mit einer noch nie gesehenen Brutalität gegen solche „Terroristen“ vorgehen, sobald eine derartige Bewegung über den Einsatzbereich einiger Polizeihundertschaften hinaus wüchse.

Es ist nicht fair, Leuten, die sich eine Abschaffung der bestehenden „Diktatur der Märkte“ wünschen, vorzuwerfen, dass sie keine Vorschläge zu einer Realisierung derartiger Umwälzungen haben.

Nach meiner Überzeugung könnte es eher zu einer Implosion der bestehenden Eigentumsverhältnisse kommen – mit was für schrecklichen Folgen für die kleinen Leute auch

immer – als zu einer Revolution. Zu tief ist das Gift kapitalistischer Denkungsart in die Köpfe der Menschen eingedrungen.

„Patentrezepte“ – schon gar von der Sozialdemokratie und den Linken – sehe ich weit und breit keine, und die paar Hoffnungsträger sind entweder alt oder wurden von ihren „Freunden“ weg gemobt.

Also nach meiner Meinung etwas viel verlangt, von jedem, der sich irgendwie zornig zum prekären Zustand unserer Gesellschaft äußert, zu verlangen, dass er entweder Lösungen anbietet oder besser gleich schweigt.

Mir scheint, dass auch dadurch schon etwas gewonnen ist, wenn den Leuten, die danach suchen, ein Weg zu mehr kritischem Bewusstsein gezeigt wird. Bedauerlicherweise sind es ja ohnehin überwiegend ältere Personen, die man damit erreicht, denn die Jungen, wenn sie denn gar Familie haben, müssen sich leider im Hamsterrad plagen, oder sich gar im Rektum der Reichen beliebt machen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr.K.H.Bernhart

.....
Leserbrief zu: Systemänderung – was ist das? Wie soll das neue System aussehen?

Es sind durchaus gute Nachrichten, die das Forschungszentrum Jülich Ende Oktober verbreitete.
https://www.fz-juelich.de/iek/iek-3/DE/News/TransformationStrategies2050/_node.html

Die zusätzliche 128 Mrd. €, die wir gemäß dieser Untersuchung 30 Jahre lang (2020 bis 2050) aufbringen müssen, Deutschland klimaneutral zu machen, sind jährlich 2,8 % zusätzliches Wirtschaftswachstum, das angeblich doch alle Parteien wollen. Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung kennt nämlich keine Kosten; sie kennt nur BIP-steigernde Ausgaben.

Aber es kommt noch besser. Jülich geht vom Ersatz heutigen Imports fossiler Energieträger in Höhe von 64 Mrd. € jährlich aus. Könnten wir diese vollständig ersetzen, stiege das BIP um 4,2 %. Unsere Wirtschaft wüchse jährlich um 192 Mrd. € und nicht nur um 128 Mrd. €.

Ein zu an der Jülich-Studie Mangel: Nicht berücksichtigt seien volkswirtschaftliche Effekte, wie beispielsweise Wertschöpfung und mögliche Beschäftigungseffekte, ist heute schon, allerdings in umgekehrter Form zu beobachten.

Der von den Unionsparteien im Rahmen der EEG-„Reform“ durchgesetzte „Atmende Deckel“ bei der Installation von Photovoltaik (max. 52GW-Ausbau) hat den Zubau an Solarenergie seit 2011 heute schon auf ein Viertel reduziert und das Ausschreibungsverfahren beim Bau neuer Windkraftanlagen zu einer Halbierung des Windkraftausbaus in diesem Jahr geführt. Dadurch wurden in der Solarindustrie 100 000 Menschen arbeitslos, in der Windbranche 35 000.

Jülich und andere Studien fordern einen vier- bis siebenfachen Zubau an regenerativen Energien gegenüber den Boom Jahren. Das würde zusätzliche Arbeitsplätze in Millionenhöhe bedeuten. Bei

3,3 Millionen Arbeitslosen - zu den offiziellen 2,3 Mio. Arbeitslosen wird ca. eine zusätzliche Million in Krankheit, Schulungen, Menschen über 58 Jahre alt sind, statistisch versteckt – und 3,2 Millionen Unterbeschäftigten - Menschen, die gerne mehr arbeiten wollen - gibt unser Arbeitsmarkt das problemlos her. Natürlich können Metallbauer aus der Autoindustrie auch Windmühlen bauen und Steuerungselektroniker aus dem Maschinenbau wo anders Energieeffizienz steigern, von Computerfachleuten ganz abgesehen.

Der volkswirtschaftliche Effekt lässt sich nur mit dem Multiplikator abschätzen, den zusätzliche Investitionen volkswirtschaftlich bedeuten. Das Geld, das zusätzlich für mehr regenerative Energien, die Ertüchtigung des ÖPNV oder Energieeffizienzsteigerung investiert wird, fließt ja weiter durch unsere Volkswirtschaft. Dieser Multiplikator wird völlig unterschiedlich hoch geschätzt, kann aber aus den vergeblichen Versuchen, die Schuldenkrise in Griechenland zu lösen, im Umkehrschluss auf ca. 1,5 geschätzt werden.

Die Troika hatte damals fälschlicherweise angenommen, dass die Griechenland aufgezwungene Sparpolitik dazu führt, dass jeder eingesparte Euro nur 0,5fach (mit 50 Cent) die griechische Wirtschaft belastet, musste aber feststellen, dass die Schuldenquote stieg und nicht sank. Heute schätzen EZB, der IWF und die Europäische Kommission diesen Multiplikator auf 1,5.

Rechnen wir auf dieser Basis weiter, würde unsere Wirtschaft jährlich um 6,3 % oder fast 300 Mrd. € wachsen. Das sind übrigens Wachstumszahlen, die wir durchaus schon einmal hatten, in der Zeit des so genannten Wirtschaftswunders der 60er- und 70er-Jahre.

Kurzum, Deutschland klimaneutral zu machen, könnte uns ein neues Wirtschaftswunder bescheren.

Aber kommt das? Eher nicht. Es gibt zwei entscheidende Hindernisse: 1. NAIRU und 2. die Schuldenbremse.

I. NAIRU (Non-Accelerating Inflation Rate of Unemployment) ist die Arbeitslosenrate, deren Überschreitung laut neoliberalen Dogma durch Lohnsteigerungen angeblich zu Inflation führt. Sie liegt für Deutschland bei 3,8 %. Wir liegen laut Mainstream-Volkswirten also genau richtig mit unserer Arbeitslosigkeit und unsere Politiker lügen, wenn sie offiziell mehr Wachstum und Beschäftigung wollen. Aber moment, versucht nicht seit über zehn Jahren die EZB erfolglos unsere Inflationsrate mittels Quantitativ Easing zu heben?

II. Das Forschungszentrum Jülich hat errechnet, dass wir 1.850 Mrd. € aufbringen müssen, um klimaneutral zu werden, andere wie dena oder ESYS kommen sogar auf 2.200 Mrd. bzw. 3.200 Mrd. €. Das heißt jährlich zwischen 128 und 221 Mrd. €. Die mittlerweile sogar im Grundgesetz gelandete Schuldenbremse ermöglicht uns aber nur im Fall von Naturkatastrophen oder Wirtschaftskrisen mehr als 0,35 % Neuschulden aufzunehmen, was heute 11,7 Mrd. € entspricht.

Ich sehe aus diesem Dilemma nur zwei Auswege: Warten, bis der Klimawandel uns wirkliche Naturkatastrophen beschert und nicht nur ein paar zig Milliarden an Ernte- Gesundheits- oder Unwetterschäden einbrockt oder dass unsere Politiker sich von dem neoliberalen Dogma der Schuldenbremse lösen und, wie weltweit immer mehr Wissenschaftler und Politiker, über die Modern Monetary Theory (MMT) nachzudenken beginnen. MMT besagt, dass höhere Staatsschulden nicht zu Inflation führen, solange Arbeits- und Rohstoffmärkte sowie eine unterausgelastete Industrie nicht überfordert werden.

Wolfgang Seelig, Heidelberg

Liebe NDS- Redaktion,

Zur hier gestellten Frage, wie denn eine Systemänderung aussehen könnte, fiel mir spontan Sahra Wagenknechts Buch "Freiheit statt Kapitalismus" ein. Die Autorin hat auf sehr detaillierte Weise, kreativ und visionär, beschrieben, wie sie sich ein verändertes, sozial gerechteres System vorstellt. Mit einem solchen System erst könnte es möglich sein, den drohenden Klimanotstand zu verhindern.

Mit freundlichen Grüßen
Wolfram Strohbach

Liebe Freundinnen und Freunde,

vor allem ist eine Bodenrechtsreform notwendig!

Das Land, der Boden gehört allen Menschen. Eigentum an Grund und Boden soll es nicht mehr geben. Die Gemeinschaft

(Genossenschaft, Stiftung, Kommune, Land, Bundesebene) vergibt Nutzungsrechte nach klar definierten Regeln und gemeinschaftlich

festgelegten Gebühren auf Zeit. Dabei sind die Leitprinzipien: ökologische Verträglichkeit der Nutzungszwecke und gleiche Lebenschancen

im Land für alle Bürger. Bestehende Besitzverhältnisse sind aufzulösen und ggf. sind Nutzungsverträge für Wohnen, Unternehmen usw.

zu vergeben. Vorrang haben Gemeinwohl und Erhalt der Lebensgrundlagen. Landnutzung für Nahrungsmittel und Wald ist nur noch nach ökologischen

Kriterien möglich.

Birgitt und Jürgen Kruse

Liebes Team der Nachdenkseiten,

als langjähriger und dankbarer Leser der NDS bin ich doch etwas erstaunt über Ihre Aufforderung, Vorstellungen über ein neues gesellschaftliches System zu entwickeln bzw. zu formulieren. Das mutet an wie ein Aufruf zum Bau Potemkinscher Dörfer. Der bedauernde Zustand der Gesellschaft ist doch hinreichend beschrieben und ebenfalls die Notwendigkeiten, die sich daraus ergeben. Und weiter? Man ballt die Faust in der Tasche und das war es schon. Da drängt sich doch der Verdacht auf, dass es den Menschen noch ganz passabel geht.

Können Sie sich vorstellen, wie man mit einem Volk, wie dem deutschen, eine Revolution in Gang setzt, wenn keine Genehmigung dazu vorliegt? Vor 30 Jahren war das im Osten gerade noch möglich, aber die "Revolutionäre" von damals sind schon lange aufgekauft. Im Westen hat man leider keine gesehen, denn das Sein bestimmt das Bewusstsein. Wer aufmerksam seinen Mausfeld gelesen hat, der weiß zudem, dass diese wunderbare parlamentarische Demokratie so wasserdicht gestrickt ist, dass ein Entkommen daraus so gut wie unmöglich ist. Letztes Beispiel: der SPD-Parteitag. Die Reden von Esken, Walter-Borjans und Kühnert waren nach meinem Geschmack besser, als im allgemeinen kolportiert. Und dann - war die Luft raus. Die altgedienten Parteifunktionäre aus der Schröder-Ära werden Ärgeres zu verhindern wissen.

Schließlich ist da auch noch das "Große Geld". Wer nun auch noch seinen Rügemer gelesen hat, der weiß, wie es um die daraus resultierende Machtverteilung bestellt ist. Glaubt wirklich irgend jemand, dass man die großen Konzerne, die sich überwiegend in den Händen der Finanzoligarchie befinden, so einfach verstaatlichen kann? Dass es so schlimm kommt, dass die Banken verstaatlicht werden müssen, das kann sich wohl keiner wünschen.

Vor dem Hintergrund dessen reicht es vielleicht zunächst einmal, sich darin zu üben, das einzufordern, was den Deutschen per Gesetz sowieso versprochen ist, z.B. § 14 GG: Eigentum verpflichtet u.s.w.. Vielleicht sollte man in dem Zusammenhang auch einmal den § 20 in Erinnerung rufen, in dem es heißt "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus ... Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist." (daran erinnern sich die wenigsten).

Fazit: es wäre ganz gut, erst einmal zu zeigen, dass man wirkungsvoll seine Grundrechte einzufordern versteht, bevor man Luftschlösser baut. Damit könnte nämlich schon einiges Grundlegendes bewirkt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Björn Ehrlich

.....

Als Vorschlag für einen System-Wandel habe ich Eckpunkte zusammengestellt, um sie durch unsere monatliche Versammlung von „Aufstehen“ Konstanz aufarbeiten und konkretisieren zu lassen.

Ich bin gerne bereit, einzelne Punkte daraus selbst vorab zu präzisieren. Besser wäre es, wenn „Nachdenkseiten“ zur Bildung von Gremien aufrufen würde, um die einzelnen Punkte zu definieren.

Mit freundlichen Grüßen

Dieter Kaiser

D. Kaiser – GBS-Bodensee e.V.
Presse und Öffentlichkeitsarbeit

In vino veritas – in deo vanitas

mail@dieterkaiser.com

Monatstreffen am 3. Do im Monat um 19 Uhr,

Rest. Costa del Sol, Sankt-Johann-Gasse, 9, Konstanz

www.gbs-bodensee.de

www.freies-radio.de

www.youtube.com/user/gbsStuttgart/videos

Politisches Manifest

Persönlicher Hintergrund:

Seitdem ich als Student an der Universität Heidelberg 1964 das Godesberger Programm der SPD und andere Partei-Programme und die Finanzierung dieser Parteien für meine Diplom-Arbeit untersucht habe, bin ich ein demokratischer Sozialist. Als Gründer eines SPD-Ortsvereins in Oberschwaben 1972 habe ich im Landtagswahlkampf BW, Willy Brandt gegenüber geäußert, dass ich zwar Sozialdemokrat bin, aber ein demokratischer Sozialist. Auch war ich damals bei einer ZF-Tochter in Friedrichshafen, ohne Rücksicht auf mein berufliches Fortkommen, Betriebswahl-Kandidat. Der neue Geschäftsführer, vom Unternehmerverband kommend, hatte ohne Rücksprache mit der Belegschaft alle Sonderzahlungen gestrichen. Diese Kandidatur wurde durch eine fristlose Kündigung mit Hausverbot bestraft. Ich habe mit Erfolg dagegen prozessiert. 1982 habe ich eine regionale SPD-Arbeitnehmer-Gruppe in Westfalen mitgegründet. 1984 bin ich aus der SPD ausgetreten, weil die Partei zu sehr verbürgerlichte und sich den herkömmlichen Verhältnissen auf vielen Gebieten zu sehr anpasste. Die von ex-Kanzler Schröder eingeführte Agenda 21 und die sich daraus ergebende Spaltung der SPD war dann der Endpunkt meiner Sympathie für die Partei. Als Rentner habe ich keine Strafmaßnahmen oder Nachteile mehr zu befürchten. Seit 2017 bin ich bei der Organisation „Aufstehen“ in Konstanz aktiv und engagiert in der Gemeinwohl-Ökonomie und aktiver Humanist.

Im Jahr 2019 wurde ich 82 Jahre alt. Ich habe meinen politischen Standpunkt und meine Forderungen aus dem Jahre 1964 bis heute nicht aufgegeben. Diese sind:

I.- Die Vergesellschaftung von Unternehmen in Genossenschaftsunternehmen.

II.- Umwandlung von Aktiengesellschaften mit geheimen, namenlosen Aktien-Inhabern in Genossenschaftsunternehmen.

III.- Keine automatische Vererbung von Produktionsbetrieben an Nachkommen, die dafür keine Leistung erbracht haben (in unserer sogenannten Leistungsgesellschaft).

IV.- Die Lüge der „sozialen“ Marktwirtschaft muss entlarvt werden als reine kapitalistische Marktwirtschaft zum Nutzen weniger Großunternehmer statt der Allgemeinheit.

V.- Begrenzung des Gewinns von Unternehmern und gerechtere Verteilung an die Beschäftigten nach dem Motto „Reichtum ohne Gier“.

VI.- Aufhebung des Steuer- und Bankgeheimnisses.

VII.- Gerechtere Verteilung der Ressourcen weltweit.

VIII.- Säkularisierung des Kircheneigentums.

Diesen Forderungskatalog eines ALTEN Bürgers und nicht eines „jungen kommunistischen Spinners“ sollte jeder verbreiten und sich dafür einsetzen.

Ich bin kein unbelehrbarer Altkommunist, sondern ein Humanist.

Dieter Kaiser

12.2020

.....
Liebe Redaktion der NachDenkSeiten,

Zu Ihrer Anfrage folgende Ausführungen: Gehen wir davon aus, dass menschliches Miteinander sich in vielfältiger Weise quasi seit jeher auch über Marktbeziehungen organisierte. Jäger und Sammler nutzten diesen Austausch, Sklavenhalterstaaten ordneten machtgebunden so Beziehungen sowohl zu ihren Nachbarn als auch innerhalb ihrer strukturierten Bürgerschaft. Das zieht sich bis

heute fort und belegt somit die Unverzichtbarkeit (oder besser Unausweichlichkeit?) von Marktordnungen!

Wenn wir also heute vor einer drohenden Katastrophe stehen, sollte also darauf gesehen werden, wie entscheidend die aktuell dominierende Marktordnung dazu beiträgt.

Hierzu wurde ich im Netz fündig: "marktwirtschaft-reparieren.de".

Richters und Siemoneit schreiben u.A.: "Der heutige Kapitalismus erfüllt Ansprüche wie Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit nicht. Müssen wir also Wirtschaft "neu denken", wie viele meinen? Wir legen dar, dass kein grundsätzlicher Wechsel des Wirtschaftssystems erforderlich ist. Die offensichtlichen Ungerechtigkeiten sind nicht Ausdruck marktwirtschaftlicher Prinzipien, sondern ihrer Verletzung. Mit besseren Regeln kann eine ökonomisch leistungsfähige, sozial gerechte und ökologisch tragfähige Marktwirtschaft erreicht werden."

Ich hoffe sehr, dass Sie mir gleich mit Gewinn lesen können.

Mit freundlichen Grüßen, Dr. Gottfried Lobeck

Alles Gute für 2020 und nicht vergessen: Klima retten, Marktwirtschaft reparieren!

.....

Sehr geehrte Damen und Herren,

bei dem anzustrebenden Gesellschaftssystem denke ich u.a. an wirkliche Demokratie im Sinne von Volkssouveränität (s. dazu Ingeborg Maus). Vieles ergibt sich dann von allein. So wäre damit verbunden, dass es „freie“ Medien gibt, die sich dem aufklärerischen Gedanken verpflichtet fühlen und natürlich dürfte der privatwirtschaftliche Bereich nicht Ausmaße annehmen, bei dem unabhängige Machtstrukturen entstehen (können). Die Gedanken von Sarah Wagenknecht zur Gestaltung wirtschaftlicher Strukturen erscheinen mir hilfreich zu sein und auf internationaler Ebene gefällt mir die Idee von Keynes zum Handels-Ausgleich. Ich glaube es wäre ein Weg zum friedlichen Miteinander.

Mit freundlichem Gruß
Eberhard Schwarz

.....

Sehr geehrte Redaktion,

anbei möchte ich Ihnen eine Antwort auf Ihren Artikel, "Systemänderung" senden.

Es ist doch offensichtlich, das hier nur eine Systemänderung zum Sozialismus, die einzige Alternative ist, was denn bitte sonst?

Anarchismus? Wir leben im Kapitalismus, der sich derzeit, für jeden erkennbar, in Imperialismus, Militarismus und letztlich

Faschismus, die Anfänge sind ja wohl überdeutlich zu sehen, jedenfalls für die, die sich nicht blind stellen, entwickelt hat.

Sie fragen, welche Vorstellungen denn die Befürworter eines solchen Systemwandels denn hätten, nun ich versuche Ihnen die
meinen vorzustellen, wobei ich natürlich weiß, das die SPD eine solche Alternative ebenso ablehnt, wie sämtliche anderen
Parteien, die da sind wie CDU, CSU, Linke, Grüne, SPD, FDP und natürlich nun auch AFD. Nichts destotrotz, hier mal eine kleine

Beschreibung:

[Das Gespenst der DDR](#)

<https://sascha313.wordpress.com/2017/03/14/das-gespenst-der-ddr-oder-die-angst-vor-der-nostalgie/>

M.f.G.

Anna

.....
Hallo NDS,

sehr guter Aufruf!

I) Bildungssystem! Weniger Geld für Waffen, mehr für Schulen. Ohne eine Revolution des Bildungssystems mit dem Anspruch die Zahl der vernunftbegabten Menschen zu erhöhen werden sich weiterhin zu viele Menschen von Bauernfängern zum Narren halten lassen, und zu viele werden passiv bleiben und sich kleinhalten lassen. Daran angeschlossen natürlich die Rücknahme ökonomischer Optimierungsmaßnahmen wie Schul- und Studienzeiterkürzung, Lehrplanstreichungen, Bibliotheksschließungen etc... Es sollte primär darum gehen die Aufklärungsideale wiederzubeleben, nicht massenweise Humankapital auszustoßen.

II) Mediensystem. Begrenzung der Bandbreite privater TV-Sender. Neustrukturierung/Reform der Rundfunkräte. Keine Parteinähe mehr!

III) Geldsystem: Kapitalverkehrsfreiheit muß teurer werden. Vermögen über einer bestimmten Größe muß verhindert werden. Spekulationen in bestimmten Bereichen müssen verboten sein (Nahrungsmittel z.B.). "Arbeitendes Geld" gibt es nicht, und es muß kontrolliert werden, unter welchen Bedingungen, in welchen Sparten es "arbeitet".
Adieu, neoliberale Maxime.

IV) Wahlsystem: Änderung der unfairen Parteienfinanzierung! Direkte Mitbestimmung/Volksentscheide. Verlängerung der Regierungsperioden um mindestens 1, besser 2 oder 3 Jahre.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Bichler
.....

Sehr geehrtes Nachdenkseiten-Redaktionsteam,
Danke, dass Sie diesen Fragen Raum und somit Ihren Leser_innen Gelegenheit geben, realistische Utopien aufzuzeigen.

Dies macht den NDS alle Ehre, deren Anliegen ja das Denken über schlecht-bestehende Verhältnisse hinaus ist. Auch mich treibt immer schon die Frage um wie *das gute Leben aller Menschen* gelingen kann? Dass dies unter den gegenwärtigen Bedingungen einer von profit- und konkurrenzgetriebenen Ökonomie unmöglich ist, haben die Nachdenkseiten ja zu Genüge aufgezeigt, wiewohl ich vermute, dass es auch in Ihrer Redaktion unterschiedliche Auffassungen darüber gibt, was die kapitalistische Logik betrifft.

Sie haben heute das Interview mit dem Physiker u. Filmmacher Volker Arzt veröffentlicht, welches deutlich macht was Mensch und Mit-Welt zum gemeinsamen Leben benötigen: Kooperation, Solidarität, Hilfsbereitschaft, Mitfühlen, Mitdenken..... All diese überlebenswichtigen Eigenschaften und Kulturtechniken zerstört das Verwertungsprinzip des Kapitalismus, der den Menschen zum Homo Oeconomicus degradiert. Mit Adorno gesprochen: "Es gibt kein richtiges Wirtschaften im falschen" und "....die Verhältnisse, die zu Auschwitz führten, dauern fort...".

Daher gilt die allererste Fragestellung in Bezug auf systemische Veränderungen der Frage nach dem Menschenbild.

Wirtschaften sind für die Menschen da – nicht umgekehrt:

<http://www.bzw-weiterdenken.de/2013/05/die-entwicklung-einer-wirtschaft-der-fursorge/>

WIRTSCHAFT NEU DENKEN ist das Gebot der Stunde: 10 Thesen zur Entwicklung einer postkapitalistischen Ökonomie

http://www.winkelmann-adelsborn.de/Dokumente/ThesenreiheA5_26_04_12.pdf

Wäre das nicht auch eine Anregung für die Pleisweiler Gesprächsreihe?

Beste Grüße aus Worms

Ute Plass

.....
Betreff: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=57144#more-57144>

Unabhängigkeit der Regierungen von den Zentralbanken

Sehr geehrte Kollegen,
ich denke, der Schlüssel zum Finden einer Lösung ist, sich klarzumachen, daß es in der Wirtschaft zunächst einmal um Produktionsmittel geht. Eine Gesellschaft ohne Produktionsmittel - oder noch schlimmer, eine, die versucht, ihre Produktionsmittel abzuschaffen - wird, egal ob sie "sozialistisch" oder "kapitalistisch" organisiert ist, stets eine sehr arme Gesellschaft sein, und es ist sehr die Frage, ob es sinnvoll ist, eine Gesellschaft ohne Produktionsmittel überhaupt als "kapitalistisch" oder "sozialistisch" zu bezeichnen.

Ein wesentliches Element jeder Politik zur Überwindung von Armut muß es daher sein, das Technologieniveau - sprich, die Produktivität der Produktionsmittel - so schnell wie möglich zu steigern, was vor allem den Ausbau der dazu notwendigen Infrastruktur erfordert. China setzt sehr intensiv auf den Ausbau dieser Infrastruktur, und deshalb ist es dem Land gelungen, 850 Millionen Menschen aus der bittersten Armut herauszuholen. Ähnlich erfolgreich war diese Politik in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, oder unter Präsident Franklin Roosevelt zur Zeit des "New Deal", was ebenfalls zeigt, daß die Frage Kapitalismus/Sozialismus an sich nicht die

entscheidende ist.

Viel wesentlicher ist in dieser Hinsicht die der Kontrolle über das Kreditsystem. Steht genug Kredit für die Steigerung der Produktivität zur Verfügung, oder verpufft die Wirtschaftskraft in spekulativen Finanzgeschäften?

Betrachtet man die Geschichte der erfolgreichen Wirtschaftsaufbauperioden in den verschiedenen Ländern, die sie erlebt haben, fällt auf, daß dabei ein Faktor entscheidend ist, den ich mal salopp als "Unabhängigkeit der Regierungen von den Zentralbanken" bezeichnen will: Jedes Land, das erfolgreich aufbauen will, braucht ein von den privaten Banken und deren Zentralbanken unabhängiges staatliches (oder staatlich reguliertes) Kreditsystem, das dazu dient, sicherzustellen, daß ausreichend Kredite für den Ausbau der Infrastruktur zur Verfügung stehen, was insbesondere in Krisenzeiten auch die Fähigkeit zur Kreditschöpfung umfaßt. Wieviel solcher Kredit geschöpft werden kann, bemißt sich im konkreten Fall an den brachliegenden - personellen wie maschinellen - Kapazitäten, die hierdurch mobilisiert werden können. Mithilfe eines solchen Kreditsystems ist es möglich, permanente Vollbeschäftigung zu erhalten und ein (gemessen an der realen Kaufkraft) hohes Lohnniveau auf Dauer aufrecht zu erhalten.

Natürlich wird die Macht der Banken über die Regierung beschnitten, wenn diese in der Lage sind, auch unabhängig von den Banken Kredit zu schöpfen, was erklärt, warum eine solche Politik von den Vertretern der Bankenwelt als "inflationär" verteufelt wird. Wie absurd dieses Argument ist, zeigt sich daran, daß die gleichen Vertreter der Bankenwelt die ersten sind, die eine Politik der unbegrenzten Geldvermehrung fordern, sobald es darum geht, ihre fehlgeschlagenen Spekulationen vor der Pleite zu retten. Die gewaltigen Berge wertloser Papiere aus der Finanzspekulation sollten vielmehr durch ein Trennbankensystem nach dem Vorbild des amerikanischen Glass-Steagall-Gesetzes von den normalen Bankgeschäften getrennt und durch ein Konkursverfahren aus der Welt geschafft werden.

Alexander Hartmann,
Chefredakteur Neue Solidarität

.....
Sehr geehrte Redaktion der NDS.

Ich denke viele Menschen sind einfach überfordert damit, die vielen Gedanken zu möglichen Änderungen im System, geordnet nieder zu schreiben. Das äußert sich dann so, dass sie die Lösung prinzipiell erfühlt haben, dass es aber ohne ein Systemwechsel nicht spürbar zur Entlastung kommen kann, aber wie das konkret erreicht werden soll, einfach in Anbetracht der mangelnden Zeit bzw. der anderweitigen Verpflichtungen nicht weiter vertieft werden kann.

Ich selbst bin Ingenieur und daher im systematischen Denken sehr stark ausgebildet und fühle mich da auch sicher, dennoch ist es für mich immer wieder schwierig diese Systemgedanken Menschen zu erklären, die eben nicht so ausgebildet wurden. Da ich in den letzten Jahren mehr und mehr die Zusammenhänge hinsichtlich der Prioritäten/Gewichtungen, auch dank Euren Beiträgen verstehe, bin ich mittlerweile der festen Überzeugen, dass unterm Strich die weitreichendste und effektivste Systemänderung provoziert werden kann, wenn wir es als Gesellschaft schaffen, das Schuldgeld-System in ein durch werte gedecktes Geldsystem nach und nach zu überführen. Das heißt, die Priorität all unserer Bemühungen sollte darauf gelegt werden, da viele der anderen größeren Probleme nur die Konsequenz dieses auf Schulden basierendem Geldsystem sind. D.h. wenn wir zuviel Energie "verschwenden" in die darunter liegenden Probleme, dann ist es aus einer umfassenderen Sicht gesehen, der berühmte Kampf gegen Windmühlen und es fühlt sich mehr und mehr an wie "ABM".

Das Problem unserer jetzigen Geldsystems ist es, das durch das Prinzip der Schöpfung aus dem Nichts und der folgenden Kreditvergabe, die reale Wertschöpfung auf eine unbestimmte spekulative

Zukunft verlagert wird. Die wiederum von den System-Risiken selbst vollständig abhängig ist. Das heißt das Prinzip der Finanzmarkt-Spekulation zeigt sich mehr oder weniger in allen von den Krediten abhängigen Bereichen. Da das System und deren Idee "des unendlichen Wachstums" nicht funktionieren kann, ist klar was langfristig passiert. Es muss zusammenbrechen. Das entscheidende ist aber zu verstehen, das hinter dem Schuldgeld die Idee steckt, Probleme/Dinge der Vergangenheit/Gegenwart auf die "unbestimmte" Zukunft zu verschieben. Das erst hat es den Vermögenden ermöglicht, wie in einem Computerspiel "cheaten zu können" während 99% der Weltbevölkerung diesen Weg des "Cheats" nicht beschreiten kann, da bereits von Kredit abhängig und kein oder nur wenig Vermögen. Erst dieser Cheat hat maßgeblich dazu beigetragen die Umverteilung von Unten nach Oben bzw. Fleißig nach Reich zu ermöglichen. Psychologisch betrachtet ist es sogar noch wesentlich schlimmer, da die Menschen plötzlich den Bezug zur Realität verlieren bzw. meinen sie könnten sich Dinge leisten, die sie aber faktisch noch gar nicht geleistet haben. Sie gehen dann auch davon aus, das die auf Schulden aufgebaute Außenwelt (die aber noch nicht getilgt ist) die Realität wäre. Folglich bilden sie sich ein, es geht würde uns noch gut gehen, weil sie sich von der verzerrten Außenwelt bestätigt fühlen. Zudem haben sie meist keinerlei Verständnis mit was für sonstigen Nachteile bzw. auf wessen Kosten diese "Schein"-Lösungen (doppeldeutig ;-)) nur erbracht werden können (Umweltzerstörung, Kinderarbeit, Kriege im Ausland, Mißhandlung der Tiere, Ausbeutung der Arbeit-"geber" usw.).

Ich geh voll und ganz mit Ihrem Beitrag bzw. der Kritik mit, das wir als Gesellschaft eine Vision davon brauchen, wie das neue System aussehen soll und was es leisten soll bzw. anders machen muss. Ich denke nur, dass man dies von der "ausgelasteten" aber besorgten Bevölkerung zeitlich nur schwer einfordern kann. Das bedarf dann schon eher einem Arbeitskreis oder ähnliches als kurzen nicht konkreten E-Mails, da ja das Thema an sich auch nicht so leicht zu verstehen geschweige denn in Ideen/Maßnahmen zu überführen ist.

Probleme sehe ich aber, wenn man zu viel Zeit in das Verstehen des jetzigen Systems steckt, anstatt diese in neue Ideen zu investieren. Da das jetzige System so viele "unnatürliche" von (mächtigen dummen) Menschen gemachte Gehirnverwirrungen unterliegt, so dass dabei die Wahrscheinlichkeit sehr hoch ist, neue gesunde Menschen damit eher zu verwirren, als sie in ihren natürlichen und gesunden neuen Ideen zu bestärken. Das Problem kenne ich nur zu gut aus der Software-Entwicklung, wo neue Entwickler versuchen die schlecht gelösten Probleme von Vorgängern wochenlang zu verstehen und dabei selbst verenden (siehe Depressionen, Burn-Out, Zombifizierung der Mitarbeiter usw.).

Ich würde auch liebend gern bei der Ausgestaltung solcher Ideen/Maßnahmen mitwirken aber wüsste ehrlich gesagt auch nicht, woher ich die Zeit nehmen soll, wenn man ca. 45h die Woche arbeiten geht, Sport macht (um langfristig fit zu bleiben), gesund ernährt und kocht, Freunde besucht, musiziert (für die geistige Flexibilität bis ins hohe Alter) usw.. In diesem Dilemma stecken heutzutage viele der Menschen und wie wir das auflösen wollen? Da kann man nur jedem raten sich nicht von Krediten abhängig zu machen, aber das ist denke ich schwieriger umzusetzen bzw. einzufordern, als sich gemeinsam zu organisieren und für ein alternatives Geldsystem zu werben. Wie Rainer Mausfeld ja auch richtig und realistisch sagt - einfach ist das alles nicht. Zu groß ist mittlerweile das Ungleichgewicht zwischen den Machteliten und deren manipulativen System-Erhaltungsmaßnahmen und Einfluss auf die Bevölkerung.

Ich sehe es daher ähnlich wie er, dass die Menschen vermutlich eher wieder "Leid" erfahren müssen, damit die Klarheit/Bewusstheit in der Bevölkerung die kritische Masse übersteigt um wirkliche Veränderung einzufordern und diese dann auch auszugestalten. Ich wünschte es wäre nicht so. Auch dieses Prinzip, so lange zu warten bis das Kind in den Brunnen gefallen ist, wird im jetzigen System eher verschlechtert, als verbessert. Da man sich ja mit Geld aus dem Nichts, scheinbar erst einmal alles leisten kann.

In diesem Sinne,

wünsche ich der Redaktion ein schönes Weihnachtsfest und ein guten Rutsch

Mit freundlichen Grüßen
Patrick Keil

.....
Guten Tag Redaktion der NachDenkSeiten,

der vorliegende Beitrag ist noch keine Woche im Netz und trifft ins Zentrum Ihrer Fragestellung: Die Auseinandersetzung gilt der Ansage eine „Neosozialismus“, in 8 Thesen von Klaus Dörre, Professor für Soziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und geschäftsführender Direktor des DFG-Kollegs „Postwachstumsgesellschaften“. Auf lesbaren 14 Seiten sollte nicht nur das Ungenügen dieser, artverwandter und sonst populärer Systemwandlungsideen deutlich werden. Es wird auch, mit Referenz zu Marx höchstselbst, das grundsätzliche „Unvermögen“ der traditionellen „Kritik der politischen Ökonomie“ ins Visier genommen, eine Systemalternative vorzustellen und eine der heutigen „Übergangszeit“ wirklich entsprechende Politik für die gesellschaftliche Linke zu begründen.

Das Resultat ist in einigem wirklich neu und ganz positiv, was die Verteidigung und Zukunft des National- und Sozialstaats und eine dazu nötige fundamentale, systemisch einschlagende Änderung der Steuersystematik oder „Fiskalrevolution“ angeht. Die Potentialität für eine zivilisatorisch höher stehende Wirtschaft- und Gesellschaftsverfassung liegt demnach in der heute schwergewichtigen, nicht warenförmigen und daher auch grundsätzlich nicht zu privatisierenden „Wirtschaftsabteilung“ der sozial-infrastrukturellen Dienste. Deren mögliche Emanzipation betrifft enorme administrative, sozial-infrastrukturelle und kulturelle Produktionen und Leistungen, nicht zuletzt erheblich anwachsende Aufgaben in Wohnungs- und Städtebau, Umwelt- und Klimafragen.

Ohne Provokation geht's nicht, sonst ist es Soße.

Mit freundlichem Gruß,

als sehr aufmerksamer Leser der NachDenkSeiten,

Horst Müller

Horst Müller: Neosozialismus: 8 Thesen und Antithesen zur System- und Transformationsdebatte.
Nürnberg, im Dezember 2019 (14 S.). Aufruf unter
https://www.praxisphilosophie.de/neosozialismus_thesen_und_antithesen.pdf

.....
Liebe Nachdenkseiten und Freidenker,

was mich primär beschäftigt ist nicht die Frage des Systemwechsels, weil die Antwort darauf trivial ist - er kommt automatisch, ob die Menschen ihn wollen oder nicht, da das Jetzige in seinem Endstadium befindet und von seiner Konzeption daraus ausgelegt ist sich selbst zu Grunde zu richten - , sondern eher die Frage der Brüche.

Entweder wir brechen sofort mit dem System welches wir jetzt haben, oder die zwei tickenden Zeitbomben im Hintergrund erledigen das, sprich der Ausbruch eines globalen Krieges (muss nicht mal atomar geführt werden), oder der Zusammenbruch des Ökosystems.

So und diese romantische Träumerei mit der gewaltfreien Veränderung in zwei oder drei Generationen, können wir anhand von empirischen Erfahrungen sowie der noch verbleibenden Zeit abwinken.

Die einzige Möglichkeit die uns noch bleibt, ist diese perverse Systemmaschinerie zum Stillstand zu bringen, und wie schaffen wir so etwas? Das zeigen uns momentan unsere Mitmenschen in Frankreich im Ansatz vor.

Nun aber zu Ihrem Anliegen. Die Utopien sind uns alle bekannt und wir brauchen das Rad auch nicht neu zu erfinden.

Das ist so banal und trivial, wenn etwas schon da ist, aber nie ausprobiert oder gelebt wurde, dann verkümmert es immer in seinem Schattendasein und wird nie zur Realität.

Nicht nur „mehr Demokratie wagen“, das ist viel zu wenig, zu zaghaft und ist eigentlich eine Bankrotterklärung, weil im Ansatz der Betrachtung die Bürger a priori es nicht haben und auch leben dürfen.

Wollen wir Demokratie? Dann müssen wir auch diese leben.

Wollen wir eine Utopie? Dann müssen wir diese auch ausprobieren.

Wollen wir Menschen sein? Dann dürfen wir ihn niemals an die Maschinen anpassen.

Wollen wir mit der Natur verbunden sein? Dann dürfen wir uns keine Maschinenwelt anfertigen.

Wollen wir eine lebenswerte Gesellschaft sein? Dann müssen wir auch anfangen uns sowie einander zu lieben.

Wenn man diese Fragen aufrichtig und ehrlich beantwortet, dann ist die Entscheidung sehr einfach.

Bleibt nur noch die Frage der Macht. Wie hegen wir die Macht so ein, dass diese niemals diese Perversität wie wir sie erlebt haben und noch erleben, sich zukünftig niemals ausbreiten kann.

Dazu haben die antiken Griechen eine simple Antwort, das Scherbengericht.

Macht darf niemals in die Hände von einem oder weniger gelangen und falls es doch aus irgendeinem Grund geschehen ist, muss die Bevölkerung ein Instrument haben um es denen aus den Händen zu reißen die sich ihrer bemächtigt haben. Ergo, jedes Jahr statt einen neuen Oberhaupt zu wählen, einfach diejenigen durch ein Scherbengericht „abwählen“ die zu viel Macht sich angeeignet haben.

Wie gesagt, das Rad müssen wir überhaupt nicht neu erfinden, sondern nur anwenden und zwar richtig.

Übrigens, hier: <https://www.youtube.com/watch?v=SWYK2Ci7DqU>

hat Gerald Hüther eine sehr bemerkenswerte Diskussion geführt. Sehr zu empfehlen.

Schöne Grüße

Son

.....

Liebe NDS,

Systemänderung bezieht sich auf das heutige Geldsystem. Es blockiert so viele Änderungen in Bezug z.B. auf das Klima, weil es stets am Mangel an Geld nicht durchführbar ist. Wäre der Souverain in Form einer direkt gewählten Regierung mit der Bereitstellung der erforderlichen Geldmenge (ohne Rückzahlung und Zinsen) (siehe MMT) befasst, so wäre eben Geld nie der Grund einer Nichtausführbarkeit. Steuern sind dann der Grund für eine Geldabschöpfung, um die Gesamtgeldmenge unter Kontrolle zu haben und verringern nur die gesamte Geldmenge. So entfallen alle Diskussionen bei notwendigen Ausgaben des Staates. Wichtig ist dann nur, ob genügend Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Claus Meyer

.....
Liebe Macher der Nachdenkseiten,

wenn man die „Ergebnisse“ der Klimakonferenz von Madrid betrachtet, dann sieht man deutlich: Die Eliten, die heute auf dieser Welt an der Macht sind, sind nicht willens und nicht in der Lage, Entscheidungen im Interesse der Milliarden Menschen auf diesem Planeten zu treffen. Ihnen geht es um (wirtschaftliche und politische) Macht, um Reichtum, Einfluss, Geltung. Jedes Mittel, jedes Risiko ist hier recht – und das gilt letztendlich für so unterschiedliche Machthaber wie Trump, Putin, Erdogan, Orban, Salvini, Kurz bis hin zu Merkel und Co. im eigenen Land. Die Klimakonferenz ist hier nur ein Symptom, ein sehr starkes allerdings angesichts des Wissens bzw. des überwältigenden globalen Konsens über die Gefahren der Klimaerwärmung und deren absehbare, aber dennoch unvorstellbare Konsequenzen für die gesamte Menschheit.

Da ist die Aussage, dass wir ohne einen „Systemwechsel“ keine nachhaltige Verbesserung hinbekommen, durchaus plausibel. In der Geschichte gab es – ich wäre glücklich, würde man mir das Gegenteil beweisen – bisher keinen Herrscher (nicht wertende Bezeichnung für jemanden, der mit politischer Macht ein Land geführt hat), der auf die Dauer im Interesse der breiten Mehrheit der (beherrschten) Menschen gehandelt hätte, der nicht im Sumpf der Korruption und eigenen Machtverliebtheit versunken ist. Das gilt erschreckenderweise auch für solche Herrscher, die Jahre oder Jahrzehnte unter Einsatz ihres eigenen Lebens für Ideale von Freiheit, Gleichberechtigung und sozialer Gerechtigkeit gekämpft haben. Haben sie es an die Macht geschafft, haben sie letztendlich alle ihre Ideale verraten, haben die eigene Macht rücksichtslos mit Gewalt und nötigenfalls Terror bis zuletzt verteidigt.

Was bedeutet das? Das bisherige „System“ sorgt mehr oder minder zivilisiert und teils auch ganz offen dafür, dass sich letztendlich geld- und machtgeile Herrscher durchsetzen und eine Politik zum kurzfristigen Vorteil und finanziellen Gewinn der Eliten durchsetzen – zur Not mit Gewalt, Terror und Geheimdiensten, unter „einfacheren“ Umständen mit entsprechenden käuflichen Politikern, einer willfährigen Presse und – falls erforderlich – mit einer mehr oder minder gleichgeschalteten Justiz. Wobei eben Macht und Geld immer zusammenarbeiten und zusammengehören.

Ein „Systemwechsel“ muss daher folgendes gewährleisten: Zum einen die Begrenzung wirtschaftlicher Macht durch Begrenzung/Abschöpfung großer Vermögen. Eine „Gewaltenteilung“,

wie sie dem Ideal der westlichen Demokratie entspricht, ist unabdingbar: Eine Unabhängigkeit von Legislative (gesetzgebende Gewalt), Judikative (richterliche Gewalt) und Exekutive (vollziehende Gewalt) ist kompromisslos durchzusetzen und zu verteidigen. Jegliche Art von Mauseleien als Grundlage von Korruption muss durch die größtmögliche Transparenz aller öffentlich wirksamen Entscheidungen minimiert werden. Eine unabhängige Presse, die dementsprechend weder in privater Hand noch unter dem Einfluss der anderen Gewalten stehen darf, ist essentiell. Eine zeitliche Begrenzung von Machtpositionen ist ebenso erforderlich – Herrscher über Jahrzehnte darf es nicht geben, egal wie „gut“ sie denn angeblich sind.

Die Erfahrung zeigt: Jede Konstellation wird immer wieder dazu neigen, Machtstrukturen zu stabilisieren. Diese immer wieder „durcheinanderzuwirbeln“ muss ein integraler Bestandteil eines neuen Systems sein.

Voraussetzung für dies alles ist der berühmte „mündige Bürger“, der aufgrund seiner Bildung – sowohl im Sinne von „Wissen“ als auch von seiner sozialen Prägung – in der Lage und willens ist, sich für den Erhalt der transparenten und offenen Gesellschaft aktiv einzusetzen und Einflüssen von Demagogen zu widerstehen.

Das sind vielleicht ein paar ganz grundlegende Überlegungen zu einem „alternativen System“. Ich bin überzeugt, dass wir so, wie die Welt heute funktioniert, die Probleme auf jeden Fall nicht werden lösen können. Und wie kommt man zu einem „alternativen System“? Wenn ich hier eine Antwort wüsste, wäre ich glücklich. Die Diskussion, die hier – und in vergleichbaren Medien – geführt wird, ist da sehr, sehr wichtig. Nur: uns läuft die Zeit davon.

Freundliche Grüße

Diethard Wehn

.....

Liebe Nachdenkseiten!

Für ein neues System müsste der Mensch und nicht Geld, Gewalt und Besitz die Basis sein:

Kein Eigentum an Boden und Natur.
Energie, Wasser, Wohnung, Verkehr, Gesundheitswesen genossenschaftlich.
Basis-Einkommen für jeden arbeitenden Menschen. Bewertung nur des Überschusses. Begrenzung.
Beteiligung an Gewinn und Verlust(!).
Kein Wachstum, sondern Markterhalt als Ziel.
Nachhaltigkeit, lange Lebensdauer, offene Normen, keine Patente
Soziale Bewertung als quasi zweites Geldsystem.
Wettbewerb, aber nicht ruinös.
Kein Aufdrängen von Waren.
Förderung von kreativen Hobbies.
reale Öffentlichkeit von Politik.

So könnte ich es mir vorstellen und es wäre unter Menschen 'guten Willens' sogar realisierbar.

Mit freundlichen Grüßen
Andreas Hellmann

.....

Jeder von uns, jeder an seinem Platz, muss den Kampf für das Primat der Politik mit aufnehmen.
Ziel kann nur sein, die System-Fehler zu beheben.

Beispiele für diese Fehler.

<https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/in-die-digitale-offensive>
<https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2019/dezember/vom-verlust-guter-arbeit-das-elend-der-paketboten>

Ein weiterer Fehler ist das jüngste Hartz-IV Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Vor dem Hintergrund der von den NDS veröffentlichten Kritik an dieser Entscheidung will ich darauf hinweisen, dass binnen sechs Monaten dagegen der Gerichtshof in Straßburg angerufen werden kann. Ich rege an, dass die vielen sich dazu berufen fühlenden NDS-Leser ihr Know-how einbringen (Gruppen- oder Schwarmintelligenz).

Ich gebe dazu einen ersten groben Überblick:

Erste Stoffsammlung für Beschwerde zum EGMR in Straßburg gegen
https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2019/11/ls20191105_1bvl000716.html

Beschwerde zum EGMR
<http://www.strassburg.eu/europaeischer-gerichtshof-fuer-menschenrechte>

Gliederung

Ausgangspunkt
Lutz Haussteins Kritik am Urteil des BVerfG
<https://www.nachdenkseiten.de/?p=56320>

„Gekürzte Menschenwürde“ von Georg Rammer
„Die Kürzung des Existenzminimums ist ein Unding“
<http://www.ossietzky.net/23-2019&textfile=4963>

Stellungnahme von Tacheles e.V. zur Entscheidung des EuGH, Rs Haqbin (C-233/18), v. 12.
November 2019

„Der EuGH stellt mit dem Urteil klar, dass das menschenwürdige Existenzminimum nicht verhandelbar ist und unter keinen Umständen sanktioniert und mithin eingeschränkt oder entzogen werden darf und die BVerfG-Entscheidung zu Sanktionen eben nicht EU-konform seien. Die Mitgliedstaaten müssen dauerhaft und ohne, auch nur zeitweilige, Unterbrechung einen menschenwürdigen Lebensstandard gewährleisten.“
<https://tacheles-sozialhilfe.de/startseite/tickerarchiv/d/n/2588/>

Gerügt wird die Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), u.a.

Artikel 3 EMRK – Verbot der Folter

Niemand darf der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen werden.

Artikel 4 EMRK – Verbot der Sklaverei und der Zwangsarbeit

- I. Niemand darf in Sklaverei oder Leibeigenschaft gehalten werden.
- II. Niemand darf gezwungen werden, Zwangs- oder Pflichtarbeit zu verrichten.
- III. Nicht als Zwangs- oder Pflichtarbeit im Sinne dieses Artikels gilt a. eine Arbeit, die üblicherweise von einer Person verlangt wird, der unter den Voraussetzungen des Artikels 5 die Freiheit entzogen oder die bedingt entlassen worden ist;
b. eine Dienstleistung militärischer Art oder eine Dienstleistung, die an die Stelle des im Rahmen der Wehrpflicht zu leistenden Dienstes tritt, in Ländern, wo die Dienstverweigerung aus Gewissensgründen anerkannt ist;
c. eine Dienstleistung, die verlangt wird, wenn Notstände oder Katastrophen das Leben oder das Wohl der Gemeinschaft bedrohen;
d. eine Arbeit oder Dienstleistung, die zu den üblichen Bürgerpflichten gehört.

Zwingend ist das Formular des EGMR zu verwenden.

Beschwerdeformular

https://www.echr.coe.int/Documents/Application_Form_DEU.pdf

Merkblatt zum Ausfüllen dieses Formulars

https://www.echr.coe.int/Documents/Application_Notes_DEU.pdf

Überblick

<https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/menschenrechtsinstrumente/europarat/europamenschenrechts-konvention-und-gerichtshof-fuer-menschenrechte/>

Viele Grüße

Rechtsanwalt Manfred K. Veits, Regensburg

.....
Liebe NDS,

meine Idee für einen relativ radikalen Systemwechsel wäre die Folgende:
Komplette und ersatzlose Abschaffung des Patentwesens.
Dies bezieht sich in allererster Linie auf die Bekämpfung der Folgen des anthropogenen Klimawandels, aber auch auf eine Reihe anderer ressourcenschädlicher Probleme.

Die wesentlichen Gedanken hierzu sind:

I) Jeder interessierten Partei (damit sind natürlich keine politischen Parteien gemeint) soll zu jeder Zeit der aktuelle Stand der Technik zur Verfügung stehen.

II) Es muss ausgeschlossen sein, dass eine Person oder Institution durch den Besitz eines Patentes einen möglicherweise hilfreichen Lösungsansatz blockieren kann.

III) Es muss ausgeschlossen sein, dass irgendwer durch eine mögliche Lösung in den Besitz besonderer Macht oder gar eines Monopols kommt, schließlich haben solche Machtansammlungen ja nicht zuletzt erst zur Misere geführt.

Wenn wir spezifische Schuldzuweisungen außen vor lassen, handelt es sich nunmal um ein Problem, das jeden angeht, somit sollten auch alle zumindest zur Lösung beitragen können. Nebenbei könnte so die Entwicklungsdifferenz zwischen Industrieländern und ärmeren reduziert werden, womit evtl. auch andere soziale Probleme verringert würden.

Gruß

Christoph Hechl

.....

Hallo liebes Nachdenkseitenteam,

Ich glaube die meisten der Probleme, die die meisten Bürger betreffen, wären relativ einfach zu lösen, wenn unsere Politiker im Interesse der Mehrheit handeln würden. Ich sehe zwei Gründe warum das nicht funktioniert:

I. Die Gruppe der Politiker bildet nicht die Bevölkerung ab. Die meisten Politiker sind weiße, alte, vermögende, männliche Akademiker. Natürlich liegen ihnen die Probleme, die junge Frauen mit Migrationshintergrund betreffen, nicht so nahe, wie Probleme die sie selbst erleben.

II. Um Politiker zu werden und ein hohes Amt zu bekleiden, muss man in seinem Werdegang viele (faule) Kompromisse eingehen. Durch Lobby-Arbeit werden Politiker gefördert, die Ansichten vertreten, die den Lobbygruppen gefallen. Politiker die den Lobbygruppen entgegenstehen haben es durch negativen Kampagnen schwerer Wahlen zu gewinnen. Muss sich ein Politiker entscheiden, ob er nach seinem Gewissen handelt oder doch ein Lobby-Interesse vertritt, verbessert sich seine Chance, wenn er zumindest einen Kompromiss zwischen beidem findet. Um zB. Kanzler werden zu können muss man im Vorfeld viele Wahlen gewonnen haben, daher haben Politiker es einfacher, denen das eigene Gewissen nicht so wichtig ist.

Diese beiden Punkte ließen sich beheben, wenn man die Art und Weise, wie gewählt wird verändert. Eine Idee, ist die Politiker nicht mehr zu wählen sondern zu lösen. Würde man, anstatt den Bundestag aus einer recht einheitlichen und vorbelasteten Gruppe indirekt zu wählen, die Mitglieder aus dem gesamten Volk lösen, hätte man eine viel bessere Abbildung der Bevölkerung. Es wären etwa 50% Frauen im Bundestag. Die Altersverteilung wäre ungefähr so wie in der Bevölkerung. Die Reichtumsverteilung wäre korrekt abgebildet. Es gäbe einen realistischen Anteil an Deutschen mit Migrationshintergrund ...

Bürger, auf die das Los fällt, würde ähnlich wie Schöffenrichter berufen und könnten dann ihre vier Jahre im Bundestag nach ihrem Gewissen für oder gegen Gesetze stimmen oder sich enthalten.

Diese Idee für eine Systemänderung ist natürlich noch nicht vollständig durchdacht und birgt noch viele Schwächen, trotzdem geht sie nicht mehr aus meinem Kopf heraus. Wenn ich mir den Wissensstand, Professionalität und Benehmen von unseren heutigen Politikern anschau, dann glaube ich zumindest, dass eine zufällige Auswahl Bürger das nicht schlechter machen wird, und ihre Interessen die der Bevölkerung besser abbilden und sie nicht gegen ihr Gewissen abstimmen müssen, wenn sie ihre weitere Karriere nicht gefährden wollen.

Viele Grüße

Jan

.....
Moin,

Zeitgenossen welche gleich eine "Systemänderung" Einfordern, Arbeiten halt meistens nur aus dem Bauch heraus und sind leider meist auch nicht zu mehr befähigt .

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=57144>

Eigentlich würde es völlig ausreichen mit Hilfe einer Mailingliste Vorschläge / Forderungen zu Sammeln welche dann von einer "Qualifizierten Redaktion" Gesammelt und Aufbereitet werden müßten um "_das_System_" weiter zu entwickeln .

Der Aufbereitet Text sollte aber _kurz_ und _Knackig_ sein sonst liest das Niemand .

Günter Weller

.....
Liebe Nachdenkseiten-Redaktion,

16.12.2019

vielen Dank für den o.g. Artikel auf den ich gerne antworte.

Vielen Dank deshalb, da ich dieses Thema nicht nur für äußerst wichtig (und für generell vernachlässigt) halte, sondern es meines Erachtens die Nachdenkseiten u.a. auch auszeichnet ihre Leserschaft bzw. deren Reaktionen ernst zu nehmen.

Auf den Artikel möchte ich deshalb (spontan) mit einigen Behauptungen und einer Gegenfrage antworten:

- Ich behaupte, dass die meisten der im Artikel von Ihnen genannten Zuschriften mit einer nicht näher beschriebenen „Systemänderung“ die Abschaffung des (nicht näher beschriebenen) „Kapitalismus“ meinen, also (grob vereinfacht) die Abschaffung des monetären Kerns heutiger Politikstile (innen- und außenpolitisch) von z.B. den „Grünen“ bis hin zur rechtspopulistischen AfD (blau) des momentanen Politikspektrums in Deutschland
- Ich behaupte, dass immer mehr Menschen erkennen (wie schon oft in der Geschichte – z.B. auch direkt nach dem 2. Weltkrieg) , dass das Grundübel der Kapitalismus ist.
- Ich behaupte, dass die Nachdenkseiten - nicht zuletzt durch Sie lieber und sehr geehrter Herr Albrecht Müller - (im besten Wortsinne) sozialdemokratisch geprägt sind. Unter eine solche Sozialdemokratie fallen meines Erachtens dann auch die von Ihnen liebe Redaktion im Artikel angesprochenen „...notwendigen und wichtigen programmatischen Vorstellungen..“
- Ich behaupte, dass eine selbst im besten Wortsinne geprägte Sozialdemokratie kein Interesse daran hat eine Systemänderung durchzuführen bzw. den Kapitalismus abzuschaffen (es sei den sie besinnt sich auf ihre sozialistischen Wurzeln – was ich mir persönlich wünschen würde)
- Welche Garantien/Sicherheiten hätte selbst eine in bestem Wortsinne agierende Sozialdemokratie im Rahmen der „parlamentarischen Demokratie“ der Bevölkerungsmehrheit/den lohnabhängig Beschäftigten anzubieten, dass

langfristig/verlässlich z.B. ihre Interessen gewahrt bleiben (Stichwort „Agenda 2010“, prekäre Beschäftigung, Privatisierungen der Daseinsvorsorge, etc.) und/oder wir nicht an völkerrechts-/grundgesetzwidrigen (Angriffs)Kriegen teilnehmen (Stichwort Kriegskredite 1. Weltkrieg, Jugoslawien, Syrien, etc.)?

Ich kenne auch keinen Königsweg. Doch ich habe Vorstellungen und bin der Meinung, dass Alternativen angstfrei, offen und sachlich angesprochen/diskutiert werden sollten. Untereinander und auch in seriösen, ernstzunehmenden, alternativen Medien wie z.B. den Nachdenkseiten. Als Ansätze für Diskussionen bieten sich meines Erachtens die im Artikel genannten Punkte 1-5 durchaus an. Ich persönlich halte den Kapitalismus nicht für reformierbar – das lehrt uns m.E. nicht nur die aktuellen Geschehnisse sondern auch die Geschichte.

Herzliche Grüße
Andreas Rommel
(Nachdenkseiten Leser und Förderer)

.....
Liebe Redaktion,

davon ausgehend dass das herrschende System der" industrialisierten landwirtschaftlichen Produktion mit Monokulturen“ einen großen Anteil der CO2- Emissionen ausmacht, schlage ich nach Empfehlung des Weltagrarberichts.de vor, die Landwirtschaft systematisch umzuwandeln ohne Pestizide, ohne Kunstdünger, also naturnahe und gesundheitsfördernd (statt Allergien auslösend), in kleinteiliger, vielfältiger Produktion (Permakulturen, Fruchtwechsel - Pflege der Bodenlebewesen), Kreislaufwirtschaft, Lokaltransporte (statt Import-Export-System), Preisberechnung nach realen Kosten (also unter Einschluss der Sanierung der durch Chemie und Gülle ruinierten Böden), Wiederaufbau von Hecken. Damit verbunden müsste sein, dass der Tourismus wie auch der öffentliche Dienst (Mensen der Öffentlichen Dienste, Schulen, Krankenhäuser), verpflichtet wird einheimische landwirtschaftliche Produkte zu einem hohen Prozentsatz zu verwerten. Entscheidend zur europaweiten Durchsetzung des Systemwechsels wäre der Schritt: Abschaffung der EG-Subventionen für landwirtschaftliche Großbetriebe, Umlenkung der Subventionen für Agroökologische Betriebe wie oben skizziert. Das ist auch das Ziel von der-Malser-Weg.com . Ich weise abschließend darauf hin, dass der Aufbau einer kräftigen Bodenkultur neben einer Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit Humus aufbaut, der in der Lage ist, CO2 zu neutralisieren.

Dies in Kürze wie gewünscht.
Mit freundlichen Grüßen
Klaus Griesser

.....
Einen nicht zu langer Text ist gefordert. Eigentlich genau das Gegenteil von dem was gefordert sein sollte: sich im Detail mit der Entwicklung auseinandersetzen geht nicht kurz.

Wir leben im schnellen Wandel der technischen industriellen Revolution, die Vergangenheit kann darüber schon berichten, wenn man sich die Mühe macht

Aber das scheint nicht gewünscht.

Nur die Geschichte zeigt was bahnbrechend war und was sich nun gegen uns wendet:

Die auf Wettbewerb und Profit ausgerichtete Wirtschaft des Kapitalismus. Das war nicht falsch und hat der Menschheit einen gewaltigen Schub beschert. Nun richtet sich das gegen uns, dieses Geiz ist geil, dieses Rafften und Survival of the fittest, dieses the winner takes all

Und wie wir das von Trump, dem Produkt des Amerikanischen Kapitalismus, kennen.

Zunehmend entkapitalisieren sich immer mehr Unternehmen und Personen, verlieren an Marktmacht, werden entwertet, infolge der technisch industriellen Revolution. Was bis dato

Durch Verdrängen und Erobern, militärisch oder wirtschaftlich oder ökologisch, den Menschen enormen Zuwachs brachte, das kehrt sich nun gegen die Menschen und seinen Planeten. Also was soll sich ändern?

Es liegt ja auf der Hand wo der Kern des Problems liegt: Die Existenzangst ist, so unglaublich es klingt, der Kern des Übels. Die Angst ob beim Vorstand, Manager, beim einzelnen Bürger, Schüler, Politiker etc.

es ist das Getrieben sein einer Erwerbswirtschaft die auf Verdrängen, Ausbeuten beruht immer und überall möglichst Oben zu sein oder seine kümmerliche Existenz fristen zu dürfen. Das ist der wesentliche Teil des Problems an das man nicht ran will-.

Es wird Markt oder Erwerbswirtschaft genannt und ist ein Diktat einer Wirtschaft die alles pervertierend durchdringt und bestimmt. Die geht eben jetzt zu Ende, den sie richtet sich gegen uns.

Was bedeutet das für eine Änderung des Systems? Wir müssen zu einem System der Kooperation kommen, zu einem System das nicht Profit orientiert sondern Lösungsorientiert ist. Ein System das auf Synergieeffekte setzt und deshalb weitaus leistungsfähiger ist als ein auf Ausbeutung setzendes System. Und das ist nicht nur dringend geboten, sondern infolge der technischen Entwicklung möglich und hohe Zeit es einzuführen.

Das impliziert nicht nur die Kapitalzufuhr an die Schwächsten: Geld, Wissen, Lizenzen, Training, alles was Marktmacht verschafft, sondern vor allem deren wirtschaftlichen Unabhängigkeit. Letzteres deswegen, damit auf gleicher Höhe verhandelt werden kann und nicht der Zwang entsteht sich für etwas einspannen zu müssen um überleben zu können.

Anstatt zu entkapitalisieren muss Kapital an die verlorene Marktmacht Ausgeschlossenen

Zugeführt werden. Das Bildungssystem muss sich ändern, den Eigenmanagement und

Resilienz wie auch echter Bildung ist in dem jetzigen System kein Platz.

Natur und Menschen sollen nicht ausgebeutet werden, sondern kooperativ zueinander finden, sodass Energie und Landwirtschaftliche Produkte gewonnen werden können indem

Die Natur gewinnt als Lebensgrundlage für uns Menschen, der Mensch nicht ausgebeutet sondern als gleicher Partner zueinander findet weil dadurch eben viel mehr erreicht werden kann, eben Synergieeffekte. Unternehmen sollen wirtschaftlich arbeiten und können durchaus hohe Profit tätigen, im Vordergrund muss aber die Problemlösung stehen.

Durch Verschieben der Marktmacht kann das Unternehmensziel in diese Richtung hin verändert werden. Wer sich nicht mehr für höchste Profite und Ausbeutung hergeben muss, der ändert auch die Standarts.

Was bedeutet das konkret für eine Änderung: Nun essentiell ist das Menschenbild.

Wir kennen das. Es wird nicht ausgesprochen aber die Bürger sind faul deshalb muss man sie zwingen, sie sind dumm deshalb muss man ihnen die Welt erklären, sie betrügen deshalb muss man sie kontrollieren -.

Dieses Angst generierende Menschenbild muss weg wie damals die Vorrechte des Adels

In der Französischen Revolutio.....aber das weiß man ja?

Die Bürger müssen direkt in die Politischen Entscheidungen eingreifen können: zum Beispiel

Könnten die MdBs direkt aus den Wahlkreisen Anweisungen entgegennehmen müssen, von dort auch gefeuert werden alles auch innerhalb der Legislatur!

Also man könnte das alles noch genauer.....aber das ist ja nicht gewünscht. Na dan.....

Faithfully

Tomrobert

.....
Sehr geehrte Nachdenkseiten,

herzlichen Glückwunsch nachträglich zum Geburtstag, welchen ich verpasst habe.

Was aber nicht heißen soll, dass ich an diesem Tag eure Seite nicht besucht und dort nicht eifrig gelesen hätte.

Der Besuch der Nachdenkseiten gehört für mich zur Pflichtlektüre, dem ich sehr gern und oft sogar mehrmals nachkomme.

Obwohl ihr darum bittet, die Leserbriefe in dieser Sache kurz zu halten, ist es dennoch kaum möglich, sich bei diesem Thema kurz zu halten und es gleichzeitig zu schaffen, wirklich wichtige Änderungen anzusprechen.

Das Wichtigste in meinen Augen ist die Souveränität.

Da ohne diese nichts möglich sein kann, was wirkliche Veränderungen mit sich bringen könnte.

Auch um eurer Bitte nachzukommen komme ich somit gleich zum nächsten Punkt.

Wieso möchten überhaupt so viele Menschen eine Veränderung?

Ist es die um sich greifende Skrupellosigkeit unserer Gesellschaften? Die Gier einiger weniger, die mehr haben, als sie jemals benötigen würden?

Der Fremdenhass?

Und vieles andere mehr...

Und was für Veränderungen möchten die Menschen überhaupt?

Veränderung möchte gewöhnlich jemand, der mit dem Istzustand nicht zufrieden ist.

Und wenn so viele Menschen eine Veränderung möchten, muss jedem klar werden, dass einfach auch zu vieles falsch läuft.

Also wird man nicht drum rum kommen herauszufinden, was die Menschen denn verändert haben möchten.

Und da kommt man gleich auf etwas, was einfach jeden betrifft. Die Gerechtigkeit bzw. Ungerechtigkeit unserer inhumanen und unmenschlichen Systeme.

Solange jemand einer alten Rentnerin den Strom abstellen darf, weil diese ihre Stromrechnung nicht bezahlen kann, solange sind wir keine Menschen und leben in keiner humanen und friedlichen Gesellschaft.

Wir alle sind Teil des Problems.

Stellen Sie sich vor, sie könnten sich einfach auf die Straße stellen und von den Menschen einen Betrag X verlangen und wer diesen nicht zahlen kann, darf nicht weitergehen.

Jeder halbwegs vernünftige Mensch wäre gegen solch einen Unsinn.

Aber was ist mit der alten Rentnerin, die ihre Stromrechnung nicht bezahlen kann und man ihr ganz legal den Strom abschalten darf?

Ist es wirklich etwas anderes als jemandem mitten im Winter sein Holz wegzunehmen?

Wenn wir unsere Souveränität erlangt haben, und nur dann, sind wir erst fähig, gerechter zu werden.

Dann können wir auch Nägel mit Köpfen machen und nicht bloß drum rum reden.

Und das fängt an mit dem erkennen des Wertes des Lebens jedes einzelnen Menschen.

Alles andere ist Humbug und bringt nichts anderes als uns mit sinnlosem Blödsinn zu beschäftigen, während alles weiter geht wie bisher.

Ein aktuell sehr gutes Beispiel ist der angebliche Linksruck der SPD.

Da werden Leute als "links bezeichnet, die eine vermeintlich neue Ära bei der SPD beschwören, obwohl diese Leute lange genug in derselben Partei sind, als dass sie sich mitschuldig gemacht haben an allen unsozialen Gesetzen und Regelungen der letzten 20 Jahre.

Nichts wird sich ändern und alles läuft wie bisher...

Aber Hauptsache die "Dumme" Masse hat eine neue Ablenkung.

Die nächste, ach was, die nächsten 20 Millionen Ablenkungen sind auch schon ausgedacht, die locker für die nächsten 2000 Jahre reichen.

Wir haben in unseren Gedanken unsere absolute Souveränität erlangt, nun kommen wir zur Sache.

- I. Jeder Mensch, der ein Einkommen hat, unabhängig von der Tatsache, ob aus gewerblicher Anstellung, Selbständigkeit oder wie auch immer, zahlt von jedem Euro, den er verdient, einnimmt oder was auch immer, 15% an Steuern. Erst ab diesen 15% kann man, wenn überhaupt, steuerliche Abschreibungen und dergleichen machen. Das bedeutet, dass alle Menschen 15% von alles und allem an Steuern abführen und nichts steuerlich geltend machen, absetzen oder wie auch immer können, solange dies nicht tatsächlich erreicht ist. Auch sind steuerliche Vergünstigungen, Abschreibungen, Rückerstattungen etc. nur insofern möglich, bis diese 15% erreicht sind. Wenn jemand aufgrund irgendwelcher Abschreibungen o.ä. diese 15% unterschreiten würde, kann er auch nur insoweit Abschreibungen realisieren, bis diese 15% erreicht sind und nicht darunter kommt.
- II. Alle Aufgaben, die nötig sind, um unseren Staat als solches existieren zu lassen, müssen zwangsverstaatlicht werden! Dazu gehört alles, was den Staat zu einem Staat macht. Die Infrastruktur, die Bahn, die Autobahnen, die Straßen, öffentliche Verkehrsmittel, Gas- und Stromwerke...
- III. Die monatlichen Leistungen für Bedürftige, Behinderte, Alte, Rentner etc. müssen jedes laufende Quartal von einer unabhängigen Kommission neu errechnet werden, deren Empfehlung dann für den Staat binden ist. Diese Summen müssen so hoch sein, dass jeder, der auf staatliche Leistungen angewiesen ist, anständig davon leben kann. Was gleichbedeutend damit ist, dass man Bedürftigen keinen Strom abschalten darf, ihre Zuwendungen nicht sanktionieren oder pfänden kann etc. Diese staatlichen Leistungen an

ihre Bedürftigen BürgerInnen müssen mind. so hoch sein, wie die Hälfte eines durchschnittlichen Einkommens eines Facharbeiters in der Industrie.

IV. Die Einkommen der arbeitenden Menschen müssen derart angehoben werden, dass jede Familie auch nur mit einem einzigen Einkommen sehr gut über die Runden kommt. Was wiederum für glücklichere Menschen sorgen wird, da niemand Angst haben muss, bei einer Schwangerschaft, Erkrankung des Partners oder dergleichen den eigenen Lebensstandard nicht mehr halten zu können. Auch hier gilt, dass jedes Quartal eine unabhängige Kommission errechnet, was zu einem guten bis sehr guten durchschnittlichen Standard gehört.

V. Da wir unsere Souveränität erlangt haben, sind wir auch wieder frei und können unsere eigenen Gesetze machen. Was bedeutet, dass uns niemand daran hindern kann, die Firmen und Unternehmen, die aufgrund immens angestiegener Löhne hier ihre Unternehmen schließen und ihre Waren im Ausland herstellen wollen, zu sanktionieren. Im Detail sieht es dann so aus, dass wir diese Firmen und Konzerne soweit "Bestrafen" und auf all ihre Waren 100 bis 500%ige Zölle einführen. Firmen, die neu gegründet werden, zurückkehren etc. werden mit steuerlichen Vorteilen belohnt.

VI. Und viele andere

Es bringt nichts, die Unternehmen als Feinde zu betrachten und ihnen alle Schuld zu geben. Wir müssen weg von dem Gedanken, alles für alle gleich machen zu wollen. Es wird immer Unterschiede geben. Niemand kann diese Unterschiede wirklich beseitigen. Deswegen müssen wir uns darauf konzentrieren, diese Unterschiede nicht ausarten zu lassen. Nicht sinnlos, diese ganz beseitigen zu wollen.

Ich werde Sie auch weiterhin mit einem kleinen monatlichen Betrag unterstützen und hoffe, dass ihr genauso weitermacht, wie bisher!

Liebe Grüße

Ünal Ejder

.....
Hallo NDS,

zu diesem Thema in nicht so langen Texten ist eine wahre Herausforderung. Aus dem Bergarbeitermilieu kommend, seit 1968 (damals Mitglied im SDS -Sozialistischer Studentenbund) habe ich viel über die Systemfrage diskutiert, gelesen usw. Mein Fazit heute: Die sich extrem verfestigten Machtstrukturen zu ändern ist der erste Schritt. Die Hoffnungen können da nicht mehr auf einen Verein mit noch so einem großen Führer liegen (außer um alles wieder in Schutt und Asche zu legen). Auch eine Idiologie, die mehr Zulauf bekommen könnte wird es nicht schaffen, hatten wir schon. Die einzige Kraft die noch helfen kann, ist die Aufklärung (siehe Auswirkungen in der Geschichte). Nach einer langen Resignation bin ich wieder optimistisch, weil ich die positiven, aufklärerischen Auswirkungen des Internets bis in meine Familie hinein sehe. Diese Auswirkungen sind mittlerweile riesen groß, allein, es setzt sich sehr langsam in konkrete Aktionen um (in Frankreich gibt es schon die Gelbwesten). Das macht auch schon lange die Herrschenden immer nervöser. Die Bertelsmänner schäumen vor Eifer, die Richtlinien der Lehrinhalte in ihrem Sinne an Schulen mittels ihrer gekauften Politiker zu gestalten. An den Unis besonders krass zu erkennen. Auf den Privatsendern (wieso darf es soetwas geben!?) unentwegt Filme über die Nazidiktatur im Weichspülgang, usw,usw.

Wir verlieren das noch freie Internet jeden Tag ein wenig mehr. Uns bleibt auch da nicht viel Zeit, vorallem wenn KI mit den neuen Quanten-Computern angreift zum letzten Gefecht. Ich für meinen Teil spende jeden Monat Geld für verschiedene kritische Webangebote (besonders gern den NDS). Unsere Öffis (ARD,ZDF usw) wieder zurück zu holen, ganz wichtig. Warum bekommt ein Intendant Burrow beim WDR 400 000 Euro im Jahr für Krimis und Ratesendungen!? Weil er wohl geschworen hat, Aufklärung zu verhindern. Die Gewerkschaften, besonders ihre von der Basis getrennten Vorstände wieder fester in den Blick zu nehmen. Das nimmt Fahrt auf, wenn mehr bekannt wird was da hinter den Kulissen abläuft. Dasselbe gilt für die gottlosen Strukturen der Kirchen. Das scheint mir im Moment der realistischste Ansatz zu sein, von der Weltrevolution träumen kann man ja ruhig weiter.

PS. Das Beste wäre natürlich den Superreichen sofort ihre (besser unsere) Milliarden weg zunehmen mit den Mitteln der Steuer, D. Eisenhower hatte das schon 1946 empfohlen! Dann wäre das größte Übel auf der Welt beseitigt.

Mit solidarischem Gruß, Norbert Arbeiter

.....
Liebes NDS-Team,

anbei meine konkreten Vorschläge, die auch nach einigen Jahren noch immer aktuell sind.

Bitte lesen Sie mein Manuskript, ich möchte Sie geradezu anflehen.
Es sind ein paar Seiten, aber es ist machbar.

In Kurzform zum Thema:

- Kernsektoren für das Allgemeinwohl müssten natürlich wieder verstaatlicht werden: z.B. Eisenbahn, Rundfunk, Telekommunikation, Wasser, Energie, aber auch Pharma- und Rüstungsindustrie - welche dann stark zu schrumpfen wären.
- Kapitalgesellschaften müssen verboten werden, weil bei juristischen Personen keine wirkliche Haftung möglich ist. Also müssen auch alle möglichen großen AG's zunächst verstaatlicht werden und anschließend abgewickelt. Es sei denn, die Mitarbeiter möchten die Firma übernehmen. Denn:
- Genossenschaften und Personengesellschaften (geführt vom Eigentümer) sollten die gängigsten Unternehmensformen werden. Um endlich auch am Arbeitsplatz nicht mehr unter diktatorischen Zuständen "leben" zu müssen.
- Kartellrecht muss endlich wieder richtig angewendet werden. Kleinere und mittlere Unternehmen werden benötigt, große Unternehmen schaden der Gesellschaft mehr als sie nutzen.

Vielen Dank.

Ihr langjähriger treuer Leser und Unterstützer
Benjamin Siegler

Nachtrag: Selbstverständlich müssten auch Banken verstaatlicht und stark reguliert werden.

Liebe Macher der NDS,

Sie können ja wohl nicht ernsthaft davon ausgehen, dass mit einem Leserbrief versucht werden kann, ein „andersartiges System“ zu erläutern, an dem sich immer noch und immer wieder viele Intellektuelle und Wissenschaftler versuchen abzarbeiten.

Eines ist jedoch sicher: Es gibt zahllose Literatur, in der nachgewiesen wird, dass das „kapitalistische System“ (auch „Neoliberalismus“ oder „industriell-militärischer-Komplex“ oder „Megamaschine“ oder „Imperiale Lebensweise“ genannt) unsere Lebensgrundlagen vernichtet:

Eduardo Galeano – Die offenen Adern Lateinamerikas
Jean Ziegler – Was ist so schlimm am Kapitalismus?
Fabian Scheidler – Das Ende der Megamaschine
Fabian Scheidler - Chaos
Harald Lesch – Die Menschheit schafft sich ab
Ernst Ulrich von Weizsäcker – Wir sind dran. Club of Rome – der große Bericht
Jason Hickel – Die Tyrannei des Wachstums
Ulrich Brand/Markus Wissen – Imperiale Lebensweise
Alberto Acosta/Ulrich Brand – Radikale Alternativen
usw., usw....

Dutzende Dokumentarfilme zeigen auf, was die Menschheit anrichtet:

Valentin Thurn – 10 Milliarden, Wie werden wir alle satt
Enrico Parenti/Stefano Liberti – Das Geschäft mit der Welternährung
Jean-Robert Viallet – Die Erdzerstörer
Caroline Nokel – Konzerne als Retter-Das Geschäft mit der Entwicklungshilfe
Werner Boote – Plastic Planet
Werner Boote/Kathrin Hartmann – Green Lies
Florian Opitz – System Error
Marie-Monique Robin – Wachstum, was nun?
Nikolaus Geyrhalter – Erde
usw., usw....

Die Klimaverhandlungen in Madrid waren ein Desaster! D.h., allein auf die Politik zu setzen, ist sinnlos. Der Protest muss noch verstärkter von unten kommen, um den Druck auf die Regierungen zu erhöhen. Die Schüler- und Studentenbewegung „Fridays for Future“ hat mit dem Protest angefangen, ohne dass sie Lösungen präsentierte. Nach dem Erreichen der Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit, kamen plötzlich die Wissenschaftler, die sich u.a. mit neuartigen und nachhaltigen Technologien beschäftigen und unterstützten die jungen Menschen. Vielleicht geht es nur so weiter! Auch viele der oben zitierten Publikationen bieten Lösungen an, die im kleinen funktionieren, aber auch sie zeigen keinen „großen Wurf“ auf. Den gibt es möglicherweise gar nicht!

Wer sich einen „Systemwandel“ vorstellen möchte, aber nicht weiß wie, sollte sich unbedingt das hochinteressante Video "Den Kapitalismus gibt es nicht" - Diskussion mit Ulrike Herrmann, Heiner Flassbeck, Moshe Zuckermann und der Moderation von Edith Lange vom Westend Verlag in der Ev. Akademie in Frankfurt anschauen (Jens Berger war dort übrigens als Zuschauer dabei). Allein

schon aus dieser Diskussion wird deutlich, warum die Klimaverhandlungen in Madrid ein Desaster werden mussten!

Diskussion: https://www.youtube.com/watch?v=t9hmsRo8M_s

Zuschauerfragen: <https://www.youtube.com/watch?v=wk7NjJh00oA>

Der italienische Schriftsteller, Journalist, Politiker und Philosoph Antonio Gramsci hat in einem seiner Gefängnishefte geschrieben: Man muss nüchterne, geduldige Menschen schaffen, die nicht verzweifeln angesichts der schlimmsten Schrecken und sich nicht an jeder Dummheit begeistern. Pessimismus des Verstandes, Optimismus des Willens.

Ich habe keine Ahnung, ob das reicht!

Mit freundlichem Gruß, Matthias Wooge (Neu-Isenburg)

.....

Guten Tag,

jedes System wird durch die Bevölkerung definiert. Wenn, wie in den westlichen Industrieländern, der Konsum den Alltag bestimmt, bildet dieser Konsum auch die Grundlage für das System.

Produktivität und Finanzen stehen somit über allem.

Die Lösung des Problems liegt in der Erkenntnis, was den Konsumdrang des Einzelnen fördert. In der Regel Angst vor der Zukunft (Gier) oder Verdrängung der eigenen Gedanken (viele Gründe).

Daher Bildung (im Denken) und Respekt vor sich selbst, den Mitmenschen und der Natur.

MfG Rafael Strathmann

.....

Guten Abend Herr Müller,

guten Abend liebe Redaktion von Nachdenkseiten.de

Erst einmal herzlichen Dank für Ihre Arbeit, die in den Schule eigentlich Pflichtprogramm sein sollte, wollten wir wirklich die neue Generation zu einer kritischen, anders denkenden Generation entwickeln wollen.

Da Sie im [Artikel](#) baten es kurz zu machen, hier einige Punkte, die, zusätzlich zu den von Ihnen im Artikel genannten, ebenfalls im neuen System Einzug halten sollten:

-mehr direkte Demokratie und eine vom Volk gewählte Verfassung

-Lobbyismusverbot in der Politik

-mehr regionale Verantwortung und das Leben wieder regional zentralisieren, so das Ex- und Import /(weitestgehend) nicht mehr notwendig sind

-mehr Selbstbestimmung

-weniger Globalisierung

-mehr Eigenverantwortlichkeit der (Bundes-)Länder

-freie Bildung

-Dezentralisierung und Entmonopolisierung

-Regionalwährung

-duales Entlohnungskonzept (Finanzexperte Bernhard Lietaer hat hier bereits 2013 zwei

sehr spannende Ideen entwickelt, die leider kaum Beachtung finden. Vielleicht finden Sie einmal 20 min Zeit, dann können Sie hier einmal

hineinschauen: https://www.youtube.com/watch?time_continue=9&v=vX6LuP6X-1g&feature=emb_logo

Aktuell wird "das System" durch lobbyistisch geprägte Politiker und die reichen Machteliten im Hintergrund gesteuert. Der Bürger darf allenfalls alle 4 Jahre seinen Willen kund tun, indem er sein Kreuzchen hier oder da oder gar nicht macht, oder eben laut brüllend auf die Straße geht und dann doch ignoriert wird. Wir haben also lediglich die Wahl des geringsten Übels, aber "den Willen des Volkes", der wird von den Politiker leider nicht mehr vertreten, der Willen der Unternehmen hingegen schon. Und neuerdings wird dann auch noch der "Wille des Volkes" vom "Willen des Kindes" getrennt, indem die Kinder Kinderrechte bekommen und man sich fragt: Ja sind das denn keine Menschen für die unser Grundgesetz gilt? Der Gedanke des besonderen Schutzes für Kinder mag nobel erscheinen, aber sollte man dann nicht auch ein Gesetz für Ältere, für werdende Mütter und für Kranken und ein eigenes Schutzgesetz für behinderte Menschen einführen? Das alles steht doch aber schon im Grundgesetz (Art. 2 und 6) . Bei derartigen Änderungen stellt sich einem doch sofort die Frage: Sind wir vor dem Gesetz plötzlich nicht mehr alle gleich? Müssen sich die Politiker mit einem solchen "Update" irgendetwas schön reden, was die Staatsgewalt im Alltag bisher nicht in den Griff bekommt?

Solange wir keine selbstgewählte Verfassung haben, wird solcher Unsinn leider der Politik vollständig in die Hand gelegt. Daher ist eine vom Volk gewählte Verfassung, auf die wir seit 70 Jahren warten, dringend überfällig und im Zuge ihrer Ausgestaltung würde die Diskussion zu einem neuen System sicher die nötige kreative Fahrt aufnehmen. Dafür ist aber freie und kostenlose Bildung unabdingbar (und mit Bildung meine ich nicht einfach Wissen in Köpfe zu hämmern, sondern kritisch reflektierende junge Menschen mit klarem Verstand, gut vorbereitet darauf die heute herrschenden Misstände in verschiedensten Bereichen klar zu erkennen und Lösungen zu finden) um Entscheidungsfähig zu sein. Um die Zusammenhänge zu verstehen, ist das Hinwenden zu regionalen, überschaubaren Abläufen hilfreich. Um selbst zu entscheiden wie man leben will, ist eine Dezentralisierung mit mitunter regional auch sehr unterschiedlichen Lebensweisen nötig. Und ein Währungssystem nach Lieber bringt Wirtschafts- und Umweltdienstleister auf einen gleichen Level und auch die sozialen Berufe oder Berufe in denen weniger Fachwissen vonnöten ist, die aber ebenfalls wichtig sind, würden so mehr Würdigung erfahren.

Sicher ist in der Idee noch nicht vollständig durchdacht. Mich stört es aber auch, dass immer nur auf das System geschimpft wird, aber kaum etwas Konstruktives wird dabei als Alternative vorgestellt. Daher ist dies meine erste Mail an die Nachdenkseiten.

Ich hoffe das war trotz der Länge kurz genug
und wünsche Ihnen
frohe Weihnachten und
einen guten Rutsch in ein aufschlussreiches und glückliches Jahr 2020.

Mit herzlichen Grüßen
Sindy Grambow

.....

Liebe Nachdenkseiten,
ich möchte mich äußern zu Ihrer Frage, wie denn ein künftiges gesellschaftliches System aussehen sollte.

Dazu will ich mich auf 2 Autoren stützen: Axel Honneth, Die Idee des Sozialismus, 2015; Susan George, Change it !, 2006.

Honneth als Habermas-Schüler, ist durchaus kapitalismus-kritisch. Er würde einen Systemwechsel befürworten.

Da wir aber keine Blaupause für die Zukunftsgesellschaft haben, schlägt er einen Experimentalismus vor, eine experimentelle Verwirklichung einer demokratischen Lebensform. Keiner weiß jetzt, wie diese Gesellschaft aussehen wird, und es ist nicht ausgeschlossen, dass sie

"marktsozialistisch" wird.

Das Wichtigste vielleicht: wir müssen auf dem Weg in eine Zukunftsgesellschaft immer wieder innehalten und neu analysieren: wir müssen offenbleiben dafür, dass Ziele und Mittel sich gegenseitig korrigieren können. Den Kern der Idee des Sozialismus, das wechselseitige Füreinander, hält Honneth nach wie vor für zukunftsfähig.

Im Bemühen mich kurz zu halten gehe ich zu einem Gedanken von S. George über und ihrer Erfahrung bei vielen ihrer Vorträge: einer meint, das wirkliche Problem sind ... wir selbst, ein anderer meint, das wirkliche Problem ist das System Kapitalismus. Und beide beginnen einen endlosen Streit.

"Die tödlichste Gefahr, das Schlimmste, das einer Bewegung passieren kann, ist, dass ihre Mitglieder bei der Wahl ihrer Widersacher auf andere Mitglieder verfallen. Die schlimmste Versuchung besteht darin, mehr Energie für den Kampf gegen die eigenen Mitglieder zu verwenden als für den Kampf gegen die Schurken außerhalb der Bewegung."

George 2006,127). Sinngemäß: Veränderung des Einzelnen erleichtert die Veränderung des Systems und System-veränderung hilft bei individuellen Veränderungen. Die Veränderungen können sich wechselseitig verstärken.

Mit freundlichen Grüßen
U. Dietrich

.....
Hallo liebes Team von den Nachdenkseiten,

hier ist in aller Kürze meine Liste mit essentiellen Forderungen an ein "neues" System, welche mir spontan in den Sinn kommen:

I) Zentrale Forderung ist die Einführung eines Maximallohns. Mich wundert es, dass diese Forderung nicht breit diskutiert wird, obwohl sie extrem logisch ist. Analog zum Mindestlohn einen Maximallohn einführen (z.B. durch das Steuersystem: Steuersatz 100% ab einem bestimmten Betrag). Die Höhe des Maximallohns ist sicher diskutabel und darüber muss ein gesellschaftlicher Konsens hergestellt werden. Eine Kopplung an den Mindestlohn ist wünschenswert. Mir schwebt ein Betrag von etwa dem 20fachen bis 50fachen Mindestlohn vor. Der Maximallohn ist im wesentlichen aus 2 Gründen notwendig. Erstmal die menschliche Gier nach "immer mehr" mit all ihren negativen gesellschaftlichen Folgen einzudämmen und die Motivation der Menschen auf andere Ziele auszurichten. Zweiter Grund ist die mit dem höheren Einkommen auch immer verbundene politische Macht zu begrenzen.

II) Weg vom BIP als Zielgröße des wirtschaftlichen Handelns. Beim BIP werden ja bekanntermaßen z.B. Reparaturmaßnahmen an der Umwelt als "Wirtschaftswachstum" gewertet. Es ist natürlich unsinnig auf eine derartige Zielgröße zu optimieren. Ziel sollte natürlich sein den "Nettoeffekt", d.h. das was nach den Reparaturen an der Umwelt noch übrig bleibt, zu optimieren. Zu diesem Thema gibt es bereits viele ausgearbeitete Ansätze, die nur noch auf die Umsetzung warten.

III) Mitarbeiterbeteiligung an ihren Firmen z.B. nach dem Stiftungsmodell.

IV) Firmen für umweltfreundliches und soziales Verhalten belohnen und im Gegenzug umweltfeindliches und antisoziales Verhalten (z.B. Stichwort Lohndumping) zu bestrafen. Auch hier gibt es schon ausgearbeitete und in einigen Firmen bereits angewandte Modelle.

V) Den Banken endlich das Geldschöpfungsprivileg entziehen und die Geldschöpfung ausschließlich in staatlicher Hand zulassen (die Erfüllung dieser Forderung allein würde schon

einen Systemwechsel bedeuten).

VI) Eine "richtige" Finanztransaktionssteuer einführen, die auch Wirkung entfaltet und z.B. den Hochfrequenzhandel stoppt.

VII) Konzerne und Superreiche vernünftig besteuern und Steueroasen austrocknen.

VIII) Die Schuldenbremse beerdigen.

IX) Eine Wirtschaftspolitik verfolgen, welche eine ausgeglichene Handelsbilanz zum Ziel hat.

x) Das Verursacher-Prinzip konsequent für alle Umweltschäden anwenden. D.h. z.B. den Preis für eine Tonne CO₂ mit 180 Euro festzusetzen, dies entspricht den Reparaturkosten an der Umwelt. Es gibt überhaupt keinen vernünftigen Grund, warum die Allgemeinheit oder einzelne Betroffene (z.B. bei Sturm- oder Flutschäden) für diese Kosten aufkommen sollen. Dies würde natürlich eine drastische Verteuerung des Transports zur Folge haben, was aber ein gewünschter Effekt ist, damit endlich der Wahnsinn auf den Straßen (insbesondere den Autobahnen) und in der Luft aufhört.

XI) Regional vor international und global: Neben der Bepreisung von Umweltschäden nach Punkt IV) alle Maßnahmen ergreifen, die zu einer Regionalisierung der Wirtschaft führen.

XII) Mehr Basisdemokratie: Z.B. einen Bürgerrat nach irischem Vorbild einführen, bei dem durch ein Losverfahren ausgewählte Bürger verbindliche Vorschläge an die Politik ausarbeiten.

Es gibt sicher noch viele weitere Punkte, aber wenn allein diese 12 Punkte umgesetzt würden, wäre die Lebensqualität für die meisten Menschen wohl schon deutlich höher als heute und ich würde von einem "Systemwechsel" sprechen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Armin Kamp

.....

Liebe Redaktion,

vielen Dank für Ihre kluge Fragestellung. Mir fallen sehr viele einzelne Dinge ein, die man verbessern könnte. Die grundlegende Frage scheint jedoch zu sein, womit man denn anfangen müßte, wenn man keine Revolution oder Krieg möchte.

Aus meiner Sicht:

- I. Entlassung sämtlicher Abgeordneter, die sich in irgendeiner Form nicht im Einklang mit dem Recht oder nicht zum Wohl der Gesellschaft verhalten haben. Oder derjenigen, die dessen verdächtigt werden, bis das Gegenteil rechtskräftig festgestellt ist.
- II. Alle Abgeordneten, die für völkerrechtswidrige Kriege gestimmt haben, sind vor Gericht zu stellen.
- III. Verbot von Thinktanks und deren finanzieller Ausstattung durch Konzerne oder Staaten.
- IV. Danach sollten einige der Medien wieder aus privater Hand genommen werden

V. Durchleuchtung aller Vermögen z.B. ab 3 Mio €

VI. Einführung einer Vermögenssteuer für die anstehenden Aufgaben

VII. Volksabstimmung über Wehretats.

Das wären nur Babyschritte, aber eventuell würde das das Vertrauen der Menschen wieder herstellen. Aus einer solchen geänderten Stimmung könnte ein neues Konzept gemeinsam basisdemokratisch erarbeitet werden.

Gute Nacht und viele Grüße

Marion Wallerus

.....

Sehr geehrte NachDenkSeiten!

Vielen Dank für diese sehr guten Artikel - insbesondere deswegen, weil sie qualitativ zeigen, dass die NDS sich nicht ins Bockshorn jagen lassen.

Das gilt insbesondere für die Mär von der sauberen Biomasse-Energie. Nur zeigt das leider auch, dass wir von anderen Energieträgern abhängig sind. Schließlich ist Wärme (ich rede hier und jetzt nicht von Strom) ein menschliches Grundbedürfnis.

Was den System-Wechsel betrifft: wie wäre es mit einer "Umwertung" unserer Werte? Den Dingen (also Nahrung oder Wärme etc. ...) messen wir doch einen gewissen Wert bei, der sich von Form von Geld ausdrückt. Ein Systemwechsel ist sinnlos wenn die Werte die gleichen bleiben, oder? Hier ein paar Vorschläge, wie man eine solche Umwertung erreichen könnte:

- Einführung eines Trennbankensystems
- Einführung einer Finanztransaktionssteuer (mit besonders starker Reglementierung für Nahrungsmittel und Textilien)
- Eine Rohölsteuer (trifft ausschließlich die Reedereien, welche zurzeit die größten Umweltverschmutzer sind - und das fast steuerfrei!)
- Verbot von nicht biologisch abbaubaren Polymeren.
- Wenn man sich eine Gesellschaft mit flachen hierarchischen Strukturen wünscht: komplette Steuerbefreiung des Kleingewerbes!
- Ein Ende der EU-Agrarsubventionen (bei denen hauptsächlich Pestizid-Hersteller die Gewinner sind)

Die Liste ließe sich beliebig erweitern!

Frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins neue Jahr wünscht Ihnen,

Daniel Jacob

.....

Lieber Herr Müller,

eine Systemänderung braucht vorher eine Bewusstseinsänderung – dann ändert sich auch das System.

Colin Crouch beschreibt in seinem Buch “Die Post-Demokratie” genau diesen Zustand, den wir derzeit haben. Die Politik – insbesondere Schröder/Fischer dann Merkel-CDU und SPD in der GroKo, - ist so lange von den Wirtschaftsverbänden breit geklopft worden, dass nur diese fähig seien, eine gute Politik zu machen, bis diese das auch glaubten und fast alle Kompetenzen an die Wirtschaftslobbyisten abgegeben haben in Form von externen Beratern, die durchweg aus dem Bankenwesen wie BlackRok und Co. kommen oder mit ihnen verhandelt sind.

Das bedeutet u.a. auch, dass das politische Selbstbewusstsein der Politikerinnen und Politiker äußerst schlecht war und noch ist und dadurch auch die Partei-Programme, mit denen vor den Wahlen geworben wird, vernachlässigt oder ganz ausgeschaltet wurden und werden.

Ändern müssten sich also die Einstellungen der BerufspolitikerInnen:

I. Der lasche oder sogar ignorante Umgang mit den bestehenden Gesetzen. Diese müssen wieder ernst genommen werden! Völkerrechtswidrige Angriffskriege sind per Gesetz verboten, dennoch werden sie vom BT mit der Mehrheit immer wieder genehmigt. Arbeitsrechte werden ausgehebelt oder unterlaufen durch das System der Privatisierung, Leiharbeit oder sog. Arbeits-Überlassungsgesetzen, was nichts Anderes ist als sich vor der eigenen Verantwortung zu drücken. Eine demokratische Regierung darf keine Gesetze machen, die Unternehmen genehmigt, Menschen auszubeuten! Darum: Hartz Gesetze auf den Prüfstand der demokratischen Regeln und dann – weg damit, was nicht dazu gehört!

II. Deutschland größter Billiglohnsektor in der EU, der die anderen EU-Länder in den Ruin treibt. Auch hier wurde und wird immer noch gegen EU-Verträge verstoßen, sich unsolidarisch verhalten und vom Parlament mehrheitlich akzeptiert. Es müssen gleiche Standards innerhalb der EU eingehalten und sich an die Regeln gehalten werden, was bedeutet “Raus aus dem Billiglohnsektor”

III. Raus aus den Abhängigkeiten von Investmentbanken wie BlackRock und Co. und Wirtschaftskanzleien und selber die Verantwortung übernehmen. Den eigenen wissenschaftlichen Dienst des Bundestages nutzen und keine super teuren Externe.

IV. Die Regierung/Parlament kann, soll und muss wieder selber Investor sein und darf nicht alle wesentlichen Bereiche der Daseinsvorsorge und Fürsorge auslagern auf Unternehmen, die sich der Kontrolle entziehen, ihre eigenen Süppchen kochen und ohne eigene Anstrengungen reich werden wollen, was beispielhaft das Gesundheitswesen zeigt. Es gehört grundsätzlich nicht in Aktiengesellschaften! Wenn Ausnahmen für private Alten- und Pflegeheime, haben diese sich an die Regeln und Gesetze zu halten und nicht an die des Marktes!

V. Die Regierung/Parlament muss sich ihre Kompetenz und ihre durch Wahlen zugewiesene Macht wieder zurückholen! Lobbyisten und Wirtschaftsverbände können zwar gehört werden, dürfen jedoch nicht die Macht haben, dass sie das solidarische, rechtmäßige, demokratische an das Gemeinwohl orientierte Handeln der Bundesregierung und des Parlaments aushebeln.

VI. Die Politiker des Bundestages und der Bundesregierung müssen unabhängig von der Wirtschaft sein und dürfen sich nicht einreden lassen, dass die Wirtschaft es besser könne, was heißt: alle Lobbyisten entmachten und die Politiker zurück zu den eigenen politischen Wurzeln damit sie ihre Parteiprogramme durchsetzen und nicht die Wünsche von Lobbyverbänden!

VII. Befreiung von den Vorgaben der USA und zurück in eigenständiges Denken und Handeln und die Verantwortung dafür übernehmen! Das heißt auch, eine konsequente Friedenspolitik mit allen Nachbarländern zu betreiben ohne Wenn und Aber. Dazu gehören auch Absagen an geplante Kriege, Kriegs-Manöver-Übungen und: Raus aus Afghanistan!

VIII. Steuergerechtigkeit muss hergestellt werden! Sie war nie gerecht und muss JETZT endlich gerecht gemacht werden! Amazon und andere müssen durch Gesetze gehindert werden, Steuerflucht zu begehen!!!! Auch Arbeitsschutzgesetze müssen auf Einhaltung durch unabhängige staatliche Prüfer, regelmäßig überprüft werden! Nicht nur bei Amazon, sondern allen privaten Einrichtungen. Diese gibt es zwar schon, doch durch die Entlassungswellen der letzten Jahrzehnte (Unternehmer und Staat wollten Geld einsparen) kann diese Arbeit nicht effizient durchgeführt werden.

IX. Gleiches gilt auch für die Tierschutzgesetze. Diese müssen auf den Prüfstand. Tiere sind keine Sachen und dürfen als solche nicht behandelt werden! Tierversuchslabore braucht die Welt nicht mehr. Es gibt Techniken, die diese überflüssig machen!

X. Alle Gesetze die wir haben müssen auch von der Politik ernst genommen werden und dürfen nicht, wie bisher, verschleudert oder ignoriert werden, weil Groß-Unternehmer und Groß-Banken das so wollen!

So. Das sind meine 10 Beispiele die zeigen,(es gibt sicher noch mehr) wie verantwortungslos und oberflächlich das politische Handeln in Berlin derzeit ist. Ob damit ein Systemwandel ansteht, weiß ich nicht. Wenn es zum bisherigen System gehörte, dass Gesetze vom Bundestag frech ignoriert wurden und neue so gemacht werden, dass sie wirtschaftsfreundlich und der Ausbeutung dienen, dann wird es ein Systemwandel sein. Zuvor jedoch muss die Einsicht, das Bewusstsein für Gerechtigkeit für alle, in Bundesregierung und Bundestag wieder hergestellt werden. Sie müssen sich der eigenen Entmachtung bewusst werden und sich ihre Macht zurückholen! Zum Wohle des Volkes!

Beste Grüße
Karola Schramm

.....
findet sich hier ein großer Teil der Antwort:

<https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2019/november/wirtschaftsdemokratie-als-transformationshebel>

Eine umfassende Demokratisierung der Betriebe ist - wie Hans-Jürgen Urban - es treffend schildert, ein Mammutprojekt, das enorme (Kraft-)Ressourcen der beteiligten Akteure erfordert, vor allem aber der Akteure, denen etwas an der Demokratisierung der Betriebe und an der Verbesserung ihrer Lebens-Arbeits-Verhältnisse liegt. Die Kapitaleigner und Eigentümer sind dies sicher nicht und es kann mit enormen Widerständen gerechnet werden. Ein Blick nach Frankreich genügt, um zu sehen, was passieren kann, wenn das 'Volk' nicht spurt.

Meiner Meinung nach könnte/sollte man auf der Basis von Urban's Artikel weiterdenken, um tragfähige (Zukunfts-)Strategien zu entwickeln; viel Zeit haben wir angesichts des Klimawandels nicht mehr, aber wie ich eingangs schon sagte: Es ist eine Mammutaufgabe.

Gruss,

Thomas Bürklin

.....

Sehr geehrte NachDenkSeiten Redaktion,

Als ehemaliger alleinerziehender Vater, z. Z. noch 62 Jahre alt, parteilos, immer gesellschaftlich engagiert zum Wohle der Menschen, lese Ich seit 2004 genüsslich, still und leise ihren Blog und hielt mich stets mit Leser-Kommentaren oder Leser-Briefen zurück.

Doch Heute muss es raus! Wir haben gleich das Jahr 2020! Der Wahrheit halber! Ich bin ein Mann und Vater des leisen, stillen handelns, aber ein Mann der lauten Musik Töne.

Wie ich aus ihrem Artikel entnehmen kann - Sie wollen es kurz? - Sie bekommen es kurz! Nur soviel dazu: In der Musikzeitschrift, Mai Metal Hammer 2019, fand ich dazu ein interessantes Interview, mit dem niederländischen Musiker Ferry, von der Death Metal Band ANTROPOMOPHIA, mit einer knallharten, ehrlichen und wahrhaftig der Wahrheit am nächsten liegenden Aussage,

zu seinem neuen 2019er Album MERCILESS SAVAGERY: Ferry umschreibt MERCILESS SAVAGERY als "Soundtrack zum Ende all des wertlosen Lebens auf diesem beschissenen Planeten."

Was denkt er über den aktuellen Zustand der Erde? "Menschen neigen allgemein dazu, mich zu nerven. Ich hätte kein Problem damit, in einer Welt aufzuwachen, in welcher sich der Großteil der Menschen verpisst hat", stellt der Niederländer klar. "Ich mache mir über die Situation der Welt keine Sorgen. Vielmehr kann ich mich zurücklehnen, weil ihre Zerstörung für mich keine 'Ob', sondern eine 'Wann' - Frage ist." (Zitat Aussage Ende) Ich erkannte gleich, wenige intelligente Seelenverwandte gibt es weltweit!

Nun Frage ich Sie, wie viele Leser-Kommentare, Leser-Briefe, Diskussionsrunden, über welches Thema, von A bis Z, auch immer, benötigt die "intelligente Menschheit" nach tausenden von Jahren noch?

Die aktuellen Zustände auf dieser Erde so wie sie ist, will die Menschheit so wenn nicht - wäre es anders, Ausnahmen bestätigen auch hier die Regel und Ich ALLEIN halte den Agonie Zustand nicht auf. Denn eines muss selbstverständlich auch Ihnen klar sein - Intelligenz sieht man nicht - intelligentes Handeln erkennt man am Ergebnis nicht nur zum Wohle Einzelner sondern Aller. Noch weitere Fragen dazu?

Sehr geehrte NachDenkSeiten Redaktion,

Bei Interesse an der Wahrheit diese Zuschrift, für ihre Leserschaft als Aufklärung, auf ihrer Leserbrief-Seite veröffentlichen, wenn nicht, einfach vergessen und weitermachen wie bisher.

Mit freundlichen Grüßen an Ihr Team
ein in recht großer Sorge lebender Bürger dieses Landes

Herr Werner Matzat, aus Eisenhüttenstadt

.....

Hallo NDS-Team,

hier meine 10cent zu

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=57144>

Wie das "jetzige" (angebliche) "System" definiert ist?

Die sogenannten Volksvertreter nennen sich zwar so, vertreten aber nicht die Bürger [auch ein Zitronenfalter faltet keine Zitronen]. Falls diesbezüglich die Redaktion auch Wahrnehmungsprobleme hat, hier mal eine kurze Auswahl, wo man das nachlesen könnte:

*) Elsässer, Lea/Svenja Hense/Armin Schäfer, 2016: Systematisch verzerrte Entscheidungen? Die Responsivität der deutschen Politik von 1998 bis 2015: <http://hdl.handle.net/11858/00-001M-0000-002C-2BE7-A>

*) Bernard Manin: Kritik der repräsentativen Demokratie: <https://www.matthes-seitz-berlin.de/buch/kritik-der-repraesentativen-demokratie.html>

"Was wir heute unter „Demokratie“ verstehen, hat Ursprünge in einem institutionellen System, dessen Errichtung zwar die Folge der Revolutionen in England, Amerika und Frankreich ist, aber ursprünglich keineswegs als „Regierung des Volkes“ wahrgenommen wurde."

Kurz: In Repräsentativer Demokratie steckt so viel Demokratie wie in Leberkäse Käse steckt.

Diese V-Treter nennen sich selbst gerne Mandatsträger. Diesen Mandaten fehlen aber (fast) alle wesentlichen Eigenschaften von echt-demokratischen Mandaten:

- (a) weisungsgebunden
- (b) rechenschaftspflichtig
- (c) *JEDERZEIT* austauschbar

Völlig überraschend vertreten "Volksvertreter" dann doch nicht deren Wähler. Welche Abartigkeiten das treibt sieht man regelmäßig: Die meisten V-Treter heben ihre Hand, wenn der Führer [in diesem Fall der Fraktionsführer] die Hand hebt; nennt sich dann Fraktionsdisziplin. Völlig abartige Machtsümpfe innerhalb von Kartellparteien.

[kl. Nebenbemerkung: Es gab vor 100 Jahren mal Ansätze mit (a)-(c). Aber dann;
Literaturempfehlung: Haffner: Der Verrat]

Was soll im neuen System anders sein?

Wie wäre es mit Echt-Demokratie (ich muss ja immer "Echt-" davorsetzen, da das Wort inzwischen schon gespinnt wurde). Was könnte damit bloß gemeint sein? Hier mal ein kurzes Zitat aus https://www.uni-kiel.de/psychologie/mausfeld/pubs/Mausfeld_Die_Angst_der_Machteliten_vor_dem_Volk.pdf

"[...] das Recht auf politische Selbstbestimmung. Jeder Bürger soll einen angemessenen Anteil an allen Entscheidungen haben, die das eigene gesellschaftliche Leben betreffen. Alle Bürger haben somit ein Recht auf umfassende demokratische Mitwirkung an allen relevanten gesellschaftlichen Aspekten. Zentrale Bereiche einer Gesellschaft, insbesondere die Wirtschaft, dürfen nicht von einer demokratischen Legitimation und Kontrolle ausgeklammert werden. Alle Machtstrukturen haben ihre Existenzberechtigung nachzuweisen und sich der Öffentlichkeit gegenüber zu rechtfertigen, sonst sind sie illegitim und somit zu beseitigen."

Nur zur Sicherheit, damit die Redaktion das nicht falsch versteht: Mit "angemessenen Anteil an allen Entscheidungen" ist *NICHT* ein wirkungsloses Kreuz alle paar Jahre gemeint. Da ist auch nicht von *Mit*bestimmung die Rede, sondern von *Selbst*bestimmung (das verwechseln Spezialdemokraten ja gerne). Wir alle bestimmen gemeinsam, wie wir alle zusammen leben wollen. Was für eine radikal-demokratische Idee.

Zu einer Echt-Demokratie gehört auch ein großer öffentlicher Debattenraum, etc. (siehe Mausfeld).

Man könnte jetzt noch viel mehr schreiben; z.B. wie man echt-demokratisch Ämter besetzt [nein, ich meine natürlich nicht: Wahl, das ist ja auch ...]. Literatur dazu:
Sintomer: Das demokratische Experiment, Geschichte des Losverfahrens in der Politik von Athen bis heute: <https://www.springer.com/de/book/9783658007300>

Ich höre jetzt lieber auf, denn ich habe echt wenig Hoffnung, nachdem die Redaktion das jetzige System scheinbar immer noch nicht als Fassadendemokratie erkannt hat.

Viel Erfolg
C. Ludwig

.....
Liebe Leute der NDS!

Systemänderung? Hat doch schon längst angefangen...(entschuldigung, ist doch ziemlich lang)

Vielleicht ein kleiner Trost zu den ruhigeren Tagen:

Weltfrieden

Plötzlich gab es Orangen aus Spanien nur noch auf dem Schwarzmarkt...

Der Preis für Dinkelbrot ist wieder an den Preis der französischen Revolution angeglichen worden. Israelis und Palästinenser gründeten in besetzten Gebieten Mehrgenerationshäuser und hören zusammen Klezmer – Musik.

Donald Trump trinkt einmal wöchentlich Krim Sekt und Reiswein mit Herrn Putin und Xi Jinping, serviert von Herrn Juncker. Die Themen werden von einem Menschenrechtsausschuss vorgegeben und redigiert.

Mister Soros, auf LSD, glücklich wie nie, spendet seine Waffen dem Kinderhilfswerk. Dort wird in einem komplizierten Verfahren (es wird geforscht) daraus Marzipan hergestellt.

In Syrien wird endlich wieder Schwarzkümmelöl produziert. Die Gewinne von Goldman Sachs gehen 1 zu 1 über als Investitionskosten für den Wiederaufbau der zerstörten Häuser in Syrien, Afghanistan, Jemen, Irak ,etc.

Sunniten und Schiiten einigen sich auf eine Neufassung der Schriften Mohammeds, mit Unterstützung der Aleviten (Alaviten).

Frau Merkel macht jetzt dreimal jährlich Urlaub in der Ückermünde mit ihrem Mann, und legt die besten Gewürzgurken ein. Hat keine Zeit mehr für andere Dinge.

In Europa ist der Mindestlohn auf 15,-€ gestiegen.

Auf den - NachDenkSeiten - gibt es endlich Sudoku und ein wöchentliches Kreuzworträtsel.

Nestle` hat seine jährlichen Gewinne den Imkern Europas und Afrikas gespendet. Die Aktionäre applaudieren und nehmen löffelweise Lavendel – Honig zu sich.

Dieselaautos riechen nicht mehr nach Pipi (Ad Blue), sondern werden abgeschafft.

Aus Glyphosat wurde in einem neu erfundenen Verfahren Heilwasser hergestellt.

Die Bayer AG (Monsanto) konzentriert sich auf Programme für Wellness – Artikel. untoxisch.

Das Schmelzwasser der Antarktis ist aufgehoben. Der Permafrost gesichert.

Öffentliche Verkehrsmittel in Europa kosten um die 50 Cent, pro Fahrt. Langstrecken zwischen 1 und 5 €.

Fahrräder werden von den einzelnen Ländern staatlich subventioniert.

Google hat seine Computertanks in die Luft gesprengt.

Jeff Bezos liegt in seiner Hängematt auf den Seychellen und schaut nur noch Netflix – Filme.

Adorno und Horkheimer gehören zu jedem Grundstudium, sprich eine Ausarbeitung im 1. Semester

für jeden neuen Studenten. Das Bologna - Diktat ist abgeschafft.
Universitäten werden staatlich subventioniert. Studiengebühren weltweit abgeschafft.
Jeder Student muss mindestens zwei Stunden am Tag auf Whats App verzichten und sich in der U-Bahn mit anderen Menschen unterhalten.
Die Lautstärke in den Städten wird enorm gesenkt. (In Arbeit)
Jeder Arbeitnehmer darf höchstens 30 Minuten für die Anfahrt zu seinem Arbeitsplatz brauchen, ansonsten ist für eine Alternative zu sorgen.
Die Agentur für Arbeit wird von Mitarbeitern einer Ethik – Kommission gesteuert . Philosophen und Geisteswissenschaftlerinnen und wissenschaftliche Mitarbeiter der UNO werden bevorzugt eingestellt.
Blauhelme werden türkis.
Zu Sylvester gibt es Sekt umsonst für alle, außer für Steuerhinterzieher.
Jeder, der im großen Stil Steuern hinterzieht, muss zweimal wöchentlich mit seiner Mutter (oder Vater oder mit Beiden) einkaufen gehen.
Die Banken sind in den einzelnen Ländern verstaatlicht.
Daseinsfürsorge ist verstaatlicht.
Die 25 – Stunden Woche ist eingeführt. Erst einmal europaweit.
Für jede abgegebene Kalashnikov gibt es im Lebensmittelgeschäft ein Jahr lang pro Monat Rabattscheine über 600.-€. EUROPAWEIT, demnächst WELTWEIT.
Die katholische Kirche spendet die durchschnittlich eingenommenen 3,5 Milliarden Steuergelder für den Ausbau der Bildungsstätten.
Kirchen werden zu Diskotheken umgebaut und dürfen von Künstlern für kleines Geld gemietet werden. Wie damals in New York.
Europaweit ist das Grundeinkommen eingeführt.
Jeder alte Mensch hat das Recht, mindestens eine halbe Stunde am Tag an die Luft zu kommen.
Autos in den Innenstädten werden nur mit Ausnahmebescheinigungen geduldet.
Die Todesstrafe wird weltweit abgeschafft. Sogar waterboarding.
Die „Tafeln“ sind abgeschafft.
Jeder Staat ist dafür verantwortlich, unentgeltlich Psychotherapeuten u. ä. für , Burn u. –Bore –Out Patienten, Suchtkranke jeder Art bereitzustellen. Zusätzlich werden Gesundheits- u. – Entspannungspädagogen in jede Gemeinde, pro 100 Menschen ein Pädagoge, fest installiert.
Medikamente sind unentgeltlich auf Rezept zu bekommen.
Arbeiter, z. B. bei Amazon oder DHL beschäftigt, Gewinnausschüttung an die Mitarbeiter, jährlich, bekommen einmal im Jahr einen Urlaub umsonst auf die Krim oder Mallorca. Siehe TUI.
Jeder Einkauf im Internet wird mit 2,-€ zusätzlich für gemeinnützige Zwecke belastet.
Energiefieferungen aus Venezuela und Russland, dem Iran und Saudi - Arabien sind gesichert.
Wahabiten und Sallafisten widmen sich der Erforschung des Sandes und Sonnenschutz – Cremes.
Es dürfen keinen Gewinne mehr gehortet werden.
Banken sind reguliert und werden verpflichtet, Kleinunternehmen anstandslos Kredit zu gewähren.
Höchstens 0,3 % Zinsen, soll demnächst gesenkt werden.

Werkstätten für Menschen mit Behinderung werden als Lagerstätten für Butterberge genutzt.
Altenheime, wenn nicht dringend gebraucht, werden zu Mietwohnungen umgebaut. Ehemalige Aktionäre bekommen Vor – Mietrecht. 1 Quadratmeter darf höchstens 2 ,-€ kosten.
Die Abschaffung des Geldes ist ein Fernziel.
Inkontinenz wird zu 100 % von der einzigen Krankenkasse, die es in den Ländern gibt, übernommen.
Digitales Geld wird es nicht geben. (Bitcoins, Monopoly, etc.)
Ach so : Monopoly -Spiel wird in der Kindergärten und Schulen und zu Weihnachten nur noch sehr ungerne im Kreise der Gruppe gesehen.
Obst und Gemüse muss nicht mehr irgendeiner Verpackungsnorm oder einem Aussehen entsprechen. Außer Schlangengurken.

LED Beleuchtung an Obstständen ist nicht gern gesehen.
Die „Brenn –Nessel“ wird heilig gesprochen.
Die Bahn fährt pünktlich. 200 000 Mitarbeiter werden bei der Bundesbahn neu eingestellt.
Jedes Kind hat ein Anrecht auf eine warme Mahlzeit. Falls es nicht passiert, müssen Strafen bezahlt werden. Zusätzlich gibt zu den Jahreszeiten witterungsentsprechende Kleidung und Schuhe umsonst.
Abzuholen in den Kirchen und Moscheen (Gotteshäusern) der Welt.
Es ist verboten, Monokultur und Massentierhaltung zu betreiben.
Alte Obst- u. Gemüsesorten werden bevorzugt behandelt und angebaut.
Im kleinen Rahmen wird Planwirtschaft eingeführt. Mal sehen...wie sich das entwickelt.
Polizisten tragen Batik – Kleidung.
Pfefferspray darf höchstens in die Hühnersuppe.
An der Vorstellung, dass es einen Tod im Leben nach dem Tod gibt, wird diskussionsfreudig gearbeitet.
Kein Konsens in dieser Hinsicht in Sicht.

Schöne Feiertage und einen guten Rutsch!

Andreas Kahl - Gesprächskreis Mülheim an der Ruhr

.....
Guten Morgen,

so wie ich es sehe muss hier die Definition von "System" beginnen beim "System in den Köpfen", beim Weltbild. Wir alle sind - mehr oder weniger "erfolgreich" - jahrzehntelang zu neufeudalem Denken erzogen worden, zu "Sch**ß auf die anderen, Hauptsache ICH!" in allen Varianten, jede Abweichung von diesem Prinzip wurde uns als gefährlicher Extremismus verkauft (gewöhnlich als Extremismus von links). Jegliche Art von System die von solchen Menschen betrieben wird mag vielleicht für eine Weile funktionieren, wird aber schließlich der persönlichen Gier ihrer Funktionäre zum Opfer fallen.

Wir brauchen ein ErziehungsSYSTEM das klarstellt dass sowohl Individualität als auch die Gesellschaft in der man lebt wichtig sind und unterstützt werden müssen. Wir brauchen ein MedienSYSTEM das das Erziehungsziel nicht permanent konterkariert, sei es aus Unwissen der Medienschaffenden oder aus schlichter Gier/Korruption. Langfristig brauchen wir im Grunde einen Wechsel des gesamten DenkSYSTEMs aller Menschen auf diesem Planeten. Dies natürlich wäre selbst dann eine enorme Aufgabe wenn wir eine funktionierende und sich um Gerechtigkeit bemühende Weltregierung hätten anstatt der traurigen Scharade die heute die UN darstellen.

Ohne den Willen der MENSCHEN ein gutes System zu schaffen und zu erhalten ist ein jeglicher Versuch es zu etablieren letztlich sinnlos.

MfG

T. Schmechtig

.....
Sehr geehrtes Team der Nachdenkseiten,

zur Aufforderung den Begriff "Systemänderung" griffiger zu machen fällt mir in erster Linie die Gemeinwohlökonomie (GWÖ) ein.

"Die Gemeinwohl-Ökonomie etabliert ein ethisches Wirtschaftsmodell. Das Wohl von Mensch und Umwelt wird zum obersten Ziel des Wirtschaftens."

Sprich nach Artikel 151 der Bayerischen Verfassung: "Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl."

Mehr Details finden sie auf der Homepage: <https://www.ecogood.org/de/>

Im Anhang finden sie eine komprimierte Erstinfo. Es lohnt sich mehr als einen Blick darauf zu werfen.

Für Mehr Infos stehe ich gern zur Verfügung.

..und vielen Dank für ihre tolle Arbeit.

--

mit besten Grüßen

Kajo Aicher

.....

Sehr geehrte Mitglieder der Redaktion der Nachdenkseiten,

bezugnehmend auf Ihren Artikel „Systemänderung – was ist das? Wie soll das neue System aussehen? (vom 16.12.2019)“ würden WIR gerne einen Vorschlag unterbreiten.

WIR, das ist eine kleine Gruppe „Aufsteher“ aus und um die Hansestadt Greifswald. Wir sind überwiegend groß und älter in 2 Gesellschaftssystemen geworden, haben aber auch tatkräftige Unterstützung von lebenslangen Kennern alter bundesrepublikanischer Verhältnisse. Wir treffen uns regelmäßig, um zu diskutieren, was in der gesellschaftlichen Entwicklung unseres Landes falsch läuft.

Ja, auch bei uns ist der Gedanke einer Systemänderung stets präsent, aber er lässt sich kanalisieren, indem wir uns Gedanken über eine neue Verfassung machen.

Und hier unser Vorschlag: Lasst uns endlich den Art. 146 des GG umsetzen und der BRD eine Verfassung geben, die vom Volk durch Volksentscheide ausgearbeitet, durch Volksentscheid beschlossen wird, allen gesellschaftlichen Schichten ein würdiges Leben ermöglicht und beispielgebend für andere Völker sein kann. Dann zeichnet sich hoffentlich ab, wie ein neues System aussehen sollte.

Wir können das erreichen, in dem stets die Vollendung des GG und eine neue Verfassung in allen kritischen Veröffentlichungen gefordert wird, um so einen höchsten Druck auf alle regierenden Politiker auszuüben, bis ein öffentlich anerkanntes Gremium mit der Ausarbeitung beginnt.

Mit freundlichen Grüßen im Namen der Greifswalder „Aufsteher“

Lutz Knabel

.....

Sehr geehrte Redaktion der NDS,

ein charakteristisches Merkmal unserer aktuellen Gesellschaft dürfte die stetig sich vertiefende Einheit von Oberflächlichkeit und Aktionismus darstellen. Es zeigt sich immer und immer wieder, dass bei der Angabe von Ursachen politischer oder wirtschaftlicher Ereignisse gemauert wird oder Nebelkerzen gesetzt werden. Untrennbar damit verbunden ist die ständige Bastelei an Auswirkungen gesellschaftlicher Realitäten. Dabei bedient man sich schlicht und ergreifend irgendwelcher Denkfabriken, bzw. sogenannter Fachexperten, die bezeichnender Weise und rein "zufällig" immer von der Politik oder kapitalstarken Entscheidungsträgern finanziert werden. Ein Umstand, der von vornherein Zweifel an einem demokratischen Agieren auslöst. Gerade bei drohenden gesellschaftlichen Diskussionen mit der Gefahr unerwünschter Ergebnisse lenkt die Politik ab oder versucht Nebengleise zu benutzen, man schreckt aber auch nicht vor derben Lügen bzw. der hinterhältigsten Lüge, die Auslassung (Simone de Beauvoir) zurück. Auch die irreführende verkürzte Darstellungen von Ereignissen gehört in den ideologischen Werkzeugkasten der Machthabenden mit ihrer Fachexperteneskorte. Damit sind wir bei dem inhaltlichen Existenzboden der Nachdenkenseiten angekommen.

Der Aufschrei nach einem "Systemwechsel" kommt in der Tat einer wenig konkreten aber umso mehr phrasenhaften Forderung sehr nahe. Prinzipiell sehe ich die Wirkung des stark verwandten Aufschreis, "wann lernen denn endlich die Menschen" als identisch an. Interessanterweise hört man oft letzteren Aufschrei aus dem Munde allseits bekannter und renommierter Politiker oder Wissenschaftler. Kunststück, dieser Aufschrei ist ja so herrlich substanzlos und verpflichtet zu nichts.

Man sollte sich auch vor Augen halten, dass es selbst Marx ablehnte ein alternatives Gesellschaftsmodell zu beschreiben oder gar zu formulieren. Dies widerspricht in keiner Weise seiner festen Meinung, dass die kapitalistische Gesellschaftsordnung niemals die finale Stufe der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft ist. Es bedarf schon noch einiger zusätzlicher neuer Entwicklungsergebnisse bis eine neue Qualität herangereift ist. Ich sehe aktuell jedenfalls keinen auch phrasenhaft eingebildeten Systemwechsel zu einem anderen Gesellschaftsmodell auf der Tagesordnung stehen.

Eingedenk der gegenwärtigen Entwicklungen kann ich mir wahrlich nicht vorstellen, wie man real wirksam solche globalen Probleme wie zum Beispiel

- Klima- und Ressourcenschutz,
- gleichmäßige gesellschaftliche Entwicklungen, die im Problem arm und reich kulminieren,
- die Verhinderung häufiger lokaler Kriege

und andere mehr unter den Bedingungen der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse lösen will. Man denke nur an die gegenwärtige Arbeitskräftelage oder - etwas umfassender - an die demografische Entwicklung nicht nur in Deutschland.

Es bleibt dabei, unserer gegenwärtige Gesellschaft gestattet nur ein Denken und Handeln von der Hand in den Mund, garniert mit allen unmöglichen Zutaten der Meinungsmanipulation.

Deshalb ein weiter so an die Nachdenkenseiten und beharrlich ideologische Manipulationen aufdecken und anprangern. Alles andere gehört in das

nebulöse Reich des Wunschdenkens.

MfG
Manfred Heyn
Schwedt

.....

Sehr geehrte Damen und Herren,

eine kurze Anmerkung zu einer Systemänderung.

Wenn es eine freiwillige Änderung (also nicht ökologische, oder anders äußerlich Erzwungen) ist, dann kann das nur einen Wechsel im Geist stattfinden. Der Geist muß sich wandeln, das kann er durch Zwang, wenig nachhaltig oder durch Einsicht. Für Einsicht ist ein gewisses Bildungsniveau und/oder Lebenserfahrung notwendig.

Ich kenne das von mir, bis ich eingesehen habe mich zu ändern, weil ich die ganz Welt nicht ändern kann, nur mich, das hat lange gedauert, ist aber für mich eine wesentlich Einsicht. Dann erst, wenn viele Menschen sich ändern kann es im Kollektiv einen wirklichen Wandel geben. Geschieht es durch äußere Zwänge, findet der Mensch nicht zur Einsicht und die Kulturgeschichte wird sich einfach nach einiger Zeit wiederholen.

mit freundlichen Grüße Stefan wellenhöfer

.....

Liebe Leute,
Kapitalismus gehört nicht abgeschafft sondern transformiert - weiter entwickelt... mit lebensräftigerer Zielsetzung statt Gewinnmaximierung...
Z.B Christan Felbers Gemeinwohlökonomie...
zur Geld-Bilanz wird der Beitrag der Unternehmung zum Leben, zu Mutter Erde, Gemeinwohl, usw. gemessen. Das machen schon etliche Unternehmen sehr erfolgreich...
Geld als Mittel zum Zweck - wie Blut im Kreislauf - nicht um Geld-Reichtümer anzuhäufen...
LG
Wolfgang

*** Was ist, darf sein. Was sein darf, kann sich verändern. ***

.....

Doris Manner, Stuttgart

Liebes Nachdenkseiten-Team!

Es ist doch eigentlich ganz einfach - im Grunde hat ja Karl-Marx schon alles dargelegt. Aber wir sind so weit entfernt davon, daß man sich nicht vorstellen kann, wie das erreicht werden soll. Da es so utopisch ist, geben sich unsere Politiker mit klein, klein zufrieden. - Es sei nicht anders machbar!

Es ist nicht von heute auf morgen machbar, aber wenn man lange genug ein Ziel anpeilt und darauf zugeht, dann wird man es auch erreichen. Man muß sich also Ziele setzen, selbst wenn sie im Augenblick utopisch erscheinen.

Man muß sie zumindest einmal formulieren und damit zeigen, was einem richtig und wichtig erscheint, und man muß es - möglichst als Partei - auch begründen, weshalb.

I. Ziel: Kein privater Besitz an Grund und Boden! - Stattdessen Erbpacht.
II. Kein privates Eigentum an Bodenschätzen.
III. Kein privates Eigentum an Produktions-Stätten, mit z.B. mehr als 4 Arbeitskräften (also Handwerksbetrieben etc.)
IV. Alle Aktivitäten sollen dem Gemeinwohl dienen, wobei unter Gemeinwohl auch der Erhalt der Natur und das Tierwohl inbegriffen sind.
V. Alle Personen ab 16 Jahren sollten die Möglichkeiten haben, durch Volksentscheide die Regierung zu kontrollieren und u.U. auch zu korrigieren.
VI. Erhalt der Natur muß oberste Priorität haben vor Eigennutz, d.h. man wird nicht alles anstreben, was machbar ist, wenn Technologien, wie Straßenbau die Landschaft zerstören, stattdessen wird man den Öffentlichen Verkehr ausbauen.
VII. Überall in den Verwaltungen wurde an Experten gespart, stattdessen wurden teure private Experten beschäftigt, deren Interesse zuletzt dem Gemeinwohl diene. Hier muß gänzlich umgedacht werden. Was in einem Staat geschieht, sollte einerseits jederzeit vom Volk kontrolliert werden können, andererseits müssen in den Verwaltungen Experten aus verschiedenen Richtungen sein, die Entwicklungen im Blick haben, auch fehlerhafte, und sie notfalls korrigieren, wie z.B. zu viel anfallender Müll durch Verpackung oder irrsinnige Entwicklungen wie z.B. daß man aus Deutschland landwirtschaftliche Produkte nach China oder Afrika liefert, etc.
VIII. Das ganze Schulsystem müßte reformiert werden, weitgehend auf freiwillige Basis. Wer ohne Zwang lernt und nur das, was ihn interessiert, lernt in der halben Zeit. Das wäre sehr einfach mit einem Kurssystem zu machen. Das Alter ist unwichtig, entscheidend ist das Interesse und das Vorwissen, das man durch vorhergehende Kurse erworben hat.
Je nach Absolvierung der verschiedenen Kurse hat man am Ende den Hauptschul-Abschluß erreicht, die Mittlere Reife oder das Abitur, jeder in seiner persönlichen Gangart. Je nach den entsprechenden Abschlüssen sollte der Staat dann eine Handwerkslehre garantieren, eine weiterführende Schule oder einen Studienplatz. - Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren machen zumeist eine schwierige Entwicklung durch. Man sollte ihnen in dieser Zeit die Möglichkeit lassen, daß sie ihren Neigungen nachgehen, evt. Geld verdienen, und wenn das Interesse am Unterricht wieder da ist, das Lernen fortsetzen können. Das Wichtigste, was in der Schule gelernt werden sollte, ist neben dem Allgemeinwissen, Sprachen, Mathematik, Kultur und Sport soziales Verhalten. - Eine solche Jugend, deren Freiheit und persönliche Eigenart geachtet und gefördert wurde, wird den Weg in eine bessere Zukunft finden und sich nicht mehr manipulieren lassen wie ihre Eltern, die durch jahrelangen Schulzwang von jung an zum Gehorsam gegenüber der Obrigkeit gedrillt wurden.

Einer solchen Jugend kann man die weitere Entwicklung überlassen. Aber, diejenigen, die heute den Lauf der Dinge bestimmen (sollten), müssen sich schon mal klare Ziele stecken, und wenn sie noch so weit entfernt sind, sonst laufen sie weiterhin mit Trippelschritten im Kreise herum - "Wir haben viel erreicht, mehr war nicht drin - wir wollen ja an der Regierung bleiben....."

Mit freundlichen Grüßen Doris Manner

.....
Sehr geehrter Herr Müller,

hier ein Beitrag eines ihrer dankbaren Leser und Unterstützer.

Mit freundlichen Grüßen

Jörg Pliquett

Staat der Zukunft

Grundsätzlich sollte es möglich sein, den Staatsaufbau durch Mehrheitsbeschluss zu ändern. Dazu wäre es in erster Linie notwendig, eine Basisdemokratie nach Schweizer Vorbild einzuführen. Diese ist nicht fehlerfrei, jedoch die einzige Demokratieform, in der das Volk echtes Stimmrecht hat. Man könnte schweizer Staatsrechtler als Berater einladen. Das Buch „Das politische System der Schweiz“ von Adrian Vatter ist ebenfalls eine gute Referenz.

Eine Änderung des Wirtschaftssystems und eines Teils der Eigentumsverhältnisse ist zwingend erforderlich, da der Ist- Zustand keine Veränderung zulässt, solange die Politik von der Geldelite vor sich hergetrieben wird.

Wie sollte der Staat und die Gesellschaft, sowie das dazu gehörige Wirtschaftssystem aussehen?
Staat:

- Zulassen von Volksbefragungen
- Öffentlicher Zugang zu allen relevanten Dokumenten, wie auf „ Democracy_live“ (App)
- „ Democracy_live“ wäre geeignet, Volksbefragungen in kürzester Zeit durchzuführen
- Zwingende und bindende Volksabstimmung zu Rüstungsbeschaffung und Kriegseinsätzen, da dies jeden Krieg, der von Deutschland ausgeht, verhindert. (kein Volk hat jemals für einen Krieg gegen ein anderes Volk gestimmt)
- Restriktiver Zugang von Lobby- Vertretern zum Parlament (zwingende Transparenz über Gespräche und deren Inhalte)
- Besetzung von Ministerposten mit qualifizierten Fachleuten.
- Wiederaufbau bzw. Rückgewinnung von eigener Expertise innerhalb des staatlichen Verwaltungsapparates. (Externe Berater sind nur in Ausnahmefällen zuzulassen)
- Abstimmung über eine Verfassung, welche von einer Verfassungsgebenden Versammlung unter Mitwirkung der Bürger erstellt wurde.
- Wiedereinführung der Souveränität des eigenen Staates bei Themen, die den inneren Zusammenhalt betreffen, also Einschränkung der Macht der EU- Kommission, die niemand gewählt hat. Somit hat sie kein Mandat, in die Innenpolitik der Mitgliedsländer hinein zu regieren.
- Wiedereinführung der Wehrpflicht und Abschaffung der Söldnerarmee, bei gleichzeitig drastischer Verkleinerung und Beschränkung der Aktivitäten auf das Territorium der BRD.

Kommunalwesen:

- Enteignung des Grund und Bodens gegen Entschädigung (Nicht für bestehende Eigenheimgrundstücke, denn hier ist Bestandsschutz praktikabler)
- Ausschließlich rechtssichere Pacht von Gemeinschaftsgrund. Zuführung der Pachteinahmen in die Gemeindekassen
- Rückführung aller landwirtschaftlichen Nutzflächen in Gemeinschaftsbesitz (kommunal/ genossenschaftlich), notfalls Enteignung mit Entschädigung
- Zinslose Kreditvergabe durch die KfW an Gemeinden zum Zahlen der Entschädigungen
- Umfangreicher Ausbau kommunalen Wohnraums unter Kommunalverwaltung (Eigenbetrieb)
- Gesamte Infrastruktur der Kommunen in kommunaler Hand und Verwaltung im Eigenbetrieb. Dazu zählen: Wasserversorgung, Abwasserbehandlung, Energieversorgung (bei kleinen Gemeinden im Gemeindeverband) , Strassen innerhalb der Gemeinde (verbands)- Gemarkung, Sozialeinrichtungen, Schulen, Kitas und Kultureinrichtungen (Theater, Konzerthäuser, Jugendclubs), Krankenhäuser, Polikliniken (Ärztehäuser, Landärzte) . Alle Dinge, die zum menschenwürdigen Leben aller Gemeindemitglieder gehören, sind in kommunaler Hand/ Staatshand zu behalten
- Betreuungsnetz und Infrastruktur für Kinderbetreuung in den Gemeinden, um eine wirkliche Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei vorhandenem Arbeitswillen zu gewährleisten. Im anderen Falle verlieren wir als Gesellschaft unbezahlbare Expertise durch „ Diplomhausfrauen“

- Dezentrale Energieversorgung unter Beibehaltung des Verbundnetzes. Die beinhaltet Gas, Wind, Wasser, Solar, Wasserkraft und alle Energieträger, die sich als vernünftig in Zukunft oder als notwendige Brückentechnologie herausstellen.
- Änderung der Gemeindefinanzierung, um diese umfangreichen Aufgaben erfüllen zu können

Einrichtungen in Staatshand:

- Schulen, Hochschulen, Universitäten, damit eine unabhängige Bildung vermittelt werden kann, die sich daran orientiert, was die nachwachsende Generation können muss, um die Zukunft gestalten zu können. Weiterhin muss ergebnisoffene Forschung möglich sein, die sich nicht an der aktuellen Politik orientiert und wunschgemäße Ergebnisse publiziert.
- Kostenfreiheit für Ausbildungen (Hoch-, Fach-, Berufsschulen mit Aufnahmeprüfungen, um einen Erfolg weitgehend zu garantieren und unabhängig von der wirtschaftlichen Situation der Eltern Zugang für alle, die über die notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten verfügen, zu ermöglichen)
- Studentenwohnheime mit bezahlbaren Kosten
- Rüstungsindustrie (im Idealfall komplette Abschaffung einer solchen)
- Polizei/ Armee
- Finanzverwaltung
- Justiz (inklusive Vollzugsanstalten)
- Verwaltungs- und Verfassungsgericht
- Infrastruktur (Telekommunikation, Internet, Fernstraßennetz, Eisenbahn (Netz und Betrieb), Luftverkehr (nur Flughäfen und deren Betrieb)
- Keine PPP ..ÖPP.. (Privat public partnership), da diese grundsätzlich nachteilig für die Gemeinschaft sind
- ÖPNV in Form von Bürgertickets in Verkehrsverbänden und bezahlbare Tarife im Fernverkehr. (Jahreskarten, Netzkarten, etc.) Bahnfahren muß auch für Paare und Familien preiswerter als Auto sein.
- Hochwasser- und Küstenschutz
- Pharmaforschung mit anschließender Lizenzvergabe an Produzenten, um die Kosten der Gesundheitsversorgung in den Griff zu bekommen und notwendige Forschungen und Entwicklungen zu befördern, die im Sinne der Bevölkerung sind.
- Spezialkrankenhäuser (Neurochirurgie, Augenkliniken, Unfallkliniken, Kinderkliniken (einschließlich Chirurgie) , grundsätzlich all das, was in Kommunalbesitz nicht finanzierbar oder sinnvoll ist
- Versicherungsübernahme für freiberufliche Hebammen (absolut notwendiges Angebot besonders im ländlichen Raum)
- Eine Krankenkasse für alle, die alle medizinisch notwendigen und sinnvollen Behandlungen und Klinikaufenthalte abdeckt. Wer zusätzliche, medizinisch nicht notwendige Dinge, wie Einzelzimmer, Chefarztbehandlung, etc. möchte, kann eine private Zusatzversicherung abschließen)
- Förderung der Forschung zu Energieversorgung und Mobilität...H2, Gas etc. (ergebnisoffen, staatlich finanziert, um die Kapital- und Lobbyinteressen auszuschließen)

Steuern:

- Vereinfachung des Steuersystems, Schließung von Schlupflöchern für Steuerhinterzieher
- Wiedereinführung der Vermögenssteuer mit Freibetrag für Eigenheimbesitzer (angemessener Betrag für einen Familienwohnsitz, keine Villen)
- Sonderlösung für Betriebsvermögen bei Mittelständlern und Personengesellschaften (Trennung von Privat- und Betriebsvermögen)
- Verbot der Steuerminderung durch ausländische Verluste

- Steuerermäßigung für Familien unter Berücksichtigung der wahren Lebensumstände. Es sollte die Anzahl der Kinder ausschlaggebend sein und nicht der Trauschein, da nicht verheiratete Paare ebenfalls für einander einstehen müssen.
- Gleichbehandlung unverheirateter und verheirateter Paare bei der Erbschaftssteuer oder eine Einführung von Partnerschaftsverträgen wie in Frankreich.
- Hohe Besteuerung von leistungslosem Einkommen

Wirtschaft/ Industrie/Finanzen:

- Überführung großer Konzerne und Firmen in Stiftungen zugunsten der Firma. So wird gewährleistet, dass Betriebsvermögen nicht an Anteilseigner ausgeschüttet wird und so der Innovation nicht mehr zur Verfügung steht. Ein Kauf der Firmen durch die Mitarbeiter ist ebenfalls eine gute Option. (wie Huawei) . Zahlungen nur an mitarbeitende Anteilseigner in Form von Gehalt.
- Vergabe günstiger Kredite an die produzierende Wirtschaft. (Realwirtschaft)
- Verhinderung feindlicher Übernahmen, da dies bei Stiftungen nicht möglich ist
- Qualitativ hochwertige Ausbildung eigener Fachkräfte in allen notwendigen Branchen, wie es früher üblich war und für eine Identifikation mit dem Unternehmen gesorgt hat. Diese Herangehensweise machte den ressourcenarmen Staat Deutschland wirtschaftlich stark.
- Wiedereinführung der Sozialen Marktwirtschaft durch Brechen der Macht der Finanzeliten und Großkonzerne (Geht nur in einer Basisdemokratie)
- Verbot von Finanzspekulationen mit „ Innovativen Produkten“ , da diese uferlosen Spekulationen keinerlei Nutzen für die Bevölkerung bringen, sondern sogar ganze Volkswirtschaften in Schwierigkeiten bringen oder diese gar vernichten können.
- Verbot der Spekulation mit Kundengeldern (Geschäftsbanken)
- Auskömmliche Mindestbezahlung für Vollzeit, dies gilt besonders für die sozialen Berufe, auf die die gesamte Gesellschaft angewiesen ist.
- Verbot von Konsumkrediten/ Teilzahlungen, außer selbstgenutzten Immobilien.
- Kreditwesen in Staatshand (KfW)
- Förderung der Klein- und Mittelbetriebe in Privathand (Innovationsförderung und Eigeninitiative)
- Verbot von Scheinselbstständigkeit
- Signifikante Verringerung der Militärausgaben durch Wiedereinführung der Wehrpflicht/ Sozialdienst und Reduzierung der Truppenstärke. Beschaffung von Ausrüstung, die den tatsächlichen Aufgaben entspricht. Die Verringerung von Militärausgaben kann einen nennenswerten Anteil der höheren Ausgaben für ÖPNV, Renten, Gesundheitswesen und Kultur decken.

Verkehr/Infrastruktur/Umweltschutz:

- Ausbau des Schienen- und Wassertransportes von Gütern, Reduzierung des LKW- Verkehrs.
- Ausbau des Hochgeschwindigkeitsnetzes (bevorzugt europaweite Kooperation) der Bahn.
- Stopp der Biogasanlagen, für deren Betrieb extra Pflanzen angebaut werden.
- Verbot von Biosprit.
- Ausbau der Fahrradinfrastruktur in Ballungsräumen, schrittweiser Rückbau der Autoinfrastruktur in den Innenstädten (Parkmöglichkeiten) bei vorherigem Ausbau des ÖPNV mit Bürgerticket.
- Maut für Einfahrt in Innenstädte und teures Parken. (Ausnahmen für Anwohner und Alte/ Kranke/ Behinderte)
- Aufbau tragfähiger Antriebsalternativen VOR Abbau der existierenden Technik. Bewertung der Umweltverträglichkeit der verschiedenen Varianten, (Von der Rohstoffförderung bis zur Nutzung) unter Berücksichtigung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse.

- Rückkehr von Verstand und Wissen in die Debatte um Zukunftstechnologien und Diskussionen über Wissenschaft und Technik
- Volksbefragung bei großen Infrastrukturmaßnahmen (Wie in der Schweiz die Befragung der Bevölkerung der Kantone, die die NEAT bezahlen sollten) unter Angabe der tatsächlich zu erwartenden Kosten und des Nutzens für die Gemeinschaft. Nach Zustimmung muss eine rechtssichere Baugenehmigung erteilt werden
- Förderung der Forschungen zur Entwicklung tragfähiger und ökologisch sinnvoller Alternativen zur Verbrennung von Öl und Gas. Ziel muss langfristig die Unabhängigkeit von Energieträgern sein, die importiert werden müssen. Dies beendet die mörderischen Ressourcenkriege.

Kultur/Bildung/Sozial:

- Freier Eintritt in staatliche Museen
- Bezahlbare Tickets (für alle Bürger) für Theater, Konzert etc. , so dass nur das Interesse und nicht der Geldbeutel entscheidend ist, ob man sich Kulturteilhabe leisten kann oder nicht. Das gilt besonders für Familien, da Kinder klassische Kultur kennenlernen müssen, um sie eventuell schätzen zu lernen. (wie in der DDR)
- Naturwissenschaftlich orientierte Schulbildung mit außerschulischer Förderung besonders interessierter Schüler. (ähnlich der Schülerakademie in der DDR, die es in den meisten, wenn nicht allen Universitätsstädten gab und kostenlos war, da die Vortragenden dies ehrenamtlich taten)
- Gemeinsames Lernen bis zur 8. oder gar 10. Klasse. Der Nutzen für Gesellschaft und Jugend ist groß.
- Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems. (Stärkung der Sonderpädagogik für die Schüler, die einem normalen Unterricht nicht folgen können)
- Orientierung am skandinavischen Schulsystem, also dem der DDR, da dies die Vorlage war und gut funktionierte. (politisch motivierte Unzulänglichkeiten und Lehrinhalte in Gesellschaftswissenschaften sind hier nicht gemeint)
- Auskömmliche staatliche Rente mit Umlageverfahren und Differenzzahlung aus Steuermitteln. (Einsparung bei Rüstung und Militär)
- Gemeinsame Rentenkasse für alle Bürger. Einzahlung auch durch Beamte und Abgeordnete. Freiwillige Zusatzversicherungen sind dann Privatsache. Die Staatliche Rente muss auskömmlich sein, wenn man ein Leben lang gearbeitet hat.

Außenbeziehungen/ Position in der Welt des 21.Jh.

- Austritt aus der NATO, da diese ein reines Destabilisierungs- und Zerstörungsinstrument im Auftrag der Finanzeliten geworden ist. Eine militärische Bedrohung ist nicht vorhanden und der Warschauer Vertrag existiert seit 30 Jahren nicht mehr. Niemand bedroht uns, am wenigsten Russland.
- Stopp aller Aktivitäten zum Sturz fremder (oftmals frei gewählter) Regierungen und Destabilisierung der Staaten, die sich dem neoliberalen Konzept nicht unterwerfen wollen oder die Ausplünderung ihrer Länder durch die internationale Finanzelite im Interesse ihrer Bevölkerung ablehnen.
- Orientierung an einer multipolaren Welt, die auf Macht- und Interessenausgleich ausgerichtet ist und auf Kooperation und nicht Aggression baut. (BRICS, Shanghaier Organisation, Neue Seidenstrasse, etc.)
- Stopp aller illegalen Kriege, an denen wir aktuell beteiligt sind
- Stopp aller illegalen, menschenrechtswidrigen Sanktionen gegen Staaten und Bevölkerungen, die uns weder bedroht, noch jemals angegriffen haben.
- Aufbau vernünftiger Arbeitsbeziehungen zu allen Staaten dieser Welt.

- Ende des Kalten Krieges gegen Russland
- Rückkehr zu den Regeln der Diplomatie und Vertragstreue.
- Entfernung der Besatzungstruppen und US- Geheimdienststellen aus Deutschland.
- Entfernung der Nuklearwaffen aus Deutschland
- Besetzung der Position des Außenministers mit einem fähigen Karrierediplomaten.
- Einstellung der Unterwerfung unter extraterritoriale Sanktionen der USA, die nur der wirtschaftlichen Vernichtung von Konkurrenten der US- Industrie dienen.
- Partnerschaft zum gegenseitigen Nutzen mit China und Russland
- Stopp aller beweislosen, in Deutschland strafbewehrten, Beschuldigungen gegenüber fremden Staaten oder Personen.
- Grundsätzliches Bekenntnis zur internationalen Kooperation und Einhaltung der UN- Charta.

Medien:

- Abo- Finanzierung der Medien
- Tatsächlich unabhängige Kontrolle der Staatsmedien durch einen Rundfunkrat, der seiner Aufgabe gerecht wird.
- Stopp der faktischen Zensur alternativer Medien. Die Akzeptanz sollte sich in Abo- Zahlen und nicht im Wikipedia- Eintrag ausdrücken.
- Zulassung auch differenzierter Sichtweisen zum gleichen Thema.

Diese Gedanken sind grundsätzlich nur in einer Basisdemokratie umsetzbar, da nur sie in der Lage ist, der Finanzelite zu trotzen. Ohne eine Änderung der Besitzverhältnisse und dem Bruch der politischen Macht seitens der Industrie und Finanzwirtschaft (auch „ Too big to fail“, was Erpressung zu Lasten der Bevölkerung gleichkommt) wird es nicht gehen. Gelingt es nicht, ist der 3.WK sicher.

Mit freundlichen Grüßen
Jörg Pliquett

.....

Sehr geehrte Redaktion der Nachdenkseiten,

gravierende Systemänderungen sind Ausnahmesituationen in der Geschichte vorbehalten. Um den europäischen, von Deutschland vorangetriebenen, die Gesellschaften zerstörenden Irrweg zu verlassen, genügt es m. E., uns auf die gut formulierten, aber nie ernsthaft realisierten Grundsätze unseres Gemeinwesens zu besinnen und diese zu verwirklichen. Ich beschränke mich auf zwei von Ihnen: Die Gewaltenteilung und den Rechtsstaat. Wenn es gelingt, dass die aktuelle Situation von einem erheblichen Teil der Gesellschaft als Fassade erkannt wird, sollte das als Basis für weitergehende Veränderungen in einem friedlichen Rahmen ausreichen.

Die westeuropäische Demokratie wurde entwickelt, um alle Bevölkerungsteile einer definierten Gesellschaft oder innerhalb eines Staates an der Machtausübung zu beteiligen und Machtmissbrauch zumindest zeitlich zu begrenzen. Der Gedanke ich richtig. In Form der „Parteiendemokratie“ ist die Demokratie jedoch gescheitert.

Das „Spitzenpersonal“ deutscher Parteien kommt i. d. R. über Klassensprecherniveau nicht mehr hinaus. Kompetenz und Integrität sind Ausschlusskriterien für politische Führungspositionen. Kompetenz wird nur toleriert, wenn die Personalie die charakterlichen Merkmale einer/s Mafia-Chef/s/in aufweist.

Aufgrund dieser Einschätzung teile ich die Wünsche nach einem „Systemwechsel“.

An der Demokratie zur zeitlichen Begrenzung der „Macht“ und der, wenn auch geringen, Chance zur Teilhabe weniger privilegierter Teile der Gesellschaft, halte ich mangels einer Alternative fest.

Mein Vorschlag zielt darauf, das System der politischen Machtzuteilung zu verändern und den Einfluss derzeit dominierender Minderheiten zu reduzieren:

Der / die Bundeskanzler/in und Ministerpräsident/innen dürfen Angehörige einer im Parlament vertretenen Partei sein. Er / sie werden von den Parlamenten gewählt. Er / sie selbst dürfen nicht Angehörige/r des Parlaments sein oder verlieren mit Annahme des Amtes die Parlamentszugehörigkeit. Für die Dauer der Amtszeit genießen sie für ihre amtlichen Aktivitäten Immunität.

Zur Regierungsbildung soll er / sie Kandidaten für die Ministerämter vorschlagen. Grundlage der Vorschläge ist die Struktur des Kabinetts und damit der Ministerien, die er / sie festlegt.

Berufungskommissionen treffen die Entscheidung über die Berufung (hier ist mein Vorschlag noch nicht zu Ende gedacht; hier liegt mglw. ein Schwachpunkt, insbesondere bezüglich der Abhängigkeiten (Korruption) der Kommissionsmitglieder). Mir schweben Berufungskommissionen vor, wie sie an Hochschulen für die Besetzung der Lehrstühle üblich sind. "Zur Not" wäre auch die Methode "EU-Kommission - EU-Parlament" zu akzeptieren.

Vorgeschlagen für die Ministerämter dürfen nur Kandidat/innen werden, die in den 10 Jahren vor dem Vorschlag nicht Mitglieder einer politischen Partei waren. Der abzulegende Diensteid beinhaltet den Verzicht auf jede Beziehung zu vorhergehenden wirtschaftlichen Abhängigkeiten (noch unscharf formuliert). Die Rückkehr in das dem Amt vorhergehende berufliche Umfeld unterliegt dem Verbot der Verbindungsaufnahme zur aktuellen Regierung. Verstöße unterliegen einer spürbaren Strafandrohung.

Auch die Minister/innen genießen Immunität für die Dauer ihrer Amtszeit, um die Leistungsfähigkeit des/r Amtsinhaber/s/in nicht zu beeinträchtigen. Die Amtszeit ist auf zwei Wahlperioden beschränkt.

Die Regierung/en dürfen sich nur des Sachverstandes und der Kompetenz von dem Gemeinwesen in einem dauerhaften Treueverhältnis verpflichteten Personen bedienen.

Bundeskanzler/in, Ministerpräsident/innen und Minister dürfen darüber hinaus einen persönlichen Assistenten (max. Besoldungsstufe A 16 (vergleichbar)), eine/n Staatssekretär/in und eine/n Bürosachbearbeiter/in ihrer Wahl einsetzen. Angehörige der öffentlichen Verwaltung (dies schließt Polizei, Militär und andere "Sicherheitskräfte" ein) dürfen nicht Angehörige einer politischen Partei sein.

Die mglw. in Ausnahmefällen unvermeidbare Hinzuziehung von externen Beratern / „Experten“ muss vom fachlich zuständigen Parlamentsausschuss in öffentlicher Sitzung mehrheitlich beschlossen werden. Parteimitglieder und von dem Sachverhalt persönlich und/oder wirtschaftlich betroffene Personen sind hiervon ausgeschlossen.

Beziehungen und Kontakte von Regierungs- und Parlamentsangehörigen zu Vertretern gesellschaftlicher Einzelinteressen unterliegen der Kontrolle eines Parlamentarischen Disziplinarausschusses. Der Disziplinarausschuss ist zur Verhängung von Sanktionen ermächtigt. Diese unterliegen nicht dem Immunitätsgebot.

Verstöße von Verwaltungsmitarbeitern und "Lobbyisten" sind dem allg. Strafrecht zu unterwerfen.

Für die Federführung bei strafrechtlichen Ermittlungen werden unabhängige Ermittlungsrichter eingesetzt. Die Staatsanwälte werden bezüglich ihrer Ermittlungsarbeit deren Weisung unterstellt. Regierungsbehörden wird die Einflussnahme auf Ermittlungen mit Strafandrohung untersagt. In diesem Fall ist die Immunität aufgehoben. Die Bundesanwaltschaft ist hiervon nicht ausgenommen.

Richterwahlausschüssen dürfen keine Parteimitglieder (10 Jahresfrist) angehören. Richter dürfen keiner politischen Partei angehören und während der letzten 10 Jahre keine Regierungs- und Parlamentsämter innegehabt haben. Das BVerfG ist hiervon nicht ausgenommen.

Die Wirkung politischen Handelns und politischer Entscheidungen sind an den Geboten des Gemeinwohls zu messen. Grob fahrlässige oder vorsätzliche Verstöße verpflichten zum Schadensersatz bis zur Höhe aller Einkommen (auch ausländischer) bis Lebensende und des Vermögens (eingeschlossen Vermögensverschiebungen seit Amtsantritt).

Da die Immunität mit der Amtszeit endet, greifen danach die Bestimmungen des Zivil- und Strafrechts für Entscheidungen während der Amtszeit.

Drängt sich Familie Hohenzollern als Studienobjekt nicht geradezu auf?

Advent ist die Zeit der Träumer:

Die Eigentumsverhältnisse der kommerziellen Medien sind im Sinne der Vielfalt und Medienfreiheit zu regeln. Die Konzentration in Konzernen ist zu entflechten. Die Vorgabe von „Leitlinien“ und / oder Sprachregelungen ist unter Strafe zu stellen (auch in den öffentlich-rechtlichen Medien).

Herzlichen Dank für Ihre Arbeit!

Mit freundlichen Grüßen
Manfred Kürzer

.....
Liebe Nachdenkseiten, liebe Mitmenschen,

da ich schon seit einigen Jahren die Systemfrage stelle, habe ich mir auch schon einige Gedanken gemacht.

Ich danke Ihnen, dass sie mir die Gelegenheit geben, diese auch mal zu formulieren.

In meinen Augen ist dieses derzeitige, neoliberale System am Ende.

Dabei betrachte ich neben dem System des Wirtschaftens auch das Zins- und Zinseszinsssystem.

Denn es führt einzig dazu, eine kleine Minderheit zu bereichern und unseren schönen Heimatplaneten auszubeuten und zu zerstören.

Wenn das jetzige System zusammenbricht, brauchen wir einen Mechanismus, der sofort sämtliche Preise und Wechselkurse einfriert.

Banken, Versicherungen, Wohnungskonzerne, Energiekonzerne, Lebensmittelproduktion (sämtliches, was für den täglichen Bedarf von Nöten ist), wird sofort unter Staatliche Kontrolle gestellt. Hedgefonds werden vom Markt abgeschnitten. Es gibt keinerlei Rettungsmaßnahmen für Banken / Unternehmen.

Sollten Betriebe dabei sein, die der Daseinsvorsorge dienen, werden sie umgehend verstaatlicht.

§1: Die Würde aller Menschen, aller Tiere und das des Heimatplaneten Erde ist unantastbar. Jegliches Handeln ist hierauf auszurichten.

So stelle ich mir den §1 einer neuen Weltverfassung vor.

Die Menschheit sehe ich als „eine“, in allen Belangen gleichgestellte, Menschheitsfamilie an. Unser Streben wird sein, uns zu verbessern. Im Einklang mit der Natur zu leben, in Frieden.

Die Dinge, die wir zum täglichen Leben benötigen, unterliegen dem Prozess der Wiederverwertung. Es wird danach gestrebt, die längste mögliche Lebensdauer zu erreichen.

Alles was möglich ist in den Regionen zu produzieren, soll dort produziert werden. Für Notsituationen werden Nahrungsmittelspeicher errichtet, aus denen sich auch benachbarte Gemeinden / Länder/ Kontinente bedienen können.

Die Produktionszentren der Erde sind dort errichtet, wo es auch die Rohstoffe gibt und von dort aus in die Welt verteilt.

Dabei stelle ich mir ein Röhrensystem vor, welches mit Unterdruck funktioniert.

Für die lange Zukunft stelle ich mir ein System ohne Geld vor. Dies wird athock jedoch kaum möglich sein umzusetzen.

Für den Übergang denke ich mir eine Art Umlaufgeld. Welches System wir dann auch verwenden sollten, möchte ich nicht festlegen, als Vorlagen könnten wir den Plan B oder das System nach Prof. Dr. Franz Hörmann ins Auge fassen.

Arbeit:

Es wird keine Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverhältnisse mehr geben.

Da wir nur noch für den „wirklichen“ Bedarf produzieren, gibt es viel weniger herkömmliche Arbeitsplätze.

In meinen Augen werden sich diejenigen schon finden, die in diesen Betrieben arbeiten möchten. Ansonsten werden Berufe wieder zur Berufung. Jeder soll sich der Tätigkeit zuwenden können, die seinen Fertigkeiten entspricht.

Kindergarten / Schule:

Kita's und Schulen wird es in der jetzigen Form nicht mehr geben, höchstens auf freiwilliger Basis. Die Kinder bleiben bis zu diesem Alter bei der Mutter, die in diesen Zeiten, sowie bis zu einem Kindesalter von etwa 16 Jahren unter besonderem Schutz steht und sich um das Wohl der Kinder kümmert.

Eine Art Bildungswesen kommt erst im Alter von etwa 7 Jahren zum tragen und ist auf etwa 4 Stunden / Tag begrenzt (es ist auf freiwilliger Basis).

Hierin ist eine Form zu wählen, wo jüngere Kinder von älteren lernen. Wo Ethik im Vordergrund steht und §1 der Weltverfassung.

Im Weiteren wird spielerisch versucht heraus zu bekommen, welche Neigungen / Fähigkeiten in jedem Kind stecken, entsprechend wird der Bildungsplan entwickelt und jedes Kind gefördert.

Sicherlich habe ich noch viel mehr Gedanken, doch das sind erst einmal die aktuell wichtigsten Punkte.

Viele Grüße aus Gladbeck

Thomas Siderczyk

.....

Ich bin froh um diese Aufforderung zum Leserbrief. Beim Lesen von Nachdenkseiten & Co. bekomme ich zunehmend das beklemmende Gefühl, dass das Bällchen von Ping zurück zu Pong geschossen werden soll. Dieses Hin und Her wirkt spaltend. Es verhindert eine dem Menschen gemäße Gesellschaftsform.

Ich habe auf dreigliederung.de interessante Texte gefunden. Die Menschen, die hinter dieser Webseite stehen, beschäftigen sich mit dem sozialen Dreigliederungsimpuls Rudolf Steiners, der vor jetzt hundert Jahren zwischen Ost und West, zwischen den Mühlsteinen Kommunismus und Kapitalismus zerrieben wurde.

Dort auf der Webseite habe ich ein pdf-Buch gefunden, in dem Verantwortungseigentum vorgestellt wird : Der Betrieb kann nicht veräußert oder vererbt werden. Er gehört den Mitarbeitern (oder in anderer Lesart niemandem). Die Mitarbeiter sind Miteigentümer solange sie Mitglied der Belegschaft sind. Sie organisieren sich selbst nach Fähigkeiten. Sie regeln auch vorausschauend die Nachfolge. Organisatorisch ist durch ein Vetorecht abgesichert, dass das Unternehmen nicht kapitalistisches Opfer werden kann. Hierzu ist anzumerken, dass dies besser dezentral geschieht. Eine zentrale Lösung ist zu anfällig für Missbrauch.

Die Kapitalgeber haben nichts in die Unternehmensführung dreinzureden.

Mit einem solchen Betrieb kann man j e t z t anfangen. Man muss nicht warten, bis jemand die Verhältnisse geändert hat.

Der Link zum pdf-Buch :

https://purpose-economy.org/content/uploads/purpose_book_de.pdf

Alfons Wirth

.....

Ausgehend von der Idee dass das derzeitige System in seiner Ausprägung nach Hobbes eine eher defektierende, egozentrische Ausprägung hat (der Mensch ist des Menschen Wolf, Sozialdarwinismus) sollte ein neues System der aktuellen Wissenschaft folgen und der real existierenden Dominanz der Kooperation Rechnung tragen.

Hierbei handelt es sich leider nicht um eine kurzfristig zu implementierende Alternative, da das menschliche Denken bereits vollständig von der auf Egoismus aufbauenden Wirtschaftsstruktur (Konkurrenz) durchseucht ist. Wünschenswert wäre ein breit angelegter Start im Schul- und Weiterbildungssystem um die Systematik der Kooperation zumindest als gültige Alternative zur Konkurrenz zu diskutieren, so dass sie im weiteren Verlauf auch in die elterliche Erziehung sickert.

Dazu parallel wäre es sinnvoll den Focus stärker auf das Erfolgsmodell Mondragon zu richten und dies in direkten Vergleich zu unseren Konzernen stellen. Dazu die zentrale Frage, warum wir in einer "Demokratie" es einfach akzeptieren täglich 8 Stunden in einer feudalistischen Struktur zu arbeiten.

Lieben Gruß

.....

Sehr geehrte NDS-Redaktion,

ich habe die ausgezeichnete Analyse des GB-Wahlergebnisses von Jens Berger kommentiert, dessen Ursache der verlogenen Propaganda der englischen und besonders der jüdischen Massenmedien zugeschrieben und eine finanzielle Entflechtung der Besitzverhältnisse daran ins Gespräch gebracht – allerdings besonders unter Hinweis auf das propagandistische Verhalten unsere halbstaatlichen Massenmedien ARD und ZDF keine echten Erfolgsaussichten prognostiziert.

Dass unsere „demokratischen Institutionen“, beginnend mit den von den Wählern nach irgend einer Methode mit der Vertretung unserer Interessen beauftragten Parlamentarier, wozu besonders die

objektiv mögliche Verhinderung von Macht-Zusammenballungen bei den Massenmedien gehören sollte nicht funktionieren, hat nicht erstmals aber endgültig das englische Wahlergebnis bewiesen!

Einkommen von ARD oder ZDF Intendanten um die 400 Tausend EURO p.a. sind ebenso wenig Garantie für objektive(re) Berichterstattung

ihrer Sendeanstalten wie staatliche Subventionen von ziemlich bankrotten Landesregierungen für Unternehmensgründungen durch in- oder ausländische Billionäre, die ganze Bundesländer samt deren Schulden aufkaufen könnten!

Zusammenfassend bleibt jedenfalls mir nur eine uralte Erkenntnis: GELD regiert die Welt!

Weil die Hoffnung bekanntlich zuletzt stirbt warte ich gespannt auf hoffnungsvoller klingende Vorschläge Anderer NDS-Leser oder der NDS-Redaktion!

Gruss

Rolf Schmid(86)

.....
Liebes NDS Team

Ein bestehendes "System" kann man nicht verbessern oder ändern in dem man wie gehabt daran herumpfuscht, nur damit es wieder einmal mehr persönlichen, wie auch Ländern, Staaten, Nationalen Interessen entspricht. Wir leben alle auf dem gleichen Planeten, den wir nicht so einfach verlassen können, um "woanders" im Universum zu leben. Das Sie die Hoffnungslosigkeit von ihren Schreibern nicht verstehen, finde ich bedenklich. Dabei ist es ganz einfach. Ihre 5 Punkte wären ein guter Anfang. Wie würde ich es also anfangen? Ich phantasie nur mal kurz hypothetisch. Dazu fange ich grob von oben bis unten an.

Mehr als drei Personen konnten sich noch nie einigen. Weg mit allen Grenzen. Zwei Weltsprachen reichen. Eine Weltregierung muß her. Ganz oben 3 Präsidenten. Jeder von ihnen hat jeweils 3 Mitarbeiter. Diese haben jeweils wieder 3 Mitarbeiter. Eine Art Pyramide die aus 42 Personen besteht. Die letzte Reihe ist die Verbindung zum Volk. 42 ist eine interessante Zahl. Schon mal gehört der Sinn des Lebens ist 42? Diese 42 Personen sollten sehr sorgfältig ausgesucht werden.

Die Reichen & Co hören auf zu existieren. Ein globaler Lebensstandard für jeden muß generiert werden. Die globale Bevölkerungsdichte darf zunächst die 5 Milliarden Grenze nicht überschreiten. Die globale Bildung ist ebenfalls standardisiert erheblich im Durchschnitt zu erhöhen. Was der Bürger will oder nicht ist solange uninteressant, bis er es begriffen hat, wie man in einer globalen Gesellschaft sich zu verhalten hat, sonst steht es ihm frei auf den Mars zu ziehen.

Der Rest ergibt sich mit der Zeit aus Wissen, Vernunft, dem Ergebnis von selbst. Die Regierung wird letzten Endes nur noch eine Berater Funktion haben, denn jeder Bürger egal welcher Fachrichtung, weiß letzten Endes was zu tun ist. Sind die notwendigen Standarte "Normal" Selbstverständlich, kann sich die Bevölkerung vergrößern. Städte auf dem Meeresboden, auf dem Mond, Mars stehen nichts im Wege. Auch begrenzte Spielereien wären wieder denkbar. Es geht um das Interesse einer ganzen Spezi eines Planeten im Einklang mit der Natur und sich selbst. Mit 100 % Recycling und all den Dingen, die heute fehlen oder totgewürgt wurden, würde es den Menschen ohne Mutationen, Kriege noch lange geben.

Ich sehe jedoch keinerlei Hoffnung, denn der Mensch ist keine Langzeit Lebensform. Seine Intelligenz, Verstand sind zu sehr begrenzt. Dazu müßte er sich selbst erheblich weiter entwickeln. Wenn Sie schon einfache Dinge nicht verstehen, kann eine bessere Welt auch nicht aus reiner Luft entstehen und damit ist die Hoffnungslosigkeit vorprogrammiert. Wir könnten alle so ein grenzenloses, tolles Leben führen. Aber wollen wir das überhaupt? Ich denke nicht, wir sind doch eher wie Schweine, die sich nur zu gerne in ihrem Dreck wälzen und damit zufrieden sind. Egal um welchem Preis, man will bloß leben. Wir reden, schreiben viel, tun aber viel zu wenig und das noch mit geringer Konsequenz und Null Rückgrat. Das ist eine Intelligenzlose Form von Masochismus. Pervers was wir leider auch lieben. Sie sehen kurz, knapp umgesetzt wird sowieso nichts oder wer will mich zu Weihnachten überraschen? Mit Sicherheit niemand. Oder wer jagt von 9 Milliarden Menschen Trump & Co zum Teufel? Auch keiner. Da haben Sie die Antwort, aber es sollen ja noch Wunder geschehen.

Haben wir, das ist ja der große Witz, aber auch das sehen Sie nicht. All die Idioten welche den Klimawandel aus Habgier füttern, zerstören, vergiften, ausrotten, helfen uns ohne es zu wissen. Sie sollten viele viele Dank Mails an all die Konzerne, Regierungen, einen dicken Kuß an Trump und all die Vollidioten schicken. Inhalt: "Danke das Sie dabei so beharrlich mithelfen, das alte System komplett zu zerstören. Dann wird endlich unser System übernehmen. Wer will uns dann noch aufhalten, wenn alles am Boden liegt? Wir machen doch gerne mit, damit Sie sich nicht überanstengen. Nach dem wir Ihre kläglichen Trümmer recycled haben, geht es los und Sie sind nur noch als ordinäre Arbeiter dabei. Also nochmals Danke." Liebe Redaktion im Grunde genommen läuft schon alles nach meinem Plan, dem Plan einer Person die aus der Zahl [42](#) einen Plan entwickelt hat. Ich erinnere mich nicht wer das war, ist auch egal. Der große Ausverkauf läuft auf Maximum. Gießen wir kräftig Öl drauf. Jeden brennenden Wald kann man wieder aufforsten, statt mühsam mit wenig Erfolg kranke Bäume zu entfernen, ersetzen. Aber das verstehen Sie jetzt auch nicht stimmts ?! Vielleicht einer ihrer Leser?

Mit freundlichen GrüÙe

Freddy [57](#)

.....

Sehr geehrte Damen und Herren,

Meine Vorschläge für ein anderes System:

- die absolute Achtung der Würde des Menschen
- höchste Priorität ist Frieden
- NATO-Austritt
- Militär ist zur reinen Verteidigungsarmee umzubauen
- Rüstungsindustrie ist weitgehend einzustampfen
- Grundbesitz wird entschädigungslos enteignet und in den Besitz der Allgemeinheit überführt
- Vermögen werden eingezogen
- Gehälter vom Management sind auf das 8-fache des niedrigsten im Unternehmen gezahlten Gehaltes zu beschränken

- Berufspolitiker sind abzuschaffen
- Parteien sind nur noch als ehrenamtlich geführte Vereine zulässig

- Religionen/Vereine finanzieren sich ausschließlich über ihre Mitglieder

- Wahlen sind abzuschaffen
- jeder Bürger nimmt an einem Losverfahren teil
 - Bürger die schon zwei Perioden hintereinander in einem Parlament saßen, werden für zwei Perioden vom Verfahren ausgeschlossen
 - mit dem Einzug ins Parlament sind die gesellschaftlichen und beruflichen Verbindungen offenzulegen
 - gilt auch für das Staatsoberhaupt
 - Fachbereiche werden von Fachleuten geführt

- Geheimhaltung vor den Bürgern wird ausgeschlossen
 - jeder Bürger hat das Recht auf Akteneinsicht
 - Dokumente werden mit ihrer Entstehung den Bürgern zugänglich gemacht
 - Geheimdienste veröffentlichen ihre Akten, bis spätestens zwei Jahre nach dem Ende der jeweiligen Aktion

- internationale Verträge müssen von den Bürgern in einer Abstimmung genehmigt werden

- Kapitalismus ist von der Marktwirtschaft zu trennen
- Spekulation mit Geld, Rohstoffen usw. ist nicht mehr zulässig
- private Banken sind entschädigungslos zu schließen und aufzulösen

- natürliche Monopole sind ein unveräußerliches Allgemeingut
 - Wasser
 - Land
 - Luft
 - Rohstoffe

- Justiz stellt die Opfer in den Mittelpunkt

Ich bin der Meinung, dass eine Veränderung der Gesellschaft nur dann möglich ist, wenn sich fundamental etwas ändert. Es macht für mich keinen Sinn von einer Systemveränderung zu sprechen, wenn sich an den Besitzverhältnissen nichts ändert. Auch ist es für mich notwendig, dass die Bürger in den gesellschaftspolitischen Alltag stärker mit eingebunden werden. Dazu gehört für mich zwingend, dass die Angst vor der Eigenverantwortung und der Verantwortung vor der Zukunft von den Bürgern überwunden wird.

Mit freundlichen Grüßen und eine schöne Zeit Ihnen und Ihren Familien wünscht

Jan Skalla



Sehr geehrte Redaktion der Nachdenkseiten,

Ihren o. g. Artikel habe ich leider erst gelesen, als ich Ihnen heute meine zwei Hinweise des Tages zugeschickt hatte.

Irgendwie hatte ich die darin von Ihnen beschriebene Debatte bisher leider nicht auf meinem ‚Radar‘, so dass mir auch der darin erwähnte Buchtitel nichts konkret sagt.

Nach einer kurzen Internetrecherche (nicht via Google!) vermute ich aber, dass Sie damit das Buch von Jens Wernicke und Dirk Pohlmann, erschienen im neu gegründeten Rubikon-Verlag meinen. Tja, nichts genaues weiß man nicht, denn Ihre Quellenangabe ist halt nur vage. Auch wünschen Sie zwar eine Debatte, aber wenn man sich zu diesen Fragen äußern möchte, dann bitte nicht in zu langen Texten.

Okay, ich weiß zwar nicht worum es konkret geht, aber dennoch fühle ich mich angesprochen, auf Ihren Appell einzugehen und „zu beschreiben, wie das andere System aussehen soll, und d. h. eigentlich auch zu beschreiben, wie das jetzige (angebliche) ‚System‘ definiert ist, und durch welchen Wandel das neue System ein neues System werden soll, was im neuen System anders sein soll.“

Der Zufall wollte es nämlich, dass ich heute auf zwei Essays im Deutschlandfunk aufmerksam wurde, auf die ich die Nachdenkseiten in meiner E-Mail unabhängig von o. g. Artikel hingewiesen habe und die aus meiner Sicht zu dem Thema „neues System“ recht gute Gedankenansätze liefern.

Daher sende ich Ihnen die Infos noch einmal auf diesem ‚Kanal‘, in der Hoffnung, die Diskussion zu bereichern:

Sehr geehrte Damen und Herren der Nachdenkseiten,

hier meine heutigen zwei Hinweise des Tages:

I. HINWEIS

Original Headline:

Rückblick und Ausblick | Saisonschluss (1/3)

Vorspann oder wichtige Zitate aus dem Artikel.

Klima, Kommentare und kleinere Katastrophen:

Die Sommer sind heiß, die Gletscher schmelzen schneller als gedacht, eine weltweite Jugendbewegung treibt die Politiker vor sich her.

Das Gespräch über Temperaturen und Kohlenstoff greift weit aus: Klima ist kein Problem unter anderen, sondern ein totales soziales Phänomen, ein Epochenphänomen. Mobilität, Ernährung, Energie, Arbeit, Wachstum, Migration, Frieden – kaum ein Lebensbereich, der nicht vom Klimawandel berührt wird. Totalsichten bezeichnen historische Bruchlinien und zielen auf Veränderungen – aber ebenso gut können sie Passivität erzeugen, in Ideologisierung, religiöser Überhöhung oder Feindbildzuschreibung münden.

In seinem dreiteiligen essayistischen Jahresrückblick stellt Mathias Greffrath fest, dass alles ungut mit allem zusammenhängt.

Quelle:

für die Text- und Audio-Version dieses Essays:

https://www.deutschlandfunk.de/rueckblick-und-ausblick-saisonschluss-1-3.1184.de.html?dram:article_id=464237

II. HINWEIS

Original Headline:

Rückblick und Ausblick | Saisonschluss (2/3)

Vorspann oder wichtige Zitate aus dem Artikel.

Arbeitsplätze, Algorithmen und Alternativen:

Mit dem Wissen über die Probleme wächst die Furchtsamkeit der Politik. Braucht die Welt einen neuen, furchtloseren Politikertyp?

Die Erkenntnisse der Wissenschaft und der Unmut der Jungen drängen auf radikalen Wandel.

Die „Aufgabe jeder Regierung ist es, möglichst alle Menschen mitzunehmen“, wiegeln die Klimakanzlerin und um Frieden besorgte Soziologen ab. Aber wie sähe eine Politik aus, die nicht mehr an kleinen Rädern dreht, sondern den notwendigen Systemwandel organisiert? Mit welchen Instrumenten und Institutionen könnte sie arbeiten?

Teil zwei des essayistischen Jahresrückblicks von Mathias Greffrath.

Quelle:

für die Text- und Audio-Version dieses Essays:

https://www.deutschlandfunk.de/rueckblick-und-ausblick-saisonschluss-2-3.1184.de.html?dram:article_id=464789

III. ANMERKUNG:

In der Zeit der Hochkonjunktur für Jahresrückblicke aller Couleur setzt sich der Autor in diesen zwei Essays auf erhellende Weise mit den gesellschaftlichen Grundfragen auseinander, diskutiert diese mit Bezug auf die bisherige Menschheitsgeschichte, wagt nachdenkliche Prognosen und zeigt Alternativen auf, die so logisch, selbstverständlich und vernünftig erscheinen, dass sie im Kontrast zu den üblichen Kommentaren der Mainstream-Meinungsmacher regelrecht avantgardistisch anmuten. Der dritte Teil dieser zum Nachdenken anregenden Essay-Trilogie wird am 22.12.2019 im DLF gesendet.

Ich wünsche allen Machern der Nachdenkseiten besinnliche Feiertage und einen kraftvollen Start ins nächste Jahr, in dem Ihre wertvolle Arbeit wieder genauso wichtig sein wird.

Mit solidarischen Grüßen

(A.M.)

.....
Liebe Leute von den Nachdenkseiten,

dass im Zusammenhang mit dem ganzen Green Deal irgend wann auch mal die Systemfrage auf den Tisch kommen würde, was zu vermuten.
Ich habe mir dazu (siehe Anhang) ein paar Gedanken gemacht, die zugleich der Versuch sind, einen aktuellen Hintergrund aufzuzeigen.

Vorerst herzliche Grüße
Michael Mansion

Die Systemalternative

Liebe Freundinnen und Freunde der Nachdenkseiten,

dass die aktuellen, eher von viel Unwissen befeuerten Proteste von (meist) Kindern und Jugendlichen im Zusammenhang mit der Rettung des Weltklimas, auch dort einige Nachdenklichkeit erzeugt haben, wo der Gedanke an ein „Weiter so“, nicht nur als Unwissenheit, sondern auch als Form von Arroganz gedeutet wird, war zu erwarten.

Die Frage nach einer eher systemkritisch angelegten Betrachtung der vorfindlichen Probleme und Phänomene, führt zu der weiteren Frage, warum die aktuelle Linke nicht so aufgestellt ist, dass es ihr gelungen wäre, ein alternatives Gesellschaftsmodell anzudenken und einem Diskurs auszusetzen?

Es wäre also in einer Parteiendemokratie vorab zu klären, was hierfür die Gründe sein könnten. Auch wenn größere Teile der Linken den Modellen des sog. Realsozialismus z.T. und eher mehrheitlich sehr kritisch gegenüberstanden, so konnte aus dieser kritischen Haltung zugleich nichts entstehen, was (modellhaft) in einem alternativen Sinne attraktiv gewesen wäre und es fehlt der für den Marxismus unverzichtbare Praxisbezug.

Kann es sein, dass die Linke für sich selbst gar keinen Bezug zu Marx mehr geltend macht oder geltend machen will?

Gibt es überhaupt noch einen (philosophischen) marxistisch konnotierten Praxisbezug oder hat die Linke „das Soziale“ längst gegen einen „modernen“ Minderheitenschutz eingetauscht?
Wird denn im aktuellen Kapitalismus, welcher ja nicht mehr der aus Marxens Zeiten ist, sondern ein Sozialkapitalismus (vergl. Das Konzept Praxis/Horst Müller) der Referenzpunkt allen Übels gesehen oder hat sich eine Mehrheit der Linken längst resigniert mit ihm arrangiert und abgefunden?

Kann es sein, dass die „Grüne Bewegung“, die ja mehr ist als eine Partei, sondern mittlerweile ein veritabler Trend, zu einer (auch) ideologischen Wende (Abkehr?) geführt hat, die ein Primat des Ökologischen vor das eines ökonomischen gesetzt und sich von der marxschen These, die Entwicklung des Menschen verlaufe adäquat zur Entwicklung seiner Produktionsweise, verabschiedet hat?

Das würde bedeuten, dass die Verhältnisse des Ökonomischen nicht mehr zentraler Mittelpunkt einer sich (noch) links verortenden Denktradition wären, sondern gewissermaßen stellvertretend eine Art von Naturverhältnis, welches ökonomisches Handeln in den Dienst eines jeweils neu auszuhandelnden thermischen Wirkungsgrades zu stellen hat, der nicht überschritten werden darf.

Waren die – einigen von uns ja noch bekannten - 5-Jahres-Pläne in den sozialistischen Ländern, noch auf eine Steigerung der industriellen Effizienz angelegt, so sind die aktuellen Pläne auf deren Eingrenzung programmiert.

Das steht jedoch in einem nachgerade krassen Widerspruch zum herrschenden System einer progressiven, dynamischen und profitorientierten Kapitalbewegung.

Es müsste also für diese (die Kapitalbewegung) ein neuer Zielpunkt herausgearbeitet werden, ohne dabei (und das ist wichtig) ihren auch progressiven Charakter zu lähmen.

Es ist ja ohnehin bemerkenswert, dass in einer nicht ganz unbedeutenden Volkswirtschaft wie Deutschland keine Zukunftsdebatten geführt werden.

Statt dessen begnügt man sich mit dem Herausstellen vermeintlicher Versäumnisse, wie etwa dem Hinweis auf Probleme der Digitalisierung, deren technische Voraussetzungen längst von anderen bedient werden.

Im Hinblick auf systemische Veränderungen, ist die Idee eines Sozialismus („den“ Sozialismus kann es nicht geben) zumindest in Europa noch für Jahrzehnte desavouiert.

Auf der außereuropäischen Ebene ist zu beobachten, dass es (z.B. in den USA) eine z.T. sehr interessante Marx-Rezeption gibt, die weniger verkrampft daher kommt.

Es wäre ja schon ein großer Fortschritt, wenn sich bestimmte Phänomene in Europa, einem auf breiter Front angelegten Diskurs stellen müssten.

Die Alternativlosigkeit der Merkel-Doktrin stieß nur wegen dessen Fehlens auf mehr oder weniger großes Stillhalten.

Angesichts der fatalen und brandgefährlichen Situation, welche der Euro bzw. seine „Rettung“ in Europa verursacht hat, müssten eigentlich alle Alarmlampen brennen, hat doch die Nullzinspolitik eine zuvor nie dagewesene Situation geschaffen, in welcher nicht rentable Unternehmen künstlich überleben, die Sparer enteignet werden und die von konservativer Seite gepriesene Marktwirtschaft ihre steuernde Kraft verliert.

Der ziemlich wahrscheinliche Crash des Euro mit der Pleite von Banken und dem Verlust von Renten und Ersparnissen, würde in Europa einen Bürgerkrieg in Gang setzen, der zusätzlich von Zuwanderern angeheizt würde, deren Sozialisierung in einer patriarchalischen Offensivkultur stattgefunden hat. Das wäre gewissermaßen der Worst Case Europas.

Vor dem Hintergrund eines solchen Szenarios ist der Gedanke an eine (noch rechtzeitig zu vollziehende?) Systemalternative---vorsichtig ausgedrückt---frivol.

Eine unbeantwortete Frage ist zudem, ob es überhaupt eine Einmütigkeit hinsichtlich der kaum zu leugnenden Tatsache gibt, dass der Lebensstandard der westlichen Industrienationen für ein Weltmodell nicht taugt.

Die globale Frage lautet deshalb nicht, wie man die schwachen Volkswirtschaften auf das Niveau der starken heben kann, sondern welche Wirtschaftsordnung westlicher Prägung dahin gebracht werden kann, ihren Wohlstand nicht mehr wesentlich aus einer Ökonomie fortgesetzten Verschleißes zu generieren.

Dies wäre anzudenken, um auf diese Weise aus der Spirale eines sich beschleunigenden und ressourcenfressenden Kreislaufes von Produktion und Konsumtion emanzipiert hervorzutreten.

Ein in dieser weitläufigen Debatte zu wenig beleuchteter und kritischerer Aspekt, ist das ungeheuerliche und ungebremste Bevölkerungswachstum vor allem in Teilen Afrikas und einigen anderen Ländern.

Ganz unabhängig von einer emanzipierten oder weniger emanzipierten Ökonomie, wird es nicht möglich sein, der Vermehrung Afrikas in einer Größenordnung von 1. Million in 12 Tagen (Gunnar Heinsohn) in einer Weise angemessen, d.h. human zu begegnen, welche dort auch nur Mindeststandards möglich macht.

Wenn Europa sich einredet, hier rettend eingreifen zu können, so kann das nur als naiv bezeichnet werden und steht auch in keiner erkennbaren Abhängigkeit von einer aktuellen oder künftigen Formierung seiner Ökonomie.

Europa ist gut beraten, seine zentralen Probleme, die da wären:
Die Euro-Rettung, die Massenmigration und die angestrebte Energiewende, so realistisch und faktenorientiert wie möglich, vor dem Hintergrund der eigenen ökonomischen Leistungsfähigkeit und der Verpflichtung zur Sozialstaatlichkeit mit denen zu diskutieren, die dafür bezahlen müssen.

Ein „Vernunftglaube“ an die Möglichkeit, eine glückliche Gesellschaft rational und gerecht zu organisieren, vorausgesetzt, es gelinge eine Theoriearbeit, welche ein Bewusstsein für die gesellschaftlichen Abhängigkeiten und Perspektiven für ihre Veränderung vermitteln, ist ein Credo des Sozialwissenschaftlers Oskar Negt.

Dabei müsste zugleich gegen das Modell einer europäischen Zentralregierung mit Sitz in Brüssel polemisiert werden.

Dieses Konstrukt einer globalkapitalistischen Global Governance, ist seinem Wesen nach antidemokratisch und trägt Züge totalitärer Anmaßung.

Auf dem Weg in eine bessere Gesellschaft gilt es vorrangig, eine in dieser Weise verfasste EU zu verhindern und zugleich Demokratie und Mitbestimmung in den europäischen Nationalstaaten zu stärken.

Gelingt dies nicht, so ist jede weitere Debatte für eine Wende zum Besseren obsolet, weil kein Votum des Souveräns in den entscheidenden Fragen mehr möglich sein wird.

Michael Mansion

.....
Hallo!

Ein kurzer Hinweis auf "Das konvivialistische Manifest" an Sie und Ihre Leser.

Es ist eine Open Access Datei die man kostenfrei herunter laden kann.

Viele frankophone Denker, darunter Chantal Mouffe und Eva Illouz haben 2013/14 einen Rahmen erarbeitet, wie ein neues Zusammenleben aussehen könnte. Mittlerweile haben wohl auch einige Denker und Wissenschaftler aus der BRD unterschrieben. Unten der Link zu einem kostenfreien Manifest-Text Download und auch zu einem Debatten-Band mit erster Kritik, diesen muss man allerdings kaufen.

<https://www.transcript-verlag.de/media/pdf/48/1e/84/oa9783839428986Vl3nwGPRz1CLx.pdf>

<http://www.diekonvivialisten.de/index.htm>

<http://www.diekonvivialisten.de/debatte.htm>

Beste Grüße,

Ole
.....

Liebe Nachdenkseiten!

Bevor ein neues System installiert wird, sollte wir das bestehende reformieren - und zwar die real existierende Parteiendemokratie in eine echte Demokratie verwandeln.

Dazu würde ich gerne mal meinen angehängte Artikel diskutieren.

Mit hoffnungsvollen Grüßen!

Ihr Reinhard Müller

Die verbesserliche Demokratie

Demokratie heißt ‚Herrschaft des Volkes‘ und ist die beste Staatsform, weil im Prinzip alle mündigen Bürger gleichberechtigt mitwirken können.

In unserem Grundgesetz (GG) steht deshalb im Artikel 20: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“ Freie Wahlen, Gewaltenteilung von Parlament, Regierung und Gerichtsbarkeit sind also strukturell die hohen Güter eines Staates. Inhaltlich sind die Menschenrechte, und u.a. die Meinungs- und Pressefreiheit die Grundlagen(vgl. GG Art.1-19).

Viele Menschen im Osten Deutschlands vermissten diese Güter schmerzlich und machten Friedensgebete und Demonstrationen mit dem zunächst wesentlichen Ziel: Abschaffung des § 1 der damaligen Verfassung, also der Vormacht einer Partei, der SED. Manche Menschen hatten in den Synoden der Evangelischen Kirche einiges an Demokratie kennengelernt: Anträge aus der Synode mit freier Abstimmung, Wahlen mit vorheriger Kandidatensuche durch ein gewähltes Gremium.

Nach der Wende genossen viele Menschen im Osten die neuen Möglichkeiten, insbesondere die ‚Kauffreiheit‘ und die Reisefreiheit. Aber leider wurde vielen das Gefühl der sozialen Sicherheit genommen, sodass nicht alle, aber die Mehrheit die neue Demokratie im Prinzip bejaht. Diese doch noch brüchige Akzeptanz und das Selbstwertgefühl der Ostdeutschen wäre durch eine neue gemeinsame Verfassung nach der Wende gestärkt worden, womit die „Übergangszeit“ des Grundgesetzes beendet wäre (vgl. GG Präambel und Art. 146).

Trotzdem muss die Demokratie der Bundesrepublik Deutschland zu Recht erhalten bleiben. Sie steht im Demokratie-Index von Wikipedia von 167 Staaten immerhin auf Platz 13.

Unsere Demokratie ist aber verbesserlich und darf nicht bleiben wie sie ist, wenn sie sich wirklich Demokratie nennen kann und das Grundgesetz erfüllen will.

Denn in der real existierenden Demokratie gibt es größere *Defizite und Missbräuche* als ein 13. Platz suggeriert. Ablesbar ist das allgemein daran, dass seit Jahrzehnten etwa ein Drittel der Bürger nicht an den Wahlen teilnimmt. Einzelne sind sicher einfach uninteressiert. Zu viele leben in relativer Armut oder haben Angst vor Armut oder ihre Hoffnung auf Reichtum ist geschwunden. Zu vielen ist ihr Sicherheitsempfinden durch Einbrüche, Diebstahl oder Terror stark beschädigt. Die meisten boykottieren die Wahlen, weil sie durch Fernsehen und Internet zu informierten Bürgern geworden sind und nicht nur alle vier Jahre im wahrsten Sinne des Wortes ‚ihre Stimme abgeben‘ wollen. Zumal oft keine Partei die eigenen Probleme zu lösen scheint und dann schon oft auf Landesebenen und in den neunziger Jahren auf Bundesebene ‚Die Linke‘ und jetzt die „AfD“ als neue, scheinbar unbequeme Parteien gewählt wurden. Wahlen sind nicht nur dann gut, wenn althergebrachte Parteien im Parlament sitzen. Neue Parteien sind ein Zeichen dafür, dass Interessen von Bürgern bisher nicht berücksichtigt wurden.

So ist ein sehr großes *Defizit* unserer Demokratie das Fehlen von „*Abstimmungen*“, weitgehend auf Landesebene, komplett auf Bundesebene. Aber laut Artikel 20 des GG besteht ‚die vom Volk ausgehende Staatsgewalt‘ gleichberechtigt in „Wahlen und Abstimmungen“. So haben wir leider nur eine halbe Demokratie!!! Viele Initiativen fordern seit langem die Beendigung dieser Verletzung des GG. Mitbestimmung von mündigen Bürgern in wichtigen Sachfragen ist wesensmäßig für die Akzeptanz eines Staates, wobei die Gesetzgebung selbstverständlich beim Bundestag bleibt. Das Bundesverfassungsgericht sollte vorher prüfen, dass Abstimmungen nicht gegen die Menschenrechte verstoßen. Allgemein gilt GG Art.19(2): „In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.“ Änderungen des übrigen GG können nur mit einer Zweidrittelmehrheit möglich sein. Gegen allgemeine ‚Abstimmungen‘ wird oft gesagt, dass die meisten Bürger die komplexen Zusammenhänge von Politik nicht begreifen. Sicher kann es dann Beschlüsse geben, die auch klugen Leuten nicht gefallen; sicher kann eine Mehrheit auch irren. Aber es gab auch schon Irrtümer der wenigen Bundestagsabgeordneten! Möglicherweise aus taktischen Gründen wird immer wieder behauptet, dass für die Durchführung von ‚Abstimmungen‘ ins Grundgesetz ein Auftrag (parallel zu den Wahlen) eingefügt werden muss.

Aber es werden doch ständig Gesetze ohne ausdrücklichen Auftrag des Grundgesetzes beschlossen! Es ist doch eine unseriöse Methode, dass ein Fakt im Grundgesetz erst dann wirksam werden soll, wenn das Grundgesetz geändert ist. Wieso verweigern die regierenden Parteien dem Volk 70 Jahre lang die ‚Abstimmungen‘ und wundern sich dann über Politikverdrossenheit und sogenannten Populismus? Liegt es daran, dass führende Politiker meinen, ihre einsamen Entscheidungen dem Volk nur besser erklären zu müssen anstatt das Volk entscheiden zu lassen?

Leider gibt es auch *Missbräuche* der Demokratie durch die übergroße *Dominanz der Parteien*. Das GG, Art.21 weist den Parteien eine nur klein scheinende, aber sehr wichtige Rolle zu: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit“. Aber weder im Abschnitt ‚Bundestag‘ noch im Abschnitt ‚Bundesregierung‘ werden Parteien genannt. Auch das Bundeswahlgesetz sagt in § 4 nur, dass unsere „Zweitstimme für die Wahl einer Landesliste“ gilt. Wir wählen also eine Liste mit Abgeordneten, die vernünftigerweise von einer Partei aufgestellt wurden. Aber wir wählen keine Partei als Ganzes in die Regierung! Leider wird dies schon durch die Wahlberichterstattung suggeriert. Auch Koalitionsverträge und Koalitionsausschüsse sind demnach spätere Erfindungen, die wohl die Stabilität und den Machterhalt der Regierung bewirken sollen. Doch sie müssen dringend überprüft werden, da nur Partei Gremien, also auch Nichtmitglieder des Bundestages verhandeln und sie faktisch das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten der Koalitionsfraktionen vorher festlegen. Das widerspricht eindeutig dem GG, Art.38: „Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages...sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen“. Die Gültigkeit dessen wird zwar oft beteuert, aber warum werden dann manche als ‚Abweichler‘ beschimpft oder warum wird sehr selten der bestrittene Fraktionszwang aufgehoben? Dies geschah m.W. in letzter Zeit nur zweimal: 2015 beim Sterbehilfe-Gesetz und 2017 bei der Homo-Ehe. Überparteiliche Gruppenanträge wurden diskutiert und abgestimmt. Das war endlich mal freie Parlamentsarbeit, jeweils Sternstunden des Bundestages. Das muss unbedingt verstetigt werden! Die Koalitionsverträge und Koalitionsausschüsse werden von den betreffenden Parteien derart überhöht, dass wir in dieser Beziehung keine Demo-kratie, sondern eine Partei-kratie haben. Das führt auch zu dem Missstand, dass oft gute Anträge von der Koalition abgelehnt werden, nur weil sie von einer verachteten Oppositionspartei stammen. Es gehört offenbar zum Wesen von Parteien, dass sie ‚immer recht haben‘ müssen. Dieser Liedvers „Die Partei hat immer recht“ von Luis Fürtberg, der in der DDR zur unerträglichen SED-Hymne gehörte, ist jetzt auch dann unerträglich und undemokratisch, wenn es Koalitions-Parteien sind. Denn es gibt keine ‚Regierungsparteien‘, sondern die Mehrheit des Bundestages entscheidet! Schon 1992 kritisierte der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker in einem Interview mit ‚Die Zeit‘, dass die Parteien die ‚Verfassungsorgane beherrschen‘ und zwar ohne grundgesetzliche ‚Vorschriften‘. Aber nicht nur die Parteifunktionäre, sondern auch Journalisten stärken diese undemokratische Dominanz der Parteien, indem sie zu oft Klatsch und Tratsch der Parteien und deren Personal befördern, anstatt auf den Sachfragen zu beharren. Zum Beispiel jetzt im Herbst 2019: die wichtige Debatte über die Grundrente wird fast ausschließlich als Machtkampf innerhalb der Großen Koalition dargestellt; oder eine Kritik an der Regierungsarbeit wird gleich benutzt, um ständig zwei Jahre vor der nächsten Bundestagswahl auf der Kanzlerkandidatur herumzureiten.

Ein Missbrauch der Demokratie geschieht auch bei der *Besetzung von Ämtern* (vgl. GG Art 21,1 Satz 2). Viele Bürger halten die meisten Politiker für machtbesessen, die nur einen gut bezahlten Posten bekleiden wollen. Das rührt u.a. daran, dass ein Bürger oder Amtsinhaber sich selbst zum Kandidaten erhebt oder die Medien einige Personen ständig zu ihren Ämterambitionen löchern. Das ist zwar manchmal spannend und bringt Einschaltquoten, ist aber zutiefst undemokratisch. In Parteien und Regierungen kommt es oft zu erbmonarchistischen Praktiken. Wenn ein Parteivorsitzender (oder Ministerpräsident) zurücktritt, benennt er gleich seinen Nachfolger. Die Partei folgt ihm gehorsamer Weise, weil sie ‚Geschlossenheit demonstrieren‘ und den Vorsitzenden ‚nicht beschädigen‘ will. Auch die Benennung des Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten ist höchst unwürdig und undemokratisch. Da kungeln die Parteivorsitzenden der Koalition oder einer der Parteivorsitzenden überrumpelt die anderen. Aber der Bundespräsident lässt seine Partei

Zugehörigkeit ruhen. So sollten sich auch bei der Kandidatensuche die Parteien raushalten und ein gesamtgesellschaftliches Gremium geeignete Kandidaten aufstellen!

In einer Demokratie gibt es aktives und passives Wahlrecht. D.h. die Bürger bzw. die Abgeordneten sind aktiv und suchen mittels eines Gremiums geeignete Kandidaten für ein Amt. Denn nicht wer sich selbst am besten vermarktet und anpreist ist der beste Kandidat, sondern wer dafür fachlich und menschlich geeignet ist. Für alle Kandidaten gilt ja das passive Wahlrecht, also er ist nicht aktiv, sondern wird gefragt - und dann unter mehreren der beste ausgewählt.

Reinhard Müller, Dezember 2017, ergänzt November 2019

.....

Gesetzgebung muss unabhängig werden und das Gemeinwohl im Auge haben.
Staat ist ein Regulativ - nicht mehr. Die Parteien sollten mehr Arbeitsabteilungen für konkrete Aufgaben sein, nicht ideologische Richtungen bedienen.
- Das Grundgesetz soll wieder geachtet werden- ebenso das Völkerrecht, die Menschenrechte

Das Bildungswesen, Kunst, Kultur, Forschung muss selbstständiger werden, immer mehr selbstverwaltet, weniger weisungspflichtig.
Die Kirche muss vollständig entmachtet werden, Religionsfreiheit und Meinungsfreiheit gefördert werden.

Das wäre die Richtung- nichts sehr Neues eigentlich!

mit vielen Grüßen
Cornelia

.....

Liebe "Nachdenkseitler",

zum notwendigen Systemwechsel, den ich auch für zwingend notwendig erachte ein paar kurze Gedanken.

- Wachstum: Was ständig wächst, zerstört irgendwann seinen Wirt.
Dauerhaftes Wachstum ist eine Wahnvorstellung, die nicht mehr zu halten ist. Wir leben in einem begrenzten Raum von begrenzten Ressourcen.

- Solidarität: wurde über Jahrzehnte gezielt zerstört und gehört grundlegend wieder aufgebaut. Nur, wie?

- Soziale Schere: Die Umverteilung von arm zu reich kann so nicht weitergehen, wenn wir nicht riskieren wollen, alles in einem (letzten) Krieg zu zerstören. Dieser wird die zwangsläufige Folge sein, wenn wir weiter alles Soziale vernachlässigen und der (Rüstungs-) Industrie bzw. deren Besitzern und allen Politikern, Medienfürsten und anderen das Geld in den A... blasen bzw. weiter dafür sorgen, dass diese sich weiterhin ungehemmt bedienen können.

Wir nähern uns einem Neofeudalismus, der unbedingt verhindert werden muss, weil es sonst viele Generationen benötigen wird, um wieder einen akzeptablen Status zu erreichen. Eine revolutionäre Umgestaltung des

Gesellschaftsmodells ist unbedingt notwendig. Nur nicht mit dem aktuellen Personal und hoffentlich ohne Guillotinen auf den Marktplätzen.

Ein paar Wochen Generalstreik könnten vieles ändern, nur sehe ich kein Volk, mit dem dies auch nur im Ansatz machbar wäre. Wir sind zu satt. Auch dafür sorgt man erfolgreich.

Herzliche Grüße, macht weiter so!

Dirk Sandmann

.....

Liebe Nachdenkseiten,

Programmatisch wäre ich für eine Giralgeldsteuer statt z.B. eine gerade beschlossene CO2-Steuer.

<https://www.google.de/search?q=giralgeldsteuer&filter=0>

Diese würde den Frequenzhandel der Banken unwirtschaftlicher machen, den stationären ggü. dem Internethandel bevorteilen, zu Umschuldungen von Fremdkapital in neues Beteiligungskapital führen, einen positiven Marktzens durch die Verknappung von Bankeinlagen generieren, der die Mieten und Häuserpreise auf ein vernünftiges Niveau absinken lassen würde (statt Bubblemoney), die Staatsschulden abtragen und Spielraum für Investitionen schaffen, die regionale Wertschöpfung in einem Währungsraum ggü. der Globalisierung sicherstellen, durch das geringere Fremdkapital die Verbraucherpreise und Mieten sinken lassen, wäre quasi eine Vermögenssteuer auf die umlaufende Geldmenge, würde unternehmen besteuern, die in Steueroasen sitzen, die viel zu machtvollen Bankensektor beschneiden, den Eigenhandel der Banken reduzieren, nur um einige Vorteile zu nennen.

Und schreiben Sie nicht, das funktioniert nicht. Eine Giralgeldsteuer würde zu zwei unterschiedlichen Umlaufgeschwindigkeiten führen, die wir ja schon haben (was von der VWL ignoriert wird), diesen Effekt aber für sich nutzen: Eine langsame bei Bargeld und eine schnelle bei Giralgeld, aber vor allem haben Firmen weiterhin eine Giralgeldpräferenz, es muss neben Sicherheit und Bequemlichkeit keine Rendite geben, während Oma Kullike sicher gehen kann, dass sie auf dem Regionalmarkt noch mit Bargeld Obst, Eier, Wurst, Käse und Brot und ihre Wolle kaufen kann.

Und wenn die Banken maulen, es würde deren Zinserträge auffressen, dann sage ich a) die Duration bei steigenden Zinsen (des dann steigenden Marktzensniveaus) wird überschätzt und b) ausschlaggebend für den Zinsertrag ist nicht das Zinsniveau sondern die Zinsdifferenz.

Und die Banken würden in ihrer allmächtigen Kompetenz "entlastet". Sprich, sie bräuchten keine waghalsigen Quantitative Easing-Programme auflegen oder mit negativen Zinsen operieren, die im übrigen tatsächlich den Bankenwettbewerb empfindlich stören, weil er Kresit institute bevorteilt, die keinen hohen Einlagen haben, oder eben keine Filialen. Eine Giralgeldsteuer, überall gleich erhoben, würde dazu führen, dass Banken wettbewerbsfähiger sind, wenn sie mehr Filialen haben, weil man dann Bargeld auch wieder einzahlen kann, was bei Internetbanken unmöglich ist (abheben ja, einzahlen im schlimmsten Fall nur in fremden Filialsystemen per Bar-Überweisung aufs eigene Konto, was teuer ist und die anderen Filialbanken ausnutzt).

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=57144>

Herzliche Grüße und frohe Weihnachtstage,
Ich Dennis Gehrman aus Hamburg

.....

Mein persönliches Träumchen wäre:

- Christian Felbers "Gemeinwohlökonomie" (auf Grundlage von Ken Wilbers Integraler Visionen),
- ein Rätssystem bzw Räterepublik nach Michail Bakunin,
geht wahrscheinlich bloß (komplett) global...

Euch einen schönen Tag und danke danke danke immer wieder
so long Willi :)

.....

Hallo Nachdenkseitenteam,

ich selber gehöre zwar nicht zu denjenigen, die andere mit dem Satz "Ohne Systemwechsel geht es nicht" entmutigen wollen, im Gegenteil, denn man bekommt das System nicht von einem Tag auf den anderen radikal geändert, sondern nur Schritt für Schritt. Aber ich habe durchaus Ideen, wie sich das System ändern müsste:

Wir benötigen Freigeld, also eine Währung, die automatisch wieder zum Staat zurückfließt, damit Staaten sich nicht länger verschulden müssen, nur um es der Bevölkerung zu ermöglichen, sich gegenseitig zu bezahlen. Es kann doch nicht sein, dass arbeitsfähige und -willige Menschen nicht füreinander arbeiten können, nur weil man kein bedrucktes Papier hin- und herschieben kann! Wie bescheuert ist das denn bitte? Wir haben lange genug in Hungersnöten gelebt, und jetzt, wo wir theoretisch alle Menschen versorgen könnten, werden die alten Zustände mit Geldverknappung simuliert.

Außerdem finde ich, es ist eine Unverschämtheit, dass Banken mit ihrem Geldschöpfungsmonopol definieren dürfen, dass neu geschaffenes Geld ihnen zuerst gehören soll. Neues aus dem Nichts geschaffenes Geld sollte entweder gleichmäßig im Währungsraum verteilt werden oder sozial (also nur an die Armen). Und was dem Fass noch weiter den Boden ausschlägt, ist die Tatsache, dass Banken dieses neu geschaffene Geld nie ausgeben, sondern es immer nur verleihen. Gegen Zinsen.

Ich vergleiche diese Abzocke gerne mit einem Ponzi-Schema, d.h. Banken und Investoren spielen das Ponzi-Schema miteinander, indem sie dem Markt Geld leihen mit dem Ziel, mehr Geld aus dem Markt herauszubekommen. Aber das Geld, das sie herausbekommen, ist immer nur Geld, das andere Banken und Investoren dem Markt geliehen haben. Durch gutes Wirtschaften wird schließlich kein neues Geld kreiert. Es wird nur hin- und hergeschoben. Es mag sein, dass auch Werte kreiert werden, aber wann werden Schulden schon mal mit Werten abbezahlt außer bei einer Pfändung? Diese Abzocke muss beendet werden.

Auch Regiowährungen halte ich für sinnvoll, damit kleine regionale Händler wieder konkurrenzfähig gegen Amazon, McDonalds etc. werden. Nur sollten diese Währungen halt wie beim Wunder von Wörgl von der Kommune verwaltet werden und nicht von privaten Vereinen, damit das Geld überhaupt mal gescheit in Umlauf kommt.

Und was das Zinssystem angeht: Die Muslime verwenden ein besseres System als wir, also dass - vereinfacht ausgedrückt - eine einmalige Gebühr auf einen Kredit fällig wird, d.h. es gibt keinen Zinseszins.

Also ich weiß ja nicht, wie ihr das seht, aber ich würde im Falle solch drastischer Veränderungen durchaus das Wort Systemwechsel gebrauchen.

Ansonsten habe ich noch ein paar kleinere Forderungen wie:

- Dauer des Urheberrechts verkürzen auf die Dauer von Patenten, also 20 Jahre, danach ist das Gut gemeinfrei. Markenrechte können von mir aus unverändert bleiben, aber aktuell verwehren wir uns unser eigenes Kulturerbe, nur weil unseren Politikern das Geld von Disney wichtiger ist. Kein kleiner Künstler profitiert davon, wenn sein Werk bis 70 Jahre nach seinem Tod geschützt ist.

- Das Schulsystem anpassen, so dass die Schüler mehr Wahlfreiheiten haben, da man mind. 80% der sogenannten "Allgemeinbildung" eh nur für Klassenarbeiten paukt und hinterher nie wieder braucht. Stumpfes Pauken ist das Gegenteil von selbstständigem Denken und Hinterfragen. Wir sehen ja an unserer aktuellen Gesellschaft das Ergebnis des aktuellen Schulsystems.

Viele Grüße
Alexander Raiola

.....
Sehr geehrte Redaktion der Nachdenkseiten,

Sie fragen welches System vonnöten wäre? Schauen Sie sich den Film Gubben i Stugan an (siehe Link), dann sehen Sie, was vonnöten wäre: Ein Umdenken der Menschheit. Da allerdings sehe ich schwarz. Die meisten Menschen wollen Entwicklung und Wachstum, vor allem materiell. Deshalb, so denke ich, wird es nur durch Druck, zum Beispiel realen Klimawandel, zu temporären Besinnungszyklen der Menschheit kommen.

https://www.youtube.com/watch?v=_smHkqDb3D8

Mit freundlichen Grüßen

Uwe Broßmann

.....
Entwickelt Christian Felber in seiner "Gemeinwohlökonomie" nicht sehr konkrete Zielvorstellungen und Vorschläge, wie diese Ziele zu erreichen wären: Weg vom Streben nach (möglichst hohem) Profit mit all seinen Kollateralschäden hin zu einem Wirtschaften, das auf Kooperation und (Selbst)Beschränkung setzt gemäß der Einsicht (Senecas?) "Nie ist zu wenig, was genügt."

Mehr als 2.000 Unternehmen unterstützen das Modell, rund 400 sind Mitglied oder haben bereits eine Gemeinwohl-Bilanz erstellt, darunter Sparda Bank München, Schachinger Logistik, Sonnentor, VAUDE, Lebenshilfe Tirol oder Fachhochschule Burgenland. <https://www.ecogood.org/de/>

Ich zitiere von der Website <https://www.ecogood.org/de/idee-vision/>

"Die Gemeinwohl-Ökonomie ist

... auf wirtschaftlicher Ebene eine lebbare, konkret umsetzbare Alternative für Unternehmen verschiedener Größen und Rechtsformen.

Der Zweck des Wirtschaftens und die Bewertung von Unternehmenserfolg werden anhand gemeinwohl-orientierter Werte definiert.

... auf politischer Ebene ein Motor für rechtliche Veränderung. Ziel des Engagements ist ein gutes Leben für alle Lebewesen und den Planeten, unterstützt durch ein gemeinwohl-orientiertes Wirtschaftssystem.

Menschenwürde, Solidarität, ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und demokratische Mitbestimmung sind dabei die zentralen Werte.

... auf gesellschaftlicher Ebene eine Initiative der Bewusstseinsbildung für Systemwandel, die auf dem gemeinsamen, wertschätzenden Tun möglichst vieler Menschen beruht.

Die Bewegung gibt Hoffnung und Mut und sucht die Vernetzung mit anderen Initiativen.

Sie versteht sich als ergebnisoffener, partizipativer, lokal wachsender Prozess mit globaler Ausstrahlung - symbolisch dargestellt durch die Löwenzahn-Sämchen im Logo."

Mit freundlichen Grüßen

Volker Jansen

.....
Liebe Nachdenkseiten-Redaktion,

da trauen Sie uns Lesern ja einiges zu. Mal eben so ein niegelnelneues Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zu skizzieren ist nicht ohne. erinnert ein wenig an die typische Szene im betrieblichen Meeting, wo die kritischen Geister mit dem Hinweis, sie mögen doch bitte eine Lösung präsentieren, mundtot gemacht werden.

Ich habe keine Lösung. Ich bin nur ein Mensch.

Aber zu ein paar einfachen Berechnungen bin ich fähig: Das weltweite Bruttoinlandsprodukt (BIP) liegt bei ungefähr 85 Billionen USD. Für die Erzeugung dieser Menge an Gütern und Dienstleistungen benötigen wir 1,7 Planeten Erde (lt. Berechnungen zum ökologischen Fussabdruck). Das bedeutet, ein dauerhaft ökologisch verträgliches Welt-BIP, das mit einem Planeten auskommt, läge bei ca. 50 Billionen USD (85/1,7). Eine gerechte Verteilung dieser Produktion an alle Menschen ergibt ein BIP pro Kopf von ca. 7.000 USD/Jahr (50 Billionen USD/7,5 Mrd. Menschen). Wenn die Weltbevölkerung wächst, reduziert sich die Summe entsprechend, wenn sie schrumpft, steigt sie. Auch wenn es gelänge durch effizientere Ressourcennutzung und verringerte Abfall-/Schadstoffproduktion mit einem Planeten mehr BIP zu erzeugen, würde sich das BIP/Kopf entsprechend erhöhen.

Da müssten wir hin, wenn es mit uns Menschen dauerhaft auf diesem Planeten funktionieren soll. Mit welchem System dieser Output erreicht werden kann, weiss ich nicht. Mit dem aktuellen, wachstumsabhängigen (ja ich weiss, das sehen sie anders; nur, wenn unsere Wirtschaftsordnung nicht wachstumsabhängig ist, warum herrscht dann in Politik und Wirtschaft jedesmal Panik, wenn das Wachstum ausbleibt?), auf Wettbewerb und Konkurrenz gründenden Kapitalismus, kann ein

solcher Output jedenfalls nicht erreicht werden, da die Grundprinzipien dieser Wirtschaftsordnung gegen eine stabile, konstante Produktion, die gerecht verteilt wird, sprechen.

7.000 USD/Jahr, das ist ein wenig mehr als Hartz IV ohne Wohngeld. Für alle. Das ist selbstverständlich in den reichen Ländern politisch nicht durchsetzbar. Da glauben wir lieber weiter an das Märchen, dass wir auf alle Zeiten unseren Wohlstand erhalten, ja sogar noch weiter ausbauen können, und dass gleichzeitig natürlich auch über eine Milliarde Chinesen und noch eine Milliarde Inder und noch eine Milliarde Afrikaner das auch können, wenn sie sich nur genug anstrengen, ja, dass irgendwann, vielleicht schon 2050, alle dann 10 Mrd. Menschen, so wie wir, 50.000 USD BIP/Jahr abbekommen können, entsprechend einem Welt-BIP Wachstum bis 2050 von jährlich ca. 6,5% auf eine Weltproduktion von 500 Billionen USD, die nach heutigen Produktionsmethoden 10(!) Planeten benötigt.

Aber das ist nur Mathematik. Darüber kann man streiten, wie in der letzten Anstalt veranschaulicht. $1+1=3$. Und alles ist gut.

Außerdem kommt vermutlich der Einwand, dass es sich hier um eine monetäre Betrachtungsweise handelt, die von den Preisen für die jeweiligen Güter und Dienstleistungen abhängt, und nicht, wie eigentlich erforderlich, um eine stoffliche Betrachtung. Ich stimme dem Einwand zu. Mir fehlt die Datenbasis für eine stoffliche Betrachtung, aber ich denke, das auch die oben genannten Zahlen zumindest eine deutliche Tendenz anzeigen, wohin die Reise geht, und wie groß die Diskrepanz zu einem nachhaltigen System ist.

Ich glaube nicht mehr an eine Lösung. Ich glaube nicht daran, dass wir Menschen zu einer Lebensweise bereit sind, die nicht zur Zerstörung unserer Lebensgrundlagen führt. Zu radikal anders wäre dieses Leben, zu anstrengend, mühselig und unkomfortabel. Zu rückständig und primitiv. Zu weit weg von den Selbstverständlichkeiten des Lebens all jener, die weit mehr haben als die ihnen zustehenden 7.000 USD/Jahr.

Aber das ist egal. Denn es wird ungemütlich werden, ob wir das wollen oder nicht. Die Menschenwelt wird zerrüttet werden durch gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Bürgern und Nationen, durch den Kampf untereinander um Hab und Gut und durch den Kampf gegen eine sich auflehrende Natur. Die Folgen des Überschreitens verschiedener planetarer Grenzen werden im Alltag deutlich spürbare und einschneidende Konsequenzen haben. Change by disaster.

Es tut mir leid, dass ich keine konstruktive Lösung für ein funktionierendes System beisteuern kann. Aber vielleicht bin ich/sind wir als Wohlstandsbürger in einem reichen Land auch die falschen Ansprechpartner, und es entspricht lediglich wieder unserer typischen Hybris zu glauben, dass nur wir es sein können, die die Lösung für die von uns verursachten Probleme hätten. Vielleicht sollten wir besser bei indigenen Völkern (solange es sie noch gibt) nachfragen bzw. nachschauen, oder in Bhutan, wo Wirtschaft und Gesellschaft dazu dienen, das Bruttonationalglück zu steigern (BIP/Kopf übrigens bei ca. 3.000 USD). Möglicherweise finden wir dort Ansätze und bereichernde Gedanken auf der Suche nach einem anderen System für das menschliche Zusammenleben.

Vielen Dank für Ihr Informationsangebot, das ich sehr gerne nutze.

Mit freundlichen Grüßen
Alexandar Allinger

.....
Sehr geehrte Damen und Herren,

ohne Postwachstum und Dematerialisierung wird es nichts werden.

Ist das kurz genug?

MfG
Hartmut Riedel

Hallo NDS, erst mal vielen Dank für Eure tolle Arbeit. Alle streiten über Systeme wie Kapitalismus, Sozialismus, Liberalismus oder Kommunismus. Ich habe die letzten paar Jahre versucht mir mit meinen bescheidenen Kenntnissen einen Überblick über die bekannten Systeme zu machen und was dabei herausgekommen ist. Ich bin zu dem Schluss gekommen, dass keines der klassischen Systeme mehr in unsere Zeit passt. Dann habe ich mir mal den Plan B der Wissensmanufaktur angesehen (bin eigentlich zufällig darauf gestoßen) der mir gleich Sympatisch war als ich sah, dass er die Lehre von Silvio Gsell zum Geldsystem mit eingebaut hat. Das Ganze erscheint mir erfolgversprechender, einfach besser, als alles was ich vorher gesehen habe, auch wenn es eine wirklich radikale (aber faire) Neugestaltung wäre. Aber schon Einstein hatte ja eine bekannte Meinung zu immer der gleichen Herangehensweise an ein Problem, in der Erwartung anderer Ergebnisse.

Sehen sie es sich mal unvoreingenommen an und bilden sich eine Meinung.

Revolution des Systems für eine tatsächliche Neuordnung
von Andreas Popp und Rico Albrecht

Plan B ist unsere Alternative zur „Alternativlosigkeit“ der Politik. Anstatt innerhalb des bestehenden Finanzsystems über Wachstum und Schulden zu diskutieren, bieten wir „radikale“ (lat.: Radix = Wurzel) Lösungsvorschläge an. Fließendes Geld, soziales Bodenrecht, bedingungsloses Grundeinkommen und eine freie Presse ergeben im Verbund eine echte Alternative.

[Andreas Popp - Plan B für Einsteiger - Wissensmanufaktur](#)

In einer sich unglaublich schnell verändernden Welt sind unsere bestehenden Rahmenbedingungen sehr gefährlich für unser aller dasein.

liebe Grüße, j.adam

Moin!

Dann hier meine 2 Cents zu dem Thema.

Ich sehe den Systemfehler beim schlecht informierten Wähler. Lange habe ich deshalb das Desinteresse kritisiert. Aber was ist wirklich das Problem? Für mich ist das Sammeln von Informationen und Hintergründen ein Hobby. Vielleicht sogar eine Sucht. Egal, ob es um Politik, menschliche, tierische oder technische Themen geht. Dafür habe ich an anderen Dingen kein Interesse. In unserer komplexen globalisierten Welt müsste jeder Wähler täglich Stunden aufbringen, um sich in einer Weise zu bilden und zu informieren, damit er eine für ihn richtige und vorteilhafte Wahlentscheidung treffen kann. Aber wer nimmt sich dafür heute noch die Zeit? Wer hat diese Zeit überhaupt noch?

Das hat der Lenkung der Wahlen und damit einer Lenkung der „Demokratie“ Tür und Tor geöffnet. Die Medien als Teil der Wirtschaft können mit ihrer Propaganda die Stimmung beliebig in die gewünschte Richtung lenken und entscheiden damit letztlich die Wahlen. Über die Frage, ob und in welcher Weise das gesteuert wird, kann man viele Theorien aufstellen. Man kann diskutieren, warum ausgerechnet eine Rot-Grüne Regierung die Zerstörung unserer Sozialsysteme betrieben oder die BRD in den ersten -obendrein völkerrechtswidrigen- Kriegseinsatz geführt hat. Hätte das eine CDU-Regierung gemacht, wären die Proteste gewaltig gewesen.

Wenn also die Wähler mit der Wahlentscheidung überfordert sind, muss diese vereinfacht werden. Ein deutlich kleinzelligeres Wahlsystem, wie das der Räterepublik, wäre eine solche Vereinfachung. Selbst ein uninformierter, politisch ungebildeter Mensch kann eine vernünftige Entscheidung treffen, wenn seine Entscheidung darauf reduziert wird, welchem Menschen in seinem Umfeld er vertraut und zutraut die größeren Entscheidungen in seinem Interesse zu treffen. Wie ein solches Wahlsystem im Detail geregelt werden soll muss sicherlich diskutiert werden. Parteien hätten da zumindest auf der unteren Ebene nichts zu suchen.

Wenn also das Wahlsystem einer Demokratie wieder funktioniert, muss nur noch sichergestellt werden, dass die demokratisch legitimierte Regierung auch die Macht hat. Deshalb muss die Kontrolle über das Geldsystem zurück gewonnen werden.

Wie sagte schon Amschel Meyer Rothschild:

„Gebt mir die Kontrolle über die Währung einer Nation, und es ist mir gleichgültig, wer die Gesetze macht!“

Freigeld und damit die Abschaffung des Zinssystems wäre ein richtiger Weg dahin. Von hier wäre es dann nur ein kleiner weiterer Schritt zur Freiwirtschaft.

Wo der Weg beginnen kann, ob beim Geld- und Wirtschaftssystem oder beim Wahlsystem, weiß ich nicht. Aber ich weiß, dass wir nur mit der Kombination dieses System überwinden können. Wahrscheinlich wird der Anfang klein und regional sein. Auf der großen Ebene wäre das zu blutig.

OK, nun sind es ein paar Cents bzw. Zeilen mehr geworden.

Beste Grüße aus der Altmark
André Sandomeer

.....

Sehr geehrte Macher der Nachdenkseiten,

anbei sende ich Ihnen meine Gedanken bezüglich Systemänderungen, wie gewünscht eher kurz zusammengedampft.

Veröffentlichung bitte nur teilanonym mit meinen Initialen.

Mit großem Dank für die Nachdenkseiten,
M.B.

Hier also meine Vorschläge für einige Systemänderungen:

Wirtschaft:

Die Bereiche Ernährung, Gesundheit, Wohnen und öffentliche Daseinsvorsorge sollten von jedem Rendite-, Zins- und Zinseszins-Einfluss befreit werden. Der Rendite-Anteil am Endverbraucherpreis praktisch aller heutigen Produkte wird derzeit massiv unterschätzt. Produzenten produzieren mit finanzierten Maschinen in und auf finanzierten Immobilien, der Zwischenhandel handelt in finanzierten Immobilien und mithilfe finanziertter Maschinen, der Einzelhandel verkauft in finanzierten Immobilien und mithilfe finanziertter Maschinen - und bei jeder dieser Finanzierungen sind hohe Renditeerwartungen im Spiel, die den Preis natürlich in die Höhe treiben. Eben weil dies so organisiert ist, erleben wir es, dass auch in Zeiten der Krise die großen Geldverleiher (oder sollte man besser Wucherer sagen?) immer superreicher werden. Würde dies bereinigt, wäre dann sogar auch ein Grundeinkommen, von dem man gut und gesund leben kann, problemlos machbar. Diejenigen, die bislang eigentlich gar keinen Arbeitsplatz, sondern nur einen Einkommensplatz wollen, würden dann als Sand im Getriebe wegfallen und könnten Tätigkeiten finden, die jenseits ökonomischer Erfordernisse sinnstiftend sind.

Währung:

Die Geldschöpfung sollte den Banken entzogen werden, da die damit verbundene Macht nicht demokratisch legitimiert ist und derzeit gegen die Interessen der Mehrheit verwendet wird. Für Wertpapiere, die nicht unmittelbar bei der Realwirtschaft angesiedelt sind, sollte eine eigene europäische oder internationale Verrechnungswährung (analog zum ECU) eingeführt werden, deren Kursverhältnis zu den Realwährungen täglich unabhängig bestimmt wird. Wenn es durch Zockerei zu Kursstürzen käme, würden alle Zocker der Welt mit Kursverlusten dieser Währung dafür bezahlen, nicht jedoch die Realwirtschaft, die momentan faktisch Geisel ist.

Mobilität:

Bei der energetischen und stofflichen Bilanz von Mobilität wird bisher der unfassbar große Aufwand für Trassen- und Straßenbau geflissentlich ignoriert. Dieser Aufwand würde entfallen, wenn Nahverkehr und Mittelstreckenverkehr in die Luft verlegt werden. Wegen der erheblich verkürzten Nutzungsdauer pro Einsatz könnte jedes Lufttaxi kostengünstig täglich viele Hundert Menschen transportieren. Der Ressourcen-, Energie- und Flächenverbrauch im Verkehrssektor könnte so drastisch reduziert werden. Wer auf der Straße fährt, tötet dazu vom Insekt bis zum Reh pro hundert Kilometer tausende Lebewesen, Luftverkehr kann man indes in diesbezüglich nahezu folgenloser Höhe stattfinden lassen. Das sähe dann so aus:

Letzte Meile: Zu Fuß, Fahrrad, Elektroroller

Kurzstrecke: Fahrrad, Elektroroller

Nahverkehr: Volocopter oder Vergleichbare (Reichweite 100km, Tempo 100km/h)

Mittelstrecke: Lilium oder Vergleichbare (Reichweite 300km, Tempo 300km/h)

Langstrecke: Hochgeschwindigkeitszug

Ultralangstrecke: Klimaneutraler Flug

In den Sektoren Nah- und Mittelstrecke hätten wir dann eine Art 'Öffentlichen Personen-Individualverkehr' (ÖPIV).

Nachhaltigkeit:

Dem gesunden Menschenverstand wird es unmittelbar einleuchten, dass die Menschheit langfristig

nur klarkommen wird, wenn alles, was sie benutzt und verbraucht aus 100% nachwachsenden Ressourcen oder zu 100% recycelten Stoffen hergestellt wird. Der Weg dahin ist noch so lang, dass einem schwindelig werden kann! Diesbezüglicher Selbstbetrug muss sofort unterbunden werden: Derzeit wird z.B. in Mittelamerika Regenwald abgeholzt, nur um dort dann (Bio-)Avocados oder Soja anzubauen, dessen Einsatz als Tierfutter auch die EU-Bioverordnung erlaubt.

Klimakrise:

Selbst Steuern auf CO2 helfen nur eingeschränkt, so lange dann mit diesen Steuergeldern eine zerstörerische Mobilität, Industrie und Landwirtschaft gefördert wird. In Industrie und Bau fallen 80% aller Treibhausgasemissionen an, darüber wird bisher kaum geredet. Die tatsächlichen Folgekosten von Emissionen müssten als Steuer auf den Produktpreis aufgeschlagen werden. Die entsprechenden Steuereinnahmen müssten dann aber auch tatsächlich dafür verwendet werden, diese Folgen zu beseitigen. Dann wären plötzlich die klimafreundlichsten Produkte auch am billigsten. Eine sehr klimafreundliche Lebensweise müsste belohnt werden, während sie derzeit eher bestraft wird.

UN:

Das Vetorecht einiger weniger mächtiger Länder gehört abgeschafft. Danach könnten völkerrechtswidrige Kriege dieser Länder auch verurteilt und sanktioniert werden. Die Politisch Verantwortlichen für solche Kriege müssten international verfolgt werden.

Atomwaffen:

Aus heutiger Sicht ist es illusorisch, zu glauben, dass eine Atommacht alle ihre Atomwaffen freiwillig verschrottet. Eine Übergangslösung könnte es sein, internationale UN-Atomwaffeneinheiten zu schaffen, die Atomwaffen von Atommächten übernehmen und gleichzeitig ein Sicherheitsversprechen abgeben. Über den Einsatz von Atomwaffen (als Ultima Ratio) könnten die UN auf Antrag mit z.B. 2/3-Mehrheit und ohne Veto entscheiden. Unter den sich hieraus ergebenden nuklearen UN-Schutzschirm könnten sich auch bislang atomwaffenfreie Länder begeben.

.....

Vielen Dank für die Einladung, das bestehende System nicht nur zu kritisieren, sondern eine Systemänderung - ein neues System vorzuschlagen.

Liebe Grüsse This Bürge,

---Systemänderung warum?

"Man lügt uns in einen Krieg nach dem anderen hinein und nennt dabei das Töten von Menschen 'humanitäre Einsätze'. Wir verteidigen mit keinem Krieg irgendeinen humanitären Wert. Krieg ist die Widerlegung aller Werte" - Eugen Drewermann.

--Einleitung

Wir wollen niemanden verurteilen, keine Guillotinen, keine Strafen - aber wir wollen die Ursache der Kriege seit Mitte des 19. Jahrhunderts angehen: Das Gedankengut Imperialismus, sowohl in der

Innen- wie in der Aussenpolitik. Im Inland ist ausbeuten und ausrauben Menschenrecht, im Ausland auch das Morden. British Empire, Grande Nation, Nazi, Nato ist eine entsetzliche Blutlinie.

--Angst oder Liebe

Das System Imperialismus bedeutet ewige Kriege. Frieden muss ein anderes Gedankengut sein - und verbindet sich mit Ethik und Religionen, bevor sie als Imperativ missbraucht wurden:

GRUNDLAGE DES FRIEDENS

Freiheit, Gleichheit und Liebe

I Jeder Mensch ist ein Mensch, keiner ist des anderen Untertan und niemand hat das Recht, zu strafen.

II Sinn des Lebens ist, gute Gedanken zu denken und für andere zu sorgen.

Diese beiden Gedanken sind alles. Sie führen dazu, dass Liebe, Arbeit und Wissen unser Dasein regieren, wo jeder ein allmächtiges Ich inmitten allmächtiger Ichs ist.

Ich bin glücklich, wenn du glücklich bist.

---Demokratie

Auf obiger Grundlage des Friedens soll eine neue Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung beruhen. Demokratie ist für uns nur mit STRAFFREIHEIT denkbar; aber die Gemeinde hat das Recht, Gewalttätige wegzuweisen, weil ansonsten wenige Gewalttätige die Macht übernehmen und wieder ein Imperium errichten.

--Landsgemeinde (Region mit ca. 30'000 Einwohner, z.B. Fürstentum Liechtenstein)

Jede Gemeinde ist selbstbestimmt und neutral. Sie strebt Autarkie an und mischt sich nicht in andere Händel ein. Die Landsgemeinde unter Leitung der Dialogbegleiter ist ihr oberstes Organ. Dialogbegleiter sind so viele, wie sich dafür zur Verfügung stellen, aber gleich viele Frauen wie Männer; bei Überzähligen entscheidet das Los; die Amtszeit dauert ein Jahr. Zur Landsgemeinde versammeln sich alle Bewohner ab dem vollendeten 13. Lebensjahr. Die Landsgemeinde beschliesst, welche Commens in ihrem Gebiet wie genutzt werden.

Jeder kann Anträge zuhanden der Landsgemeinde einreichen. Das Wort für Änderungs- und Ordnungsanträge ist frei, nicht aber um den Versammelten zu raten.

--Eigentum

Commens sind jenseits von öffentlichem und privaten Recht. Niemand hat das Recht, Commens zu besitzen. Commens sind alle natürlichen Ressourcen, Bauten und alles Wissen. Commens werden ausschliesslich durch Services public bewirtschaftet.

--Dienst der Menschen

Services public sind: Land- und Forstwirtschaft, Hoch- und Tiefbau, Rettung und Dialog, Verrechnung und Support Aussenhandel. Der Dienst wird nach dem Milizprinzip erbracht und jeder

Bewohner hat ein Recht auf Arbeit, aber keine Arbeitspflicht. 100 Prozent Arbeit sind tausend Jahresarbeitsstunden (zum Beispiel 40 Wochen zu 25 Stunden), mehr wird nicht entlohnt.

--Wirtschaft

Freie Unternehmen sind Genossenschaften und bestehen aus mindestens sieben Genossenschafter. Sie konkurrenzieren die Services public nicht.

--Lohn

Jeder Bewohner erhält seinen Lohn von der Verrechnungsstelle. Services public und Unternehmen könnten ihre Produkte kostenlos abgeben - tun dies aber nicht, um die Arbeitenden vor Ausbeutung durch Konsumenten zu schützen. Sie geben ihrer Arbeit einen Wert und liefern den Gewinn zu 100 Prozent ab, denn niemand erhält mehr, als sein Lohn ist.

--Schuldenfreie Gesellschaft

Jeder Bewohner hat nebst seinem Lohn eine verfügbare Kreditlimite. Die Unternehmen finanzieren ihre Investitionen mit zinsfreien Anteilscheinen der Genossenschafter und aus Spenden. Auf Rückzahlung von Darlehen verzichtet der Darlehensgeber von vornherein. Generell besteht keine Haftpflicht und kein Vertragsrecht.

---Übergang

Nach einem Krieg ist alles verloren. Geld, Hab und Gut, Infrastrukturen sind zerstört, nichts funktioniert mehr. Und die Überlebenden beginnen, entsetzt rufend: "Nie wieder Krieg!" wieder dasselbe, das sie in den Krieg getrieben hat. Und dass wir in Kriege getrieben werden, ist offensichtlich.

Auch bei einem Übergang von der Kriegs- zur Friedensordnung geht einiges verloren, alle Schulden sind erloschen und alle Guthaben auch; aber nicht das Leben, die Habe und die Nutzung des Gutes, niemand verliert seine Wohnung, kein Bauwerk stürzt ein, alles steht wie eh und je - es wird nur anders genutzt. Und alle sind wohlauf!

---Stadt und Land

Aufgrund der Einwohnerdichte ist es grossen Städten unmöglich, autark zu sein. Sie sind in allem auf Aussenhandel angewiesen. Städte sind Hort des Handels und Hort des Imperialismus, denn zahlenmässig sind sie dem Land in der Umgebung überlegen. Aber aus diesem Land in der Umgebung sind sie entstanden, weil das Land seinen Nachkommen keine Existenz ermöglichte - der Nachkommen waren zu viele und die Vielen bildeten Städte und bedrohen nun die Wenigen auf dem Land.

Die simple Vernunft, dass eine Gesellschaft stabil bleibt, wenn jede Frau zwei Kinder hat - hat die Gesellschaft ignoriert und sich unvernünftig vermehrt. Wenn eine Frau vier Kinder hat und ihre Freundin keines, geht das auch. Überbieten sie sich aber im Kinderkriegen kommt's nicht gut.

Wiederum sind es die Imperialisten, die ausbeuten und ausrauben wollen, die das Kinderkriegen propagieren und das Verhüten verbieten: "Unsere Kultur geht unter!" derweil sie bloss nach mehr Beute streben, so viel Beute wie möglich und der Rest verreckt. "Sozialdarwinismus!" rufen sie

belustigt und schauen den Existenzkämpfen des Packs zu oder schicken es in den Krieg, um "ihren Lebensraum" zu erweitern.

--Die Städte sind zu gross für Demokratien

Die Stadt Zürich hat eine Einwohnerdichte von 4454 Einwohnern pro km², Basel hat 7539 Einwohnern pro km² und Genf 12621 Einwohnern pro km² oder 80 m² pro Einwohner. 80 Quadratmeter! weniger als jeder Schrebergarten gross ist! um zu wohnen und sich zu ernähren - Autarkie ist unmöglich!

Städte mit über 10'000 Einwohnern innerhalb von Landsgemeinden sollte es keine geben und Landsgemeinden sollten Autarkie anstreben.

--Vorbedingung

Überbevölkerte Regionen können nicht aus dem Bund entlassen werden, weil sie keine Friedensordnung gewährleisten können. Autark scheinende Regionen müssen beispielhaft vorausgehen und nach ihren Möglichkeiten Städter aufnehmen, bis keine überbevölkerten Regionen mehr sind. Die Möglichkeit der Autonomie beschränkt sich also auf zusammenhängende Gemeinden (Region) zwischen ungefähr 30'000 bis 45'000 Einwohnern und einer Einwohnerdichte von höchstens 200 Einwohnern pro km².

....

Liebe Grüsse This Bürge

.....
Sehr geehrte Nachdenkseiten Redaktion,

In Ihrem [Aufruf vom 16.12.](#) fragen Sie, was denn unter einem Systemwechsel zu verstehen ist. Diese Frage ist nicht verwunderlich, denn Antworten auf diese Frage scheinen niemand zu interessieren, auch nicht die Nachdenkseiten.

In Deutschland wird Jammern und Anklagen gern publiziert. Aber wenn jemand Lösungen anbietet, ist das intellektuell verpönt. Es ist ja so anmaßend, wenn jemand glaubt, dass die ach so schweren Probleme der Welt lösbar sind.

Und außerdem hat jeder schon seine Antwort. Bei den Monetaristen begannen alle Probleme mit dem Geld drucken. Wenn die Währung goldbasiert und limitiert wäre, wären alle Probleme gelöst. Sie vergessen aber, dass die beschränkte Geldmenge mittelfristig jede Wirtschaft erstickt und deshalb diese Philosophie verlassen werden muss. Die Linken denken, es wäre ja bis in die 1970er Jahre alles in Ordnung gewesen und die neoliberale Reform wäre schuld. Aber sie vergessen, dass in dieser Zeit Japan die westliche Welt wirtschaftlich überrollte, die Automobilindustrie ins Wanken brachte und die Elektronikindustrie in Europa auslöschte. Daran war der Neoliberalismus noch nicht schuld. Und die Schuldenquote, sowie Vermögenseinkommen waren damals ebenfalls schon massiv gewachsen.

Für die Rechten sind Ausländer schuld und die hohen Sozialleistungen und staatliche Geldverschwendung. Wenn die nicht wären, ginge es den anderen gut.

Für Kommunisten gab es noch nie echten Kommunismus, nur Stalinismus. Wenn es den echten Kommunismus gäbe, dann wäre die Welt in Ordnung. Sie vergessen aber, dass dieser voraussetzen würde, dass alle Menschen immer im Sinn der Anderen handeln und das ist ohne Regelungen illusorisch, die wiederum in eine Staatsdiktatur führen.

Usw.

Für echte Systemänderungen ist intellektuell scheinbar kein Platz. Weil ja alles schon mal erdacht wurde.

Irrtum! Es gibt einige gute Ideen in der Welt.

Ich habe 5 Jahre meines Lebens aufgewendet um in einem Buch zu ergründen, warum unsere Welt in so vielen Bereichen das Gegenteil von dem verkörpert, von dem wir behaupten, dass wir es wollen. Bei der Ursachenforschung kristallisierte sich sehr klar heraus, dass das Wirtschafts- und Finanzsystem der entscheidende Grund für die meisten Probleme der Welt ist. Ich will hier zwei Lösungen herausgreifen, die einen Systemwechsel mit massiv positiven Auswirkungen hätten.

1. Heute gibt es keinen Marktmechanismus für Werte und Nachhaltigkeit. Wer gesamtgesellschaftlich sinnvoll handelt, hat höhere Kosten: höhere Gehälter, Aufwände für Abgasfilterung, Beschaffung nachhaltiger Rohstoffe,... also hat die wertlose Konkurrenz höhere Gewinne und wächst schneller. Die Lösung ist, einen Marktmechanismus für die Einhaltung gesellschaftlicher Werte zu etablieren. Das geht mit einem [Werte-Siegel](#) und daran gekoppelt niedrige Mehrwertsteuer für nachhaltige Produkte und Dienstleistungen (Gold: 7%, Silber 14%, Bronze 20%, nichts: 100%). So würden gesellschaftliche Werte zum Erfolgsfaktor in der Wirtschaft und damit würden sie sich in unserem Alltagsleben viel viel stärker manifestieren. Siehe auch hier <https://menschen-gerechte-gesellschaft.de/werteverfall-oder-werte-in-der-wirtschaft/>

2. Faktisch leben wir innerhalb eines globalen Finanzsystems. Staaten müssen sich damit arrangieren, Unternehmen und Privatpersonen.

Fakt 1: Schulden = Geldvermögen, siehe hier: <https://menschen-gerechte-gesellschaft.de/schulden-sind-die-guthaben-der-vermoegenden-woher-kommt-geld/>

Fakt 2: Auswirkungen: <https://menschen-gerechte-gesellschaft.de/schulden-sind-vermoegen-wer-traegt-das-eine-wer-hat-das-andere/>

Fakt 3: Der Kapitalmarkt ist im Kapitalismus kein Kapitalmarkt, denn weder hängen Spargelder mit Kreditgeldern zusammen (siehe z.B. <https://makroskop.eu/2019/12/studierende-protestieren-gegen-vwl-lehrinhalte-1/>), noch gibt es einen Zinsmechanismus, dieser wird faktisch von der Zentralbank bestimmt, noch gibt es echten Pluralismus im Kapitalmarkt weil reiche Akteure das Geschehen bestimmen und davon überproportional profitieren.

Ein grundsätzlicher Fehler dieses Systems ist, dass die Geldentstehung außerhalb der Realwirtschaft liegt. Deshalb wird die Realwirtschaft „von außen“ bewirtschaftet und deshalb wachsen Vermögen von Vermögenden automatisch, während wertschöpfende Tätigkeit Abgaben in Form von Pacht, Zins, Ausschüttungen leisten muss. Wenn dieser Kern des Systems geändert wird, wird das die Welt grundlegend ändern.

Daher schlage ich vor, einen echten, pluralistischen Kapitalmarkt zu schaffen, indem man die Geldmengensteuerung zu den wertschöpfend tätigen Personen verlegt.

Man kann das praktisch umsetzen, indem man durch Daten, die dem Finanzamt sowieso vorliegen, die Wertschöpfung von Unternehmen ermittelt und zu dieser einen bestimmten Prozentsatz neues Geld hinzufügt, das die Zentralbank (OHNE Schuldentsprechung) herausgibt. In gleichem Maß wird die Kreditschöpfung der Privatbanken z.B. durch Erhöhung von Eigenkapitalquote, heruntergefahren. Dieses Geld ist Eigentum der Mitarbeiter, die dadurch automatisch einen Anteil am Unternehmen bekommen. So entsteht individuelles und pluralistisches Miteigentum am Produktivkapital. Und langfristig halten die Mitarbeiter die Mehrheit am Unternehmen, können mitbestimmen und brauchen keinen Ausverkauf Asien oder feindliche Übernahmen zu befürchten. Gleichzeitig ist ein solches Wirtschaftssystem den heutigen in direkter Konkurrenz überlegen, weil die Kapitalkosten drastisch sinken und die Binnenwirtschaft floriert.

Lösungsmöglichkeiten siehe auch hier: <https://menschen-gerechte-gesellschaft.de/geldvermoe-gen-schulden-wo-ist-der-ausweg/>

Es gibt viele Vorschläge, wie ein besseres System geschaffen werden kann. Ich bin dafür, eine funktionale Marktwirtschaft zu erschaffen, die gesellschaftliche Werte umsetzt und einen echten Kapitalmarkt erschafft, statt des heutigen dyafunktionalen Marktsystems und Kapitalismus. Auf diese Weise kommt auch die Macht wieder in die vielen Hände der Millionen Bürger.

Und **drittens** möchte ich noch darauf hinweisen, dass **direkte Demokratie** ein entscheidender Faktor sein würde, um Entscheidungen im Sinn der Bürger zu erzwingen. Denn faktisch leben wir heute nicht in einem System, in dem die Meinung der Bürger die politischen Entscheidungen bestimmt, also. Ich in einer Demokratie, siehe [wir-leben-nicht-einer-demokratie-und-es-wird-zeit-das-zu-aendern](#)

Es wäre schön, wenn denn Lösungen auch auf den Nachdenkseiten mehr Raum bekommen würden, Denn faktisch wird das Leben eines Menschen, der immer nur seine Problem sieht, Immer schlechter und das Leben eines Menschen, der seine Energie darauf konzentriert, zu erreichen was ihm wichtig ist, immer besser. Wenn ständig nur kritisiert wird, werden die Probleme bleiben. Nur wenn wir positive Ziele verfolgen haben wir überhaupt eine Aussicht auf Erfolg.

Herzliche Grüße
Christoph Ulrich Mayer

Replik Albrecht Müller: Was soll man mit einer Mail anfangen, die gleich mit einer Unwahrheit beginnt: dass die NachDenkSeiten immer wieder und penetrant positive Vorschläge zur Gestaltung der Gesellschaft gemacht haben – von der Beschäftigungspolitik über die Steuerpolitik und die Altersvorsorge bis zur Friedenssicherung. Unentwegt haben wir programmatisch gearbeitet. Und dann müssen wir diese vier Zeilen am Anfang Ihrer Mail lesen. Das ist ein toller Einstieg zu einer Diskussion, die auch sie für nötig halten,sehr geehrter Herr Mayer.

*Schöne Grüße
Albrecht Müller*

Replik Ulrich Mayer: Hallo Herr Müller,

Vielen Dank für Ihre Mail.

Sie haben recht, das habe ich ungerecht formuliert.

Aus meiner Sicht kommen grundsätzliche Änderungen in den Betrachtungen deutlich zu kurz. Denn einzelne Maßnahmen au dem genannten Spektrum bleiben immer noch innerhalb eines größeren Rahmens, der dysfunktional ist und innerhalb dessen man herumkorrigiert. Es ist in meiner Wahrnehmung, wie Wunden am Fuß verbinden aber die Nägel im Fußboden nicht zu entfernen.

Ich selbst bin nach 12 Jahren Arbeit an dem Thema sehr frustriert, weil trotz Zusammenbruch des Finanzsystems 2008, Staatsschuldenkrise 2010, Radikalisierung in Europa und USA immer noch viel zu wenig Bewusstsein darüber herrscht, was grundsätzlich und systembedingt falsch läuft und die Bereitschaft dort hin zu denken, auf dieser Ebene zu diskutieren und nicht-traditionelle Lösungsräume zuzulassen in meiner Wahrnehmung fast nicht stattfindet. Selbst in Organisationen wie den Nachdenkseiten.

Ich bin der Ansicht: wir müssen jetzt endlich aus einem traditionellen Links-Rechts-Denken raus und die Probleme an der Wurzel lösen. Also die Systemfrage beantworten. Und zwar nicht kategorisierend sondern spezifisch und bis in die Tiefe gedacht.

Herzliche Grüße
Christoph Ulrich Mayer

.....

Liebe Redaktion der Nachdenkseiten,

zunächst einmal vielen herzlichen Dank für Ihre tolle Arbeit!

Tatsächlich bin auch ich seit langem der Überzeugung, dass eine Änderung der bestehenden – äußerst prekären Verhältnisse – nur mit einem grundsätzlichen Systemwechsel möglich ist. Um es kurz zu machen, Für mich sind viele der Analysen Silvio Gesells zutreffend. Vor allem aber bin ich überzeugt, dass das von ihm entwickelte System von Freiland und Freigeld eine reale Chance bietet, dass die Menschheit dauerhaft in Frieden, Wohlstand und die Schöpfung bewahrend leben kann. Dieses System beruht im Grundsatz darauf, dass die Dinge, die alle Menschen zum Leben brauchen (z.B. Land) nicht dem freien Spiel der Kräfte im Markt überlassen werden dürfen. Dazu ist ein anderes Geldsystem notwendig, das dafür sorgt, dass der Geldbesitzer keinen Vorteil gegenüber dem Warenbesitzer hat. Kurz: Geld kann ich zurückhalten, dem Kreislauf entziehen und nur gegen entsprechende Verzinsung herausrücken. Mit Brot das verdirbt geht das dagegen nicht. Der Lösungsvorschlag von Gesell: Schwundgeld. Ganz wichtig: Die von Silvio Gesell so genannte Natürliche Wirtschaftsordnung ist weiter großenteils marktwirtschaftlich und hat mit Planwirtschaft nichts zu tun.

So weit in aller Kürze meine Gedanken zu diesem Thema. Gerne kann ich – auch in einem persönlichen Gespräch – dazu weitere Informationen geben. Vor allem aber bin ich auch interessiert, welche (ähnliche oder andere) Ideen im Rahmen Ihres Aufrufs an Sie herangetragen werden.

Viele Grüße, noch eine besinnliche Adventszeit und dann ein frohes, friedvolles Weihnachtsfest und alles Gute für das bald beginnende Neue Jahr 2020,

Markus Berndt

.....

An die NDS-Redaktion

Soeben habe ich auf Rubikon.news folgendes gelesen:

“ Der große Sozialphilosoph und Theoretiker einer politischen Ökologie André Gorz hatte 1968 noch einmal darauf hingewiesen, dass ein sozialer Kampf, der „nur gegen die Wirkungen der kapitalistischen Entwicklungen“ kämpft und der „innerhalb der kapitalistischen Logik“ bleibt, letztlich nur „selbst zur Verstärkung des kapitalistischen Systems“ beiträgt.”

Damit scheint mir das Grundproblem gut umrissen:

Neigt man dazu aus dem Bestehenden etwas Besseres zu machen (Reformer) oder sieht man grundsätzlich keine Change mehr ... weil man beispielsweise miterlebt hat, wie die in mühsamen sozialen Kämpfen errungenen Verbesserungen im Handstreich wieder rückgängig gemacht wurden? Was bleibt, ist das Gefühl, es muss etwas grundsätzlich anders werden.

An diesem Punkt angelangt, fühlt man sich wie ein Schüler, der einen Aufsatz über "Freie Marktwirtschaft oder Sozialismus" schreiben soll und landet in einem Labyrinth von Sackgassen.

Daher möchte ich einen anderen Ansatz versuchen, außerhalb der Fragen, wie mein persönliches Leben ausgestaltet sein soll.

Ich möchte zunächst darauf hinweisen, das mich das Buch " Philosophie der Maschine" von Martin Burkhardt doch sehr nachdenklich gemacht hat. Ich finde den Titel spröde und hätte ihn eher "Genealogie des kollektiven Unbewussten" genannt. Wenn ich ihn richtig verstanden habe, zeichnet er darin eine Identität zwischen der künstlichen Welt, insbesondere der Welt der Maschinen, und dem kollektiven Unbewussten auf. So existierte beispielsweise schon das Räderwerk lange bevor René Descartes seine mechanistische Weltsicht formulierte.

Woher kommt diese uns unbekannte Triebkraft? Entspringt sie letztendlich dem Lebendigen selbst? Ist sie vielleicht die sich selbst schaffende Wirklichkeit (Autopoiesis)?

Folgt man diesem Gedankenstrang vom " deus ex machina" bis zum "denken ohne Denker"(KI) sieht man sich konfrontiert mit einem "Interface" mit einem "Zwischengesicht" das uns vom empathischen Leben trennt; durch eine noch nie da gewesene "Externalisierungslogik des Kapitalismus". Da sich dieser Prozess in letzter Konsequenz jeder planmäßigen Gestaltung entzieht (er ist schlicht und einfach in seiner Komplexität nicht mehr überschaubar), wird eine sich selbst optimierende Selbstoptimierung (des "Ganzen") stattfinden. Sieht man einmal von der dystopischen Vorstellung ab, dass uns die Welt der Maschinen als hinderlich oder gar überflüssig betrachtet, ergeben sich daraus ungeahnte Möglichkeiten. Ressourcengerechtigkeit, funktionale Wirtschaftsabläufe, Ökologischer Wandel etc. Für uns bleibt übrig neue Formen für ein gutes Zusammenleben zu erproben.

Mit freundlichem Gruß

Heinrich Heiler

Tübingen

(sollten sie meine Anmerkung veröffentlichen, dürfen sie gerne meinen Namen und Wohnort veröffentlichen)

.....

Hallo, NDS

danke für Euer Bemühen, zu analysieren, aufzudecken und Lösungen zu finden!

Ist aber m.M.n. wichtig einmal zu schaun, was gibt es denn schon in dieser Richtung.

Man muß da nicht in der Urgeschichte oder der Gentilgesellschaft anfangen. Das hat schon jemand für die Menschheit getan.

Für den Anfang lohnt es deshalb, trotz eventuell starker Aversion, sich mit dem "Manifest der Kommunistischen Partei" geschrieben von K. Marx 1848 auseinanderzuzutzen; studieren!!!

Dort werden die heutigen Zustände (zB.: Kapitel: "Der reaktionäre Sozialismus") sehr genau und real beschrieben! (Nicht umsonst ist der Mann in der Welt - außer Deutschland- so anerkannt und respektiert!)

Mit diesen Grundwissen ist es relativ einfach die Geschehnisse heute zu verstehen und einzuordnen. Nicht umsonst haben beide (Marx und Engels) stets betont:"Der Sozialismus/Kommunismus ist eine Wissenschaft und will auch als solche gehandhabt werden!") Das wurden sie bisher noch nie und deshalb hatten die bisherigen Versuche auch keinen Bestand, wenn es vielleicht auch noch so gut gemeint war aber aufgrund der Nichtbeachtung dieser Binsenweisheit letztendlich im Chaos und Zusammenbruch endeten.

In diesen Gedanken noch eine Aussage von Lenin: "Die höchste Form der Demokratie ist die Diktatur des Proletariats"! Da lohnt es sich mal drüber nachzudenken, wenn man weiß, wer das ! Proletariat ! ist. Das wiederum kann man per Studium! (mal lesen reicht da nicht) aus dem Manifest erfahren.(Tip >90% der Menschen)

Viel Erfolg
Hermann Schoof

.....

Sehr geehrte Redaktion der NDS, sehr geehrter Herr Albrecht,

auf Ihre Fragen im oben genannten Beitrag:

"Welche sonstigen Vorstellungen haben die Befürworter des Systemwandels vom angestrebten „System“? Was macht das System aus, was macht den Wandel des Systems aus?"

kann ich nur mit meinen Zitaten unten in der Signatur antworten, besonders das zweite trifft es: *"Es ist schon Alles gesagt, nur noch nicht von Allen!"*

Der Kapitalismus gehört abgeschafft, PUNKT. Nachzulesen bei Karl Marx bis Sarah Wagenknecht.

Es kommt eine verdammte Wut auf. Aktueller Höhepunkt ist die "Lüge von der nachhaltigen Bioenergie" und ich fürchte, dies ist noch lange nicht der letzte Umweltskandal ... einer folgt dem Nächsten ... u.s.w., solange das Kapital mit seinem exponentiellen Zinswachstumswang die Macht hat.

Trotzdem wünsche ich Ihnen ein paar geruhsame Tage am weihnachtlichen und jahresendzeitlichen Konjunkturbelebungsfest,

mit freundlichen Grüßen aus Mansfeld
Ralph Ritter.

.....

Liebe Nachdenkseiten,

Gute Idee, so eine Diskussion anzuregen!

Das neue System soll auf jeden Fall egalitär sein. Wie das genau aussieht, sollte gemeinsam diskutiert werden, sonst hätten wir ja kein egalitäres Ergebnis!

Aber was ich mir darunter vorstelle, ist auf jeden Fall ein System mit einer Währung ohne Zinsen, vielleicht eine Reihe von lokalen Währungen, die durch eine allgemeine Währung tauschbar sind.

Unternehmen mit einer kompetenten Leitung aber mit demokratischen Strukturen z.B. als Arbeiterkooperative. Und eine Grundrente für alle. Nachbarschaftsinitiativen dürfen Entscheidungen für ihr Kiez treffen und umsetzen.

Kein Börsenhandeln und keine Großkonzerne. Kein Geheimdienst und keine Waffenproduktion. Keine Bundeswehr im Ausland. Raus aus der NATO. Eine neue richtige Verfassung.

Direkte Demokratie, Räterepublik oder Ähnliches.

Und freie Schulen, gratis für alle, nach Montessori-Methode wäre prima! Mit neuen Fächern wie soziale Kompetenz, politische und ökonomische Bildung, Meditation, gewaltfreie Kommunikation, Integration und viel mehr Gewicht auf Gärtnern, Kunst und Handwerk.

Die Kirchen sollen sich selbst finanzieren.

Forschung der freien Energie nach Tesla. Ökologische Landwirtschaft. Tierrechte gehören in die Verfassung, angestrebt wird möglichst wenig Fleischkonsum.

Und Traumatherapie gratis für alle! (Lesen Sie was von Franz Ruppert.) Behütete Geburte, Förderung der Mutterbindung, Stillgruppen, Spielgruppen für Kleinkinder samt Müttern, keiner soll in die Kita müssen! Und Förderung von Großfamilienstrukturen: Ältere werden nicht einsam sein, Mütter werden nicht erschöpft sein, Menschen werden empathischer und fürsorglicher.

Frieden, Freude - und den Eierkuchen spendiere ich!

Na das war ein langer Zettel an den Weihnachtsmann!
Frohe Weihnachten an alle!

Hernandez

.....

Sehr geehrtes Team der NachDenkSeiten,

zu "Systemänderung – was ist das? Wie soll das neue System aussehen?"

Der "Artikel" ist in der Ich-Form geschrieben. Allerdings überschrieben mit Redaktion. Mag sich niemand zu diesem Werk bekennen?

Einerlei. Ein fertiges, bis in jeden Winkel ausgearbeitetes System zu erwarten, dies bevor überhaupt ein Umwandlungsprozeß begonnen hat, ist absurd. Ein fertiges System für alle zum Abnicken entspricht auch nicht unbedingt einem demokratischen Prozeß.

Zweierlei. Zum einen:

Zu einer Elitendemokratie, wie sie sich in den gegenwärtigen Formen einer repräsentativen Demokratie ausdrückt, gibt es eine Vielzahl von sorgfältig ausgearbeiteten Alternativen, die der Leitidee von Demokratie sehr viel näherkommen. Sie werden – häufig unter Stichworten wie „partizipatorische Demokratie“, „Radikaldemokratie“ oder „Rätedemokratie“ - in der entsprechenden Literatur seit je intensiv diskutiert. Interessanterweise sind sie jedoch in der öffentlichen Diskussion praktisch nicht präsent und gleichsam unsichtbar. Diese Unsichtbarkeit von ernsthaft demokratischen Alternativen ist selbst wiederum Folge einer jahrzehntelangen Indoktrination, in der die gegenwärtige Form einer „repräsentativen Demokratie“ nicht nur als beste Form von Demokratie vermittelt wird, sondern auch als alternativlos, da sie die einzig praktikable Realisierung der Leitidee von Demokratie sei

(...)

Durch die Indoktrination einer Alternativlosigkeit von repräsentativer Demokratie haben wir im gesellschaftlichen Gedächtnis die eigentlichen geschichtlichen Triebfedern dieser Form der Elitenherrschaft vergessen und sind gar nicht mehr in der Lage zu erkennen, dass die Idee einer repräsentativen Demokratie gerade zur Abwehr von wirklicher Demokratie entstanden ist.

(Rainer Mausfeld, Warum schweigen die Lämmer? Wie Elitendemokratie und Neoliberalismus unsere Gesellschaft und unsere Lebensgrundlagen zerstören)

Zum Anderen:

Macht euch bewusst, dass unsere repräsentative Demokratie der optimal legalisierende Schutzmantel des Kapitalismus ist. Lest in Hannah Arendts Buch «Über die Revolution», weshalb sie der Meinung ist, dass die Parlamente «nicht mehr als Organe der Volksmacht anzusehen (sind), sondern als sehr wirksame Hilfsmittel, diese Macht einzuschränken und zu kontrollieren». Versucht zu verstehen, weshalb diese nach Belieben vereinnahmte Philosophin die repräsentative Demokratie durch ein Räteystem ersetzen wollte. Erkundigt euch danach. Auch über die Vorzüge gebundener Mandate. Und über eine Zusammensetzung von Parlamenten, die nicht nur von Parteien bestimmt wird. Fragt, weshalb die Jusos und die Grünen einst mit entschiedenen Forderungen nach Rätestrukturen gescheitert sind.

(Daniela Dahn, Der Schnee von gestern ist die Sintflut von heute / Die Einheit – eine Abrechnung)

Letztendlich:

Eine überzeugendere Option als die wirklichen Gemeineigentums hat sich mir nicht erschlossen. Ein Eigentum also, das nicht separaten Gruppen gehört, die damit immer separate Interessen verfolgen, sondern tatsächlich allen.

(Daniela Dahn, Der Schnee von gestern ist die Sintflut von heute / Die Einheit – eine Abrechnung)

Ich schätze daß diese Ausführungen selbst dem spießigsten Kleinbürger verständlich und kurz genug sind.

Mit freundlichen Grüßen

Mike Holstein

.....

Hallo,
normal schreibe ich ja gar keine Leserbriefe.
Ein Systemwechsel zu fordern und aktuell ohne eine große kommunistische Partei den Weg beschreiben ist ja wohl schwer. Ein nur auf Profit orientiertes System wird aber erst mal zu stürzen sein, alles andere wird sich ergeben. Der Kapitalismus ist mit gutem Zureden nicht ökologisch, sozial, human zu zähmen. Die Geschichte zeigt uns das sehr deutlich. Zur Not wird die Katastrophe noch katastrophaler.
Schönen Dank.
Viele Grüße
Johann Sagel

.....

Sehr geehrter Herr Müller,

die amerikanische Wissenschaftlerin und Bestseller-Autorin Dr. Anne Wilson Schaef hat sich bereits sehr konstruktive und konkrete Gedanken darüber gemacht, wie ein anderes System aussehen müsste.

Sie identifiziert das derzeit herrschende System der „weißen alten Männer“ als „technokratisch materialistisch mechanistisch“, welches u.a. auf der Illusion von Kontrolle basiert, und in dem Männer davon ausgehen, alles zu wissen und zu verstehen. Was zur Folge hat, dass das, was sie nicht wissen/verstehen, für sie schlicht nicht existiert.

Mit erstaunlicher Regelmäßigkeit findet in Arbeitsbesprechungen/Sitzungen ein dies bestätigender Mechanismus statt: Eine Frau macht einen guten Vorschlag – und er wird ignoriert. Ein Mann sagt wenige Zeit später das Gleiche, und es wird sehr begrüßt.

Die Angst mancher Männer, dass Frauen klüger sein könnten als sie, verhindert, dass das dahintersteckende geistige Potenzial voll genutzt wird für die Herausforderungen der Zukunft.

Schaef sieht die großen Chancen, die dieses Potenzial für einen Paradigmen-Wechsel – der nicht an das biologische Geschlecht gebunden ist.

Nach Anne Wilson Schaefs Erkenntnis funktioniert unser Gesellschaftssystem nach den gleichen Mustern eines Abhängigen/Süchtigen („addict“) lebt und sich selbst belügt.

Bei der Suche nach Alternativen zum bestehenden Gesellschaftssystem ist sie bei indigenen Völkern fündig geworden.

Mehr von Dr. Anne Wilson Schaef finden Sie in ihren Büchern.

Besonders zu empfehlen sind

- I. „Weibliche Wirklichkeit“
- II. „When Society Becomes an Addict“
- III. „Weisheit der Urvölker für westliche Köpfe“

IV. „Es wird eine lange Zeit in Frieden und Wohlstand kommen - und sie wird eingeleitet von den Frauen“ (Titel entstammt der Aussage eines Indianer-Häuptlings)

Ad 2.:

"The author of "Women's Reality goes one step further in interpreting white male culture as an addictive culture. Taking into account substances like alcohol, nicotine, and other drugs, as well as behaviors like eating, spending, and sex, Schaef looks at addictions as part of an all-encompassing societal matrix, and shows us how to think and act more freely."-- "Ms."Schaef's work has profoundly influenced my thinking, giving me the language and metaphors to better understand myself, others, and previously baffling situations I have encountered."-- Florence Graves, editor, "New Age Journal"

Schaef dares and directs the reader to think and behave anew in order to live an addictive-free, whole life....She makes new and long overdue connections between addictive individuals and society. I sensed that history was being made as I read: new ground was turned; new truths discovered. No one can read this book without making fresh self-discoveries."-- Jack M. Smith, The Stanley Foundation

Mit herzlichen Grüßen

Gabriela Uhde M.A.

.....

Hallo Nachdenkseiten

Ich bin auch der Meinung, dass es so nicht weitergehen kann.

Für mich sollte als erstes die Vernunft kommen, die natürlich relativ ist, da von jedem anders interpretiert. Wahrscheinlich gibt es auch noch höhere Werte wie die Liebe.

Und wenn die Vernunft (gemeinschaftlich definiert) da ist, dann lassen sich auch Sachen wie das Bedingungslose Grundeinkommen umsetzen, für jede/-n von Geburt bis zum Ableben. Es würde die bürokratische "Megamaschine" stark reduzieren und Kindergeld, Arbeitslosenhilfe, Rente uvm. wären überflüssig. Es sollte ein einheitlicher Steuersatz für alle gelten, bei einem Vermögen über einer Million 100%betragen. BGE -Finanzierung u.a durch wegfall von Militärausgaben u.a. lebensfeindlichen Subventionierungen.

Es gibt noch unzählige Aspekte die ich hier noch niedergeschreiben könnte aber das würde den geforderten Rahmen sprengen. Ich wünsche allen viel Kraft und Mut, die für sich schon ein besseres Leben schon umgesetzt haben oder sich wenigstens gedanklich auf den Weg begeben haben.

Markus Kröhnert

.....

Verehrtes Team der NachDenkSeiten,
Sie schreiben:

»... wenn die Forderung nach Systemwandel nicht wenigstens mit dem Versuch gekoppelt ist, zu beschreiben, wie das andere System aussehen soll, und d. h. eigentlich auch zu beschreiben, wie das jetzige (angebliche) „System“ definiert ist, und durch welchen Wandel das neue System ein neues System werden soll, was im neuen System anders sein soll.«

Wikipedia schreibt unter dem Stichwort Gesellschaftssystem: »Unter den Begriffen Gesellschaftsformation, Gesellschaftsform oder Gesellschaftssystem versteht man in der Soziologie, Politik- und Geschichtswissenschaft die historisch bedingte Struktur und soziale Organisationsform von Gesellschaften. Der vor allem von Karl Marx geprägte Begriff der Gesellschaftsformation umfasst dabei die Gesamtheit aller sozialen Verhältnisse, die eine bestimmte Gesellschaftsform von einer anderen Gesellschaftsform unterscheiden.«

Unser derzeitig existierendes Gesellschaftssystem nennen wir Kapitalismus. Viele Menschen wollen „den Kapitalismus“ überwinden, ohne zu benennen, was denn genau an der heutigen sozialen Organisationsform „aufzuheben“ oder „zu überwinden“ ist.

Der Alt- und Großmeister der Gesellschaftskritik beginnt seine „Kritik der politischen Ökonomie“ mit diesen Sätzen:

»Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht, erscheint als eine „ungeheure Warensammlung“, die einzelne Ware als seine Elementarform. Unsere Untersuchung beginnt daher mit der Analyse der Ware.«

Ausgehend von der Analyse einer einzelnen Ware beschreibt und entfaltet Marx die „gesellschaftlichen Verhältnisse im Kapitalismus in Ihrem idealen Durchschnitt“ oder in seinen eigenen Worten in einem Brief an Lasalle: »Die Arbeit, um die es sich zunächst handelt, ist Kritik der ökonomischen Kategorien oder, if you like, das System der bürgerlichen Ökonomie kritisch dargestellt. Es ist zugleich Darstellung des Systems und durch die Darstellung Kritik desselben.« Leider haben vor allem die Marxisten der Arbeiterbewegung verhindert, dass sich diese Arbeit als „das furchtbarste Missile, das den Bürgern (Grundeigentümer eingeschlossen) noch an den Kopf geschleudert worden ist“ (Marx in einem Brief an J.Ph.Becker, 17.4.1867) erweisen konnte. Anstatt das „Kapital“ als Kritik an den Basiskategorien des Kapitalismus Ware, Wert, Geld und Lohnarbeit zu lesen und daraus Konsequenzen für die gesellschaftliche Organisation zu ziehen, haben sie das „Kapital“ als bessere, marxistische politische Ökonomie missverstanden.

Was ist der Kern des Missverständnisses? Der Kern besteht darin, dass Marx herausarbeitete, dass eine Befriedigung der gesellschaftlichen und individuellen Bedürfnisse durch Produkte in der Warenform notwendigerweise zu fatalen Konsequenzen führen muss.

Vereinfacht gesagt: Ein Unternehmen interessiert sich in seiner Bilanz nicht dafür, welche Bedürfnisse mit den einzelnen Bilanzposten erfüllt worden sind, sondern einzig dafür, dass die Differenz zwischen den in Geld ausgedrückten Werten auf der Aktivseite und den in Geld ausgedrückten Werten auf der Passivseite jedes Jahr möglichst groß ausfällt. Oder anders ausgedrückt: In den unternehmerischen Entscheidungen spielt es keine – oder nur eine untergeordnete - Rolle, ob konkreter Reichtum in Form von Hosen, Hemden, Wohnungen, Nahrung, Pflegeleistungen, Vorlesungen oder anderen nützlichen Dingen produziert wird, sondern es spielt nur eine Rolle, dass der abstrakte Reichtum in Form von Geldeinheiten stets vergrößert wird.

Die bürgerliche Ökonomie hat bis heute keinen Schimmer, dass dem Wert, als der herrschenden Form des Reichtums im Kapitalismus, der stoffliche Reichtum gegenübersteht, auf dessen besondere Gestalt es für die Kapitalverwertung zwar nicht ankommt, der jedoch als Träger des Werts unverzichtbar bleibt. Diese beiden Reichtumsformen treten nun aber mit wachsender Produktivität notwendig und in einer Weise auseinander, die Marx vom Kapital als dem „prozessierenden Widerspruch“ sprechen ließ. In der Mainstream-VWL kommt „Geld“ in der Theorie nicht einmal vor.

So lange sich die „progressiven Kräfte“ mit diesen Widersprüchen von Stoff und Form nicht einmal theoretisch auseinandersetzen wollen oder können, so lange werden praktische Fortschritte auf dem Weg zu einer humanen Gesellschaft illusionär bleiben. Fürchte ich.

[Wikipedia zu Wertkritik](#)

Freundliche und solidarische Grüße

Hajo Zeller

.....

Sehr geehrte Redaktion,

wie ein anderes System aussehen kann, zeigen die Münchener oder Bremer Räterepublik oder das Rätssystem in Rojava. Auch der Anarchosyndikalismus in Spanien/Katalonien hat eine Zeitlang funktioniert, bis Faschisten ihn zerschlugen. Das üble System heißt Patriarchat: Es besteht aus Macht und Hierarchien, Eigentum statt Gemeingut, Geld und Arbeitszwang (Lohnsklaverei), Ausbeutung und Zerstörung der Umwelt, Staatsapparaten als Gewaltinstanz. Es bedient sich der Gehirnwäsche, dass ein Leben ohne alldem angeblich nicht möglich sei, dass wir uns sonst die Köpfe einschlagen. Es bedient sich der Lügen, dass man die Menschen zur Arbeit zwingen muss, dass Leistung zu Erfolg und Wohlstand führen. Es hat uns von der Natur und unserem gesunden Menschenverstand entfremdet. Wir müssen uns im Kopf von diesem Herrschaftssystem befreien.

Anarchafeministische Grüße, Yvonne Smidt

.....

Sehr geehrte Mitarbeiter der Nachdenkseiten,

mit einer gewissen Befriedigung habe ich Ihren Artikel zu den Möglichkeiten der Änderung des bestehenden "Systems" gelesen.

Werden die Menschen, die aufgewacht sind, mehr? Sind wir Viele? Das macht mir Mut!

Das Erkennen und Verstehen der aktuellen Missstände ist doch der erste Schritt zur Veränderung. Viele Menschen - so hoffe ich – stellen sich also gerade die Grundsatzfrage.

Dass alle unsere Probleme, gleich welcher Art, "systembedingt" sind steht außer Frage. Schon lang bin ich auf der Suche nach Publikationen oder Büchern, die sich mit diesem bekannten Problem beschäftigt.

Ich habe in alle Richtungen gesucht, weil ich denke, dass tiefgreifende Änderungen für die Rettung der Menschheit notwendig sind. Nur Umdenken nach Karl Marx wird in der jetzigen Situation nicht mehr reichen.

Zu glauben, dass Parteien (welche auch immer) Änderungen herbeiführen können, ist im bestehenden finanzdominierten System utopisch und naiv.

Kurt Tucholsky brachte es auf den Punkt: Wenn Wahlen etwas änderten, dann wären sie längst verboten. Also diese Möglichkeit ist aus jetziger Sicht unrealistisch.

Änderungen (welche auch immer) können nur vom Menschen selbst ausgehen.

Die Regierungen dieser Welt sind von finanziellen Interessen geleitet und in der jetzigen Form für die notwendigen Veränderungen völlig ungeeignet.

Nach einigem Suchen bin ich auf den Plan B der Wissensmanufaktur gestoßen.

Man kann sich den Plan B als PDF auf der Website www.wissensmanufaktur.net kostenlos und ohne juristische Probleme herunterladen.

Dieses von Andreas Popp und Rico Albrecht verfasste Werk ist meiner Meinung nach die logischste Lösung für alle unsere Probleme.

Aus eigener Erfahrung dauert es einige Zeit, bis alle Bestandteile verinnerlicht und akzeptiert sind. Inhaltlich zu verstehen sind die Bestandteile aber leicht.

Der Plan B rüttelt an den Fundamenten unserer Gesellschaft und beinhaltet riesengroße Veränderungen, die den meisten Menschen Angst machen.

Weil ich weiß, dass die bestehenden Eliten Ihre Macht nicht „einfach mal so“ abgeben oder von wem auch immer einschränken lassen, wird ein Systemwechsel nur erfolgen, nachdem ein Aha-Erlebnis für die Menschheit stattfand.

Ich denke, wir brauchen im bestehenden System den "Schuss vor den Bug" um aufzuwachen. Munition gibt es leider genug:

unser Finanzsystem steht global vor dem Kollaps, es gibt gesellschaftliche, politische und militärische Konflikte weltweit.

Allein die militärische Übung Defender 2020 im Stil des Kalten Krieges macht mir Angst. Ist Russland oder China so eine Bedrohung?

Für unser bestehendes Wirtschafts- und Finanzsystem ja.

Zu wenige Menschen sind aufgewacht, die meisten leben in Ihrer perfekt geschützten Blase. Aber diese Blase wird platzen. Garantiert. Leider.

Es kann keine Heilung ohne Schmerzen geben....

Zugegeben:

aus heutiger Sicht ist der Plan B recht radikal und ist in den Augen vieler Menschen eine Utopie. Heute mag dies noch so erscheinen.

Ich sehe jedoch im Plan B eine Möglichkeit, um die Menschheit zu revolutionieren auf eine, für die Zukunft unserer Kinder, zwingend notwendige neue Evolutionsstufe zu heben.

Es wäre mein innigster Wunsch, dass sich viele Menschen mit dem Plan B beschäftigen. Es lohnt sich!

Aber Vorsicht! Ihre Sicht auf die Welt wird sich grundlegend verändern! Nicht jeder will Zweifel hören! Ganz nach dem Motto: Es kann nicht sein, was nicht sein darf!

Meine Familie und ich haben schon einige Lösungsansätze in unserem Alltag eingebaut und Konsequenzen gezogen! Eigentlich recht simpel.

Noch ein Dankeswort:

Vielen Dank für Ihre gute journalistische Arbeit! Weiter so!

Schon lang hat die Lektüre der Nachdenkseiten, vor allem Ihrer Hinweise des Tages, die Tagesschau, Tagesthemen etc. ersetzt!

Danke dafür. Ich denke, es gibt vielen Menschen Kraft. Mir auf jeden Fall. Mit

freundlichen Grüßen

Lars Fischmann

.....

Hallo,

als begeisterter Leser Ihrer Seite möchte ich mich heute in einem Leserbrief zum Thema: Systemänderung vom 16.12.2019 wenden.

Die beiden wichtigsten Ziele: Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit, in einer solaren Naturstoffwirtschaft.

Die wichtigsten materiellen Bedürfnisse sind:

gesunde und schmackhafte Nahrung,
angenehme und gesunde Kleidung,
menschenwürdige und gesunde Behausung.

Die wichtigsten immateriellen Bedürfnisse sind:

Selbstwertbestätigung durch Mitmenschen,
Zuneigung und Liebe,
sinnerfüllte Tätigkeiten,
Selbstbestimmung und Mitbestimmung der eigenen Geschicke.

Ein solare Naturstoffwirtschaft ist nicht möglich auf dem hohen Niveau des industriell erzeugten Energie- und Materiestroms, der heute durch die Gesellschaft gepumpt wird. Darum muss dieser sehr stark abgerüstet werden. Das Stichwort ist hier: ökonomisch-technische Abrüstung. Angepeilt wird für die überentwickelten Industrieländer, eine Reduktion auf mindestens ein Zehntel der heutigen Werte.

In diesem Zusammenhang stehen dann auch eine Reihe von Ausstiegsprojekten.

Die Ziele der Nachhaltigkeit und der politischen Selbstbestimmung machen es zwingend erforderlich, dass die solare Naturstoffwirtschaft regionalorientiert ist

Für das Ziel der Nachhaltigkeit werden Lebensweisen gesucht, die in den Folgewirkungen räumlich und zeitlich verallgemeinerbar sind, also ohne Gefährdung der Lebensgrundlage aller Lebewesen der Erde. Wichtig in diesem Zusammenhang ist, den Unterschied zwischen „ökologischer“ und „nachhaltig“ zu sehen. Ein kleines Auto ist ökologischer als ein großes, das mehr Sprit und Material verbraucht. Aber ein E- Auto ist nicht nachhaltig, weil es nicht verallgemeinerungsfähig ist. Das Ziel der Nachhaltigkeit kann nicht „Kriterium“ unter weiteren gleichberechtigten anderen sein. Es ist das wichtigste Kriterium, dem sich alle anderen unterordnen müssen, will man nicht weiterhin auf Kosten anderer leben und die Zukunft aufs Spiel setzen.

Für das Ziel der Gerechtigkeit wird ein neuer „Gesellschaftsvertrag“ gesucht, der allen Mitgliedern der Gesellschaft menschenwürdige Lebensbedingungen sichert, allen die gleichen Lebenschancen gewährleistet, allen eine Selbst- und Mitbestimmung ermöglicht, niemanden ausgrenzt oder erniedrigt.

Dazu gehört eine Wiedergewinnung der sozialen Ressourcen. Wir leben in hoch individualistischen Zeiten. Nur mit Kooperation können wir die Probleme lösen. Weitere Stichworte sind: Eigenarbeit, Subsistenz, Handwerk, Hauswirtschaft, Nahraum, Muße, Genuß, Ruhe uvm....

Matthias Braun

.....
Sehr geehrte Nachdenkseiten-Redaktion,

Sie fragten Ihre LeserInnen jüngst auf Ihrer Homepage: „Systemänderung – was ist das? Wie soll das neue System aussehen?“. Sie geben einige mögliche Änderungen selbst an: Eigentümerschaft ändern, keine Hierarchien in den Wirtschaftsbetrieben, keine Märkte und Wettbewerb, sagen aber zugleich, dass diese Beschreibungen zu dünn seien (in den Leserzuschriften oder allgemein bleibt

offen). Sie wären interessiert an richtigen Erklärungen, statt „nur drauf los reden“. Sie wollen keine Sprüche, sondern Diskussion „in der Sache“. Ich möchte dazu einige Anmerkungen machen.

Unklar bleibt, was an welchen Beschreibungen genau von Ihnen als zu dünn befunden wird. Ich kann auch nicht recht sehen, weshalb man der Diskussion über eine Gesellschaft jenseits des Kapitalismus pauschal vorwerfen muss, nur Slogans in den Raum zu werfen.

Man stelle sich vor, zu Feudalzeiten hätte man Menschen, die sich für „Systemwechsel“ aussprachen, ähnliche Vorhaltungen gemacht. Sie hätten auf Ihre Fragen wohl geantwortet: Enteignung der Feudalherren, Bürgerrechte, freies Unternehmertum, Parlament, Verfassung. Wenn sich ein „Systemwechsler“ heute in die lange Tradition von Antikapitalismus stellend fordert: Enteignung der Kapitalisten, selbstverwaltete Mitarbeiterbetriebe von unten ohne Management und Privateigentümer (1848 hieß das „freie Arbeiterassoziationen“), solidarischer Lohn für alle Arbeiten (Marx: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“), partizipative Wirtschaftsplanung mit Arbeiter- und Konsumentenräten, echte Demokratie (im Sinne einer Räterepublik), internationale Kooperation: geigt er sich dann nur mit Slogans hoch?

Seit rund 200 Jahren werden Fragen nach einer nicht-kapitalistischen, gerechten und demokratischen Wirtschaftsordnung zum Wohle aller diskutiert, Antworten geliefert, grundsätzliche institutionelle Änderungen gefordert. Nicht nur in Worten. Doch Arbeiterassoziationen, radikal Arbeiterbewegungen, sozialistische und anarchistische VordenkerInnen, selbstverwaltete Betriebe, Räterepublik, der kurze Sommer anarchistischer Arbeiter- und Bauerversorgung in Spanien, moderne Wirtschaftsdemokratie usw. wurden erbittert bekämpft (von Vertretern des Staatskapitalismus, faschistischen Regimen und des Staatssozialismus gleichermaßen). Es ist also keineswegs so, dass wir uns beim „Systemwechsel“ im luftleeren Raum bewegen und Kapitalismuskritiker bei den Alternativen endlich mal „Butter bei die Fische“ geben müssten.

Die Antworten auf die Fragen werden zudem naturgemäß, wenn man so will, dünn bleiben müssen. Denn bei der Beschreibung eines nichtkapitalistischen Systems kann es nur um allgemeine Prinzipien gehen und ein grobes Verständnis davon, wie die Gesellschaft anders organisiert werden sollte. Einen Masterplan für den Systemwechsel und das neue System vorzulegen ist eine absurde Unternehmung. Niemand kann das ernsthaft verlangen. Selbst die kapitalistische Weltordnung wurde nicht vom grünen Tisch aus geplant und dann einfach umgesetzt. So läuft historische gesellschaftliche Veränderung nicht ab.

Die Rede von einem besseren System und Systemwechsel macht natürlich nur Sinn, wenn man voraussetzt, dass das gegenwärtige System ersetzt werden sollte – weil die Effekte derart negativ sind. Warum reichen Reformen am System aber nicht aus? Die kurze Antwort darauf: Ein gezähmter, reformierter Kapitalismus ist sicherlich besser als ein wild-zerstörerischer. Aber es ist nie mehr als eine Schadensbegrenzung, wobei Werte wie Demokratie, Gerechtigkeit, Freiheit und Kreativität für alle, internationale Solidarität immer gegen die spezifischen Systemdynamiken erkämpft und verteidigt werden müssen. Es ist ein Schwimmen gegen den Strom.

Daher erodiert das Gesellschaftsgefüge und die globale Balance unter der Herrschaft von profitorientierten Kapitalisten, Wettbewerbsmärkten und nationalstaatlicher Konkurrenz, wenn die Reformkräfte ermüden und die Gegenseite ihre enorme Machtfülle immer weiter ausbauen kann. Genau das ist in den letzten Jahrzehnten überall zu sehen – auch, weil Reformen zum Endziel des

politischen Kampfes mutierten. Die Sozialdemokratin Rosa Luxemburg mahnte schon vor über hundert Jahren vor den Folgen der reformistischen Strategie.

Seit die Auswirkungen des neoliberalen Rollbacks immer sichtbarer werden – weltweite Finanzkrise, eskalierende Klima- und Artenkrise, sich zuspitzende militärische Konfrontationen mit atomaren Risiken und enorme politische Verwerfungen in fast allen Ländern – wird Antikapitalismus und die Systemfrage wieder stärker diskutiert. Das ist gut so und sollte begrüßt werden. Sicherlich gibt es dabei auch überzogene, illusionäre Vorstellungen. Der Kapitalismus endet ja nicht, weil er wieder breiter in Frage gestellt wird. Und viele Probleme müssen zwangsläufig unter den gegebenen schlechten Bedingungen gelöst, viele Krisen dringend jetzt bewältigt werden. Die ganze Debatte über den sogenannten „grünen Kapitalismus: Ja oder Nein“ ist letztlich akademischer Natur. Fakt ist: Wir leben in kapitalistischen Ökonomien, in denen über Märkte Waren und Dienstleistungen ausgetauscht werden. Entweder wir liefern die jetzt benötigten Lösungen auf drängende Krisen mehr oder weniger in diesem System, also Komplettumbau der Energiewirtschaft in den nächsten zehn, fünfzehn Jahren, oder eben nicht.

Ich sehe auch keinen Grund, warum es prinzipiell nicht möglich sein soll, Unternehmen und Staaten mit den vorhandenen politischen Mitteln in den realexistierenden Demokratien dazu zu zwingen, von fossiler auf erneuerbare Energie umzustellen und die eskalierende Naturzerstörung (also das in Gang befindliche sechste Artensterben) zu beenden. Sicherlich, unter den Umständen und dem enormen Zeitdruck eine Herkulesaufgabe. Aber es ist die einzige Hoffnung für die Menschheit. Die Frage ist, ob die Menschen den nötigen politischen Druck für die Wende erzeugen werden. Das wird das System radikal abändern, aber nicht überwinden. Die Rede von einem Systemwechsel ist deswegen aber keineswegs an sich falsch. Sie ist nur irreführend, wenn man die Alternative aufmacht: Ende des Kapitalismus oder Klimakollaps.

Nun zur eigentlichen Frage: Wie sähe ein nichtkapitalistisches System denn aus? Welche Änderungen braucht es?

Sie haben einige Kernelemente bereits benannt: andere Eigentumsstrukturen bei den Produktionsmitteln, Selbstverwaltung der Arbeiter in den Betrieben, faire Versorgung aller Menschen nach ihren Bedürfnissen und eine demokratische Planung der Wirtschaft. Bei einigen Änderungen wird man Neuland betreten. Aber an sich sind die Umstellungen nicht wirklich kompliziert oder gar unrealisierbar. Nehmen wir die Eigentümerschaft. Das ist ein simpler Akt. Die Durchsetzung ist das eigentliche Problem. Solange keine revolutionäre Enteignung stattfindet, könnte man Eigentumsreformen wie z.B. Sahra Wagenknecht sie vorschlägt über den parlamentarischen Weg angehen. Es gibt auch genügend historische Experimente, von denen man lernen kann: Verstaatlichungen, Mitarbeiterbetriebe, Stiftungslösungen, staatssozialistische Ökonomien.

Bei der Selbstverwaltung muss man auch nicht bei null anfangen. Im Marktsozialismus in Jugoslawien managten die Arbeiter die Unternehmen selbst. Ziemlich erfolgreich, bis das Experiment politisch und ökonomisch untergraben wurde. Es gibt auch in unseren kapitalistischen Gesellschaften unendlich viele alternative Betriebe, die nicht durch Top-Down-Management, sondern von den Mitarbeitern selbst verwaltet werden. Professoren verwalten sich an Universitäten mehr oder weniger selbst. All das sind Samenkörner für ein zukünftiges System jenseits

kapitalistisch-hierarchischer Logik. Die Experimente könnten weiter ausgebaut und mit politischen Forderungen verknüpft werden.

Was tatsächlich in der Sache schwieriger und neu zu sein scheint ist, was an die Stelle von Märkten treten soll. (Ich überspringe die übliche Alternative „staatliche Zentralplanung“, die aus verschiedenen Gründen abzulehnen ist, vor allem wegen der autoritären Steuerung der Wirtschaft.) Märkte allokalieren Waren und Dienstleistungen in kapitalistischen Ökonomien, trotz aller Dysfunktionalitäten, auf eine äußerst komplexe, dynamische Weise, die unseren industriellen Ökonomien angemessen erscheint. Wer allein bei Amazon einmal schaut (die kapitalistische Ausbeutung einmal beiseite lassend), wie sich dort sekundlich hunderte Millionen Anbieter und Nachfrager über hunderte Millionen verschiedene Güter, gesteuert über Preise, einigen, was wiederum zu Millionen von Feedbacks führt, die die Produktion feintunen, dem sollte klar sein, dass industrielle Gesellschaften ein ähnlich effektives Verteilsystem brauchen.

Warum belassen wir dann nicht Märkte als Allokationsmechanismus einfach bestehen? Die Antwort ist: Wettbewerbsmärkte haben extrem negative Nebeneffekte, die man nicht oder nur sehr beschränkt von außen neutralisiert bekommt. Der schädlichste Nebeneffekt ist die systemische Externalisierung von Kosten und Schäden auf die Allgemeinheit (die globale Finanzkrise ist z.B. eine Externalität, die Klimakrise eine andere, die final sein könnte). Zudem untergraben Wettbewerbsmärkte permanent Gerechtigkeit, Selbstverwaltung, Solidarität und Kooperation. Deswegen ist es keine gute Idee, den Motor einer Gesellschaft einem derart sozial und ökologisch destruktiven Mechanismus zu überlassen.

Da aber in der ökonomischen Diskussion Konsens ist, dass es keine anderen Optionen zu Zentralplanung und Markt gibt, votieren selbst VordenkerInnen von alternativen Wirtschaftsmodellen weiter für Marktökonomien (siehe z.B. Christian Felber oder Sahra Wagenknecht). Dabei stimmt es keineswegs, dass es keine Alternative gibt. Es würde zu weit führen, die Konzepte und Ideen im Einzelnen hier zu besprechen. Daher nur ein paar Hinweise dazu.

So widmete zum Beispiel das internationale Wissenschaftsmagazin „Science & Society“ schon 2002 eine ganze Nummer den unterschiedlichen Modellen für eine demokratische Planung der Wirtschaft. Neun Ökonomen stellten ihre Konzepte vor und kommentierten die der anderen. Sie teilten dabei den gemeinsamen Ansatz, dass eine partizipatorische Planung an die Stelle von Marktkräften treten sollte – auch wenn es im Einzelnen unterschiedliche Ansichten gab.

Solche Modelle für eine demokratische Planung jenseits von Staat und Markt gehen letztlich auf eine Traditionslinie zurück, in der Rätekommunisten (wie Rosa Luxemburg), Syndikalisten (wie Pjotr Kropotkin) oder Anarchisten (wie Anton Panekoek) die Vision einer selbstverwalteten Ökonomie entworfen haben. Die Ökonomen wollten der libertären sozialistischen Vision von einer demokratisierten Wirtschaftsordnung, die sie für richtig und anstrebenswert erachteten, ein theoretisches Rückgrat verschaffen. Sie untersuchten auf technischer und ökonomischer Ebene Fragen, wie eine demokratisch organisierte Abstimmung von Produktion und Konsumtion aussehen könnte. Sie analysierten, wie Entscheidungen in partizipatorischen Ökonomien zu treffen wären, wie welche Pläne zustande kommen sollten oder auf welche Weise Effizienz garantiert werden könnte.

Das am stärksten ausgearbeitete Modell war das von Robin Hahnel und Michael Albert. Sie hatten bereits 1991 zwei Bücher zur politischen Ökonomie einer partizipatorischen Wirtschaft publiziert, die in der Folge breit diskutiert wurden. In ihren Entwürfen untersuchten die beiden US-amerikanischen Ökonomen und Kapitalismuskritiker en détail die einzelnen partizipatorischen Abläufe unter realistischen Vorgaben und reflektierten dabei auch praktische Aspekte, die in theoretischen Modellen meist außen vorgelassen werden.

Das Modell, das sie Parecon (kurz für „Participatory Economics“) nennen, basiert auf drei Prinzipien: 1. ökonomische Gerechtigkeit oder Gleichheit im Sinne von ökonomischer Entlohnung nach Dauer und Schwere der Arbeit, 2. ökonomischer Demokratie oder Selbstverwaltung, bestimmt als Entscheidungsmacht im Verhältnis zum Grad, in dem jemand von einer Entscheidung betroffen ist, 3. Solidarität, also Sorge um die anderen, Respekt vor unterschiedlichen ökonomischen Lebensstilen, ohne dafür Effizienz zu opfern.

Gemäß dieser Prinzipien wurden vier Hauptinstitutionen ausgearbeitet für eine partizipatorische Wirtschaft: 1. Demokratische Arbeiter- und Konsumentenräte, die sich austauschen und miteinander kooperieren, 2. Ausbalancierte Arbeitsplätze, die möglichst gleichmäßig und kooperativ die Arbeiten aufteilen, so dass alle befördert und Raum für Kreativität erhalten, 3. Bezahlung nach Dauer und Schwere der Arbeit, die innerbetrieblich festgelegt werden sollte, 4. Partizipatorische Planung, also ein Vorgang, in dem die Räte und Föderationen von Arbeitern und Konsumenten ihre jeweiligen Aktivitäten vorschlagen und überarbeiten nach Regeln, die effiziente und zugleich gerechte Ergebnisse befördern.

Die partizipatorischen Planungsvorgänge werden dabei von den Autoren im Einzelnen ausgebreitet, diskutiert und an praktischen Beispielen erprobt sowie technisch ausbuchstabiert. Die Produktion und Verteilung der Güter und Dienstleistungen würde demnach nicht zentral geplant oder über Wettbewerbsmärkte und daraus hervorgehende Preise gesteuert. Angebot und Nachfrage treten vielmehr über direkte Rückkopplungen in Beziehung. So stimmen sich die Arbeiter- und Konsumentenräte untereinander in einem geordneten, von Fairness- und Effizienzkriterien angeleiteten, mehrstufigen Prozess ab, rein technisch gesteuert über ein sogenanntes „Iteration Facilitation Board“ (IFB), das Angebot, Nachfrage und Preise immer wieder neu errechnet.

Aus den kontinuierlichen Feedbacks – im Prinzip Bedarfslisten und Preisangleichung – ergibt sich in einem Prozess, wer was produzieren kann und wer was verbrauchen darf. Der Abstimmungs- und Kooperationsvorgang startet dabei mit „indikativen Preisen“ für alle Güter und Dienstleistungen, die sich im Verlauf ändern, je nach den Bedürfnissen und produktiven Möglichkeiten. Aber wichtig ist, dass die Arbeiter und Verbraucher kooperativ die Produktion und Allokation von Waren und Leistungen steuern – weder der Markt noch der Staat, weder Wettbewerb noch Zentralplanung sind notwendig.

Das Modell ist in den vergangenen fast drei Jahrzehnten wie schon gesagt stark debattiert worden. Albert und Hahnel haben, in Reaktion auf Fragen und kritische Einwände, das Modell weiter erläutert, an manchen Stellen präzisiert. Sicherlich, es ist ein Modell und wird in der Praxis bestehen müssen. Es wird nie in Reinform umgesetzt werden und auch nicht unbedingt alle Bereiche der Wirtschaftstätigkeit bestimmen müssen. Eine neue Wirtschaftsordnung wird ja nicht „vom grünen Tisch“ aus gemacht. Aber die Vorschläge für eine demokratische Planung einer Wirtschaft zeigen, dass man sich nicht Markt und zentraler Planung schicksalhaft ergeben muss.

Es könnte eine Inspiration sein, die weiteres Nachdenken anregt. Vor allem macht es deutlich, dass das TINA-Prinzip („There Is No Alternativ“) bezüglich Markt und staatlicher Zentralplanung nicht zutrifft. Es gibt ausformulierte Alternativen, die den Vorstellungen von libertären Sozialisten, Anarchosyndikalisten und zahlreichen Selbstverwaltungsprojekten folgen sowie an das anschließen, was bis in die Gegenwart hinein an demokratischer Selbstverwaltung bereits umgesetzt werden konnte.

So übernehmen seit den Wirtschaftskrisen der 1980er Jahren in verschiedenen Ländern Arbeiter Unternehmen und verwalten sie selber. In Argentinien bildete sich nach der Wirtschaftskrise 2001 die „Fábricas Recuperadas“-Bewegung. Die Beschäftigten betrieben die Fabriken weiter, die von den Besitzern und dem Management nach dem Bankrott außer Betrieb genommen wurden, und organisieren sie in verschiedenen Ausformungen als Kooperativen.

In Venezuela fand 2005 das erste „Encuentro Latinoamericano de Empresas Recuperadas“ („Lateinamerikanisches Treffen wiederhergestellter Unternehmen“) mit Vertretern von 263 Betrieben aus unterschiedlichen Ländern statt. In Brasilien erschuf die „Solidarische Ökonomie“ ein alternatives Modell jenseits kapitalistischer Organisation, mit allen Schwierigkeiten, die das in armen lateinamerikanischen Landstrichen beinhaltet. Auch die Deindustrialisierung in den USA ließ im sogenannten „Rust Belt“, aber auch in von Latinos und Schwarzen bewohnten Ghettos, Tausende von „Worker Cooperatives“ entstehen. In Griechenland fand im Zuge der Eurokrise eine Reihe von Fabrikübernahmen statt. Gemeinschaftlich organisierte Betriebe füllen jetzt oft die Lücke, die private Investoren und der Staat in Südeuropa hinterlassen haben.

Großflächig umgesetzt wurde die Idee einer von den Arbeitenden selbst betriebenen Wirtschaft während des „kurzen Sommers der Anarchie“ in der Spanischen Revolution von 1936 bis 1939. Einfache Arbeiter und Bauern übernahmen in Katalonien und in dessen Hauptstadt Barcelona die Produktion und die Versorgung. Der Anarchosyndikalist Rudolf Rocker schrieb:

„Vor allem bewies die Selbstverwaltung der Arbeiter und Bauern, dass sie ohne die Kapitalisten fähig waren, die Produktion ohne Probleme fortzuführen. Und sie bewerkstelligten das sogar besser als die vielen profithungrigen Unternehmer.“

Die Kommunisten wie die Kapitalisten sahen darin eine große Gefahr und bekämpften die Alternative erfolgreich von beiden Seiten. Spanien war in der anarchistischen Revolution zu weiten Teilen noch vor-industriell. In den israelischen Kibbuzim in Palästina war die Situation eine andere. Sie zeigen, dass auch eine weit entwickelte industrielle Produktion in Form einer Selbstverwaltung effizient betrieben werden kann.

Zumindest sollte klar sein, dass Märkte, wenn überhaupt, nur eine sehr begrenzte Rolle in einer Gesellschaft spielen sollten, weil es andere, bessere Mechanismen gibt. Eine demokratisch geplante Ökonomie könnte dabei positive Aspekte von Märkten wie die Signalfunktion von Preisen, wenn sie die Bedürfnisse und Präferenzen der Menschen wiedergeben, oder die Wahlmöglichkeiten von Konsumenten übernehmen, aber nur da, wo sie Sinn machen und von den Arbeitern selbst kontrolliert werden, sowie in einer Weise, die die Kooperation nicht beschädigt.

Soweit zu Ihrer Frage bezüglich eines Systemwechsels. Der 2. Teil der Antwort entstammt in abgewandelter Form meinem Buch über [Sahra Wagenknecht](#). Sie können meinen Text oder Teile davon gerne veröffentlichen.

Mit herzlichen Grüßen,

David Goeßmann

.....

Sehr geehrte Damen und Herren,

Es gibt viele Stellschrauben in unserem System die wirklich richtig gut justiert werden müssten, aber die beste und effektivste schraube (Geld System) muss komplett ausgetauscht werden.

Alle reden das unser Geld System mit irgendwas hinterlegt sein muss (Gold oder waren)oder sonst was, warum ist das so?

Ich finde das ein geldsystem als erstes den Menschen dienen soll und als das betrachtet wird was es ist , ein Tauschformel mehr nicht.

Ich stelle mir z.b. ein geldsystem vor das jedem menschen sein auskommen gibt auch ohne arbeiten gehen zu müssen, ein System wo der Staat keine Steuer von menschen eintreiben muss um seine Verpflichtungen nachzukommen, ein geldsystem wovon man nicht angst haben muss das es zu Massenarbeitslosigkeit kommen könnte und die menschen unversorgt blieben weil kein Geld da ist.

Ja so ein System könnte alle unsere Probleme des Planeten Erde und seine Bevölkerungen nur Vorteile bringen.

Aber wir wagen uns es nicht mal im Traum zu denken, aber es ist von menschen für menschen erdacht worden und man kann es auch anders denken.

Ich will das nicht weiter ausführen wurde zu lang werden der Text, wenn sie möchten oder Interesse haben können sie mich gerne kontaktieren, bin gerne bereit das ausführlicher zu erklären wie ich das genau meine.

Wünsche euch und euren Familien ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein guten rutsch ins neue Jahr 2020

Und danke das es die nachdenkseiten gibt.

Mit freundlichen grüßen

Toni tamatakis

.....

Liebe Redaktion,

seit längerer Zeit lese ich mit grossem Interesse und mit viel innerer Zustimmung ihre Nachdenkseiten.

Unter der Rubrik der ökonomischen Artikel finde ich viele gute und kritische Beiträge.

Allerdings erstaunt es mich, dass noch keiner ihrer Autoren über die umfangreichen Veröffentlichungen eines Dr. Rudolf Steiner berichtet hat, der schon vor 100 Jahren zu brennenden sozialen Fragen z.B. in seiner Vortragsreihe "Die soziale Grundforderung unserer Zeit" (Mitschriften) oder in seinem Buch "Die Kernpunkte der sozialen Frage" Stellung genommen hat,

die bis heute an Aktualität nichts verloren haben. Schon in seinen Memoranden von 1917 hat er der deutschen und österreichischen Regierung Vorschläge zur Sozialen Dreigliederung überbracht.

Sollte Ihnen diese Literatur nicht bekannt sein oder ist es zu gewagt sie an die Leser heranzutragen?

mit freundlichen Grüßen

Siegfried Köbisch

Anmerkung zur Korrespondenz mit den NachDenkSeiten

Die NachDenkSeiten freuen sich über Ihre Zuschriften, am besten in einer überschaubaren Länge und mit einem eindeutigen Betreff.

Es gibt die folgenden Emailadressen:

[leserbriefe\(at\)nachdenkseiten.de](mailto:leserbriefe@nachdenkseiten.de) für Kommentare zum Inhalt von Beiträgen.

[hinweise\(at\)nachdenkseiten.de](mailto:hinweise@nachdenkseiten.de) wenn Sie Links zu Beiträgen in anderen Medien haben.

[videohinweise\(at\)nachdenkseiten.de](mailto:videohinweise@nachdenkseiten.de) für die Verlinkung von interessanten Videos.

[redaktion\(at\)nachdenkseiten.de](mailto:redaktion@nachdenkseiten.de) für Organisatorisches und Fragen an die Redaktion.

Weitere Details zu diesem Thema finden Sie in unserer „Gebrauchsanleitung“ :

https://www.nachdenkseiten.de/?page_id=47939